



Pauline Bietau

E-Book

# Das Konklave von Rothwesten

Wiege der westzonalen Währungsreform von 1948



Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung



Pauline Bietau

# Das Konklave von Rothwesten

Wiege der westzonalen Währungsreform  
von 1948



Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung

WIESBADEN 2024

## Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Mainzer Str. 98-102

65189 Wiesbaden


0611 32 55 40 51

[poststelle@hlz.hessen.de](mailto:poststelle@hlz.hessen.de)

[www.hlz.hessen.de](http://www.hlz.hessen.de)

 /hlzpb

 /hessischelandeszentrale

 /hlz@hessen.social

 /hlz\_pb

### Lektorat:

Richard Verhoeven

### Konzeption Cover-Layout:

Jannis Tanner - histo.vision

### Satz:

Pauline Bietau

### Coverbild:

Auszahlung des Kopfbetrags im Rahmen der westzonalen Währungsreform

© Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz/Museumsverein Währungsreform 1948

### Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND (Namensnennung/Keine Bearbeitung/4.0 International).

Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



**ISBN:** 978-3-943192-77-3

# Inhaltsverzeichnis

<b>Geleitworte</b> . . . . .	<b>5</b>
Vorwort von Dr. Alexander Jehn . . . . .	5
Vorwort von Karsten Schreiber . . . . .	7
Vorwort von York Hilgenberg . . . . .	8
<b>Einleitung</b> . . . . .	<b>9</b>
<b>Teil 1: Deutsche Kriegsfinanzierung und alliierte Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg</b> . . . . .	<b>14</b>
Die Finanzierung des Zweiten Weltkriegs im nationalsozialistischen Deutschland . . . . .	14
Ansätze finanzpolitischer Nachkriegsplanung in Deutschland zwischen 1943 und 1945 . . . . .	20
Kriegsziele, Deutschlandpläne und frühe Deutschlandpolitik der Alliierten bis 1945 . . . . .	23
<b>Teil 2: Deutsche Wirtschaft nach 1945: Von „Stunde Null“ bis Währungsreformplanungen</b> . . . . .	<b>31</b>
Wirtschaftliche Ausgangsbedingungen im besiegten Deutschland . . . . .	31
Alliierte Wirtschaftspolitik auf deutschem Territorium 1945/1946 . . . . .	37
Wirtschaftliche Weichenstellungen für den Weststaat . . . . .	40
Die Neuordnung des westzonalen Zentralbanksystems . . . . .	46
Konkrete westalliierte und deutsche Währungsreformplanungen 1946 bis 1948 . . . . .	48
<b>Teil 3: Das Konklave von Rothwesten und der „Tag X“</b> . . . . .	<b>57</b>
Unmittelbare Vorbereitung des Konklaves von Rothwesten . . . . .	57
Verlauf, Verhandlungen und Ergebnisse des Konklaves von Rothwesten . . . . .	60
„Operation Bird Dog“ – Logistische Vorbereitung des „Tag X“ . . . . .	69
Die Durchführung der westzonalen Währungsreform am 20. Juni 1948 . . . . .	71
<b>Teil 4: Folgen der westzonalen Währungs- und Wirtschaftsreformen</b> . . . . .	<b>79</b>
Wirtschaftliche Folgen des 20. Juni 1948 in den Westzonen . . . . .	79
Auswirkungen der westzonalen Währungsreform auf die deutsche Frage . . . . .	84
Die westzonalen Währungs- und Wirtschaftsreformen als Grundlage des bundesrepublikanischen Wohlstandsversprechens . . . . .	87
<b>Fazit</b> . . . . .	<b>92</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	<b>95</b>
<b>Quellenverzeichnis</b> . . . . .	<b>97</b>
<b>Bildverzeichnis</b> . . . . .	<b>101</b>

### **Vorwort von Dr. Alexander Jehn, Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung**

Deutschland verfügt über eine gleichsam spannende wie wechselvolle Wirtschafts- und Währungsgeschichte. Man denke an einen Deutschen, der 1910 in Darmstadt zur Welt kommt: Aufgewachsen mit der Mark des deutschen Kaiserreiches, erlebt er den Ersten Weltkrieg im Kindesalter. Das Erbe des ersten globalen Krieges in Form von Staatsverschuldung und Reparationsverpflichtungen führt nach 1918 zunächst zu einer schleichenden Geldentwertung und dann zur Hyperinflation von 1923. Im Alter von 13 Jahren prägen sich ihm die eindrucksvollen Bilder von Nachbarinnen und Familienmitgliedern ein, die Geldscheine in Schubkarren zu Bäckern und Metzgern transportieren. Für einen Laib Brot oder eine Zeitung werden Milliardenbeträge aufgerufen. Erst die Währungsreform vom November 1923, deren Umtauschquote auf 1:1 Billion festgelegt wird, führt im Laufe des Jahres 1924 zur Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der jungen Weimarer Republik. Von nun an zahlt der junge Darmstädter mit der neu eingeführten Rentenmark oder mit den 1924 eingeführten Reichsmarkscheinen. Das nationalsozialistische Unrechtsregime treibt diese Währung im Laufe des Zweiten Weltkrieges endgültig in den Ruin, sodass die Familie unseres Protagonisten, inzwischen dreifacher Familienvater und als Soldat an der Front eingesetzt, in den 1940er-Jahren beginnt, lebenswichtige Güter illegal auf dem schwarzen Markt zu tauschen. Nach Kriegsende behalten die Alliierten das System von Güterrationalisierung, Bewirtschaftung und Lebensmittelkarten bei und führen zusätzlich die alliierte Militärmark als Zahlungsmittel ein, doch die Familie des Darmstädters hat jegliches

Vertrauen in die wertlosen Reichs- und Rentenmarkscheine verloren. Am 20. Juni 1948 jedoch kann jede in den drei westlichen Besatzungszonen lebende Person 60 Reichsmark in zunächst 40 neue Deutsche Mark eintauschen – für den kriegsgezeichneten Darmstädter und seine ausgezehnte Familie scheint es wieder Hoffnung zu geben! Die bunten Markscheine ermöglichen ihm seinen Augen das Wunder, dass sich die Schaufenster der Geschäfte am 21. Juni, nur drei Jahre nach der totalen Niederlage, wieder füllen. Im Laufe seines Lebens wird unser fiktiver Protagonist, dessen Biografie beispielhaft für die vieler Deutschen stehen soll, im hohen Alter auch noch die Einführung des Euro im Jahr 2002 erleben. Damit hatte er im Laufe seines Lebens insgesamt fünf verschiedene Währungen in seiner Brieftasche, alle 15 bis 20 Jahre wechselte das Zahlungsmittel. Von den Darlehenskassenscheinen und Darmstädter Notgeldscheinen nach dem Ersten Weltkrieg will ich gar nicht reden. Mit der Deutschen Mark der 1949 gegründeten Bundesrepublik zahlt der Darmstädter die überwiegende Zeit seines Lebens – 54 Jahre lang. Sie war für ihn wie für die Mehrheit seiner Zeitgenossinnen und -genossen das Symbol des wirtschaftlichen Erfolges der Bundesrepublik, der die in der Gründungsphase maßgeblich von den Westalliierten geprägte westdeutsche Nachkriegsdemokratie auch politisch legitimierte.

Die reibungslose Durchführung der westzonalen Währungsreform vom 20. Juni geht in besonderem Maße auf Beratungen zwischen deutschen Sachverständigen und Vertretern der Westalliierten zurück, die vom 21. April bis zum 8. Juni 1948 im Rahmen des sogenannten Konklaves von Rothwesten auf einem ehemaligen Fliegerhorst der Luftwaffe im nordhessischen Fuldaatal stattfanden. Unter strengster Geheimhaltung erarbeitete die deutsche Delegation unter der Führung des erst 26-jährigen US-Leutnants Edward Tenenbaum die Gesetze,

Durchführungsverordnungen und Merkblätter zur Geldumstellung und rang mit den Westalliierten um die fiskalpolitischen Details derselben. Heute widmen sich Ehrenamtliche am historischen Ort, im sogenannten „Haus Posen“, der Einrichtung und Pflege eines Lern- und Erinnerungsortes zum Konklave sowie der westzonalen und ostzonalen Währungsreform. Im vergangenen Jahr veranstaltete die Hessische Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ und der Gemeinde Fuldata ein Festwochenende anlässlich des 75. Jahrestages des in Vergessenheit geratenen historischen Konklaves.

Im Jahr 2024 jährt sich die Verkündung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung am 23. Mai zum 75. Mal, die bis heute das Fundament der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland bildet. Aus Sicht der historisch-politischen Bildung lohnt ein Blick in die Gründungsphase aus vielerlei Hinsicht, um die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Startbedingungen der Bundesrepublik zu durchdringen. So resultierte etwa das überwältigende Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit in die D-Mark auch aus dem kontrollierten Ablauf des Geldumtauschs am 20. Juni und dem maßgeblich durch deutsche Stellen anvisierten „Schaufenstereffekt“ in den Tagen danach. Darüber hinaus bildete die Wirtschaftswundererzählung, die in den 1950er- und 1960er-Jahren Hochkonjunktur hatte, das integrative Moment der Nachkriegsgesellschaft und trug somit entscheidend zur politischen Festigung der jungen westdeutschen Demokratie bei. Vor diesem Hintergrund kann das „Haus Posen“, die Wiege der westzonalen Währungsreform, als bedeutender Ort der deutschen Demokratiegeschichte gelten. Neben der Frankfurter Paulskirche stellt es vielleicht den wichtigsten Demokratieort in Hessen dar. Diese Publikation soll als vertiefendes Begleitmaterial zur Ausstellung am historisch authentischen Ort fungieren und die Geschehnisse rund um das Konklave in den (wirtschafts-) his-

torischen Kontext der Kriegs- und Nachkriegsjahre einordnen. Sie erzählt die Geschichte vom wirtschafts- und finanzpolitischen Wiederaufstieg der westlichen Besatzungszonen aus der Zerstörung des Zweiten Weltkrieges, die in Gestalt des Mythos vom „Wirtschaftswunder“ eine gesellschaftliche Dimension entwickelte und bis heute fortwirkt.



Dr. Alexander Jehn,  
Direktor der Hessischen Landeszentrale für  
politische Bildung

## **Vorwort von Karsten Schreiber, Bürgermeister der Gemeinde Fuldataal**

Ja, man mag es kaum glauben: Fuldataal schrieb mit Rothwesten bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte. 49 Tage lang dauerten die Beratungen der Mitglieder des Konklaves von Rothwesten im Frühjahr 1948 an. In langen Debatten wurden im „Haus Posen“ auf dem ehemaligen Fliegerhorst Rothwesten die „Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens“ zur Währungsreform in den Westzonen erarbeitet. Die Vergabe des Konklaves auf den 1935 eröffneten Fliegerhorst erfolgte durch Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht. Der ehemalige Luftwaffenstützpunkt wies nur geringe Kriegsschäden auf und bot somit die idealen Bedingungen für US-Leutnant Edward Tenenbaum, den Kopf hinter den Beratungen, während des Konklaves zu Absprachen mit den alliierten Militärregierungen in Europas Hauptstädte zu fliegen. Die Vorgänge jener 49 Tage erheben den Schauplatz des Währungskonklaves zu einem bedeutsamen Ort der wirtschafts- und währungspolitischen westdeutschen Nachkriegsgeschichte, der in dieser Hinsicht in einem Atemzug mit Frankfurt am Main, dem späteren Wirtschafts- und Finanzzentrum der Bundesrepublik, zu nennen ist. 1970 schlossen sich die zuvor selbstständigen Gemeinden Ihringshausen, Knickhagen, Wahnhausen, Simmershausen und Wilhelmshausen zur Großgemeinde Fuldataal zusammen, seit 1972 gehört ihr auch Rothwesten an. Mit den etwa 13.000 Einwohnerinnen und Einwohner Fuldataals teile ich den Stolz darüber, dass mit dem „Haus Posen“ nicht nur die authentische Stätte des Währungskonklaves auf dem Gebiet der Gemeinde erhalten ist, sondern dass sich Ehrenamtliche aus der Region darüber hinaus der Betreuung des Lern- und Erinnerungsortes im „Haus Posen“ selbst widmen. Ihr bemerkenswertes Engagement hält die Erinnerung an die Bedeutsamkeit der

deutsch-alliierten Beratungen wach, die vom 21. April bis zum 8. Juni 1948 in Rothwesten stattfanden. Ihnen gelten meine Hochachtung und mein ganz ausdrücklicher Dank. Einen Besuch des Lern- und Erinnerungsortes, der jeden ersten Samstag im Monat von 13:00 bis 17:00 Uhr oder auf individuelle Anfrage für Gruppen seine Tore für die Öffentlichkeit öffnet, kann ich allen Interessierten nur wärmstens ans Herz legen. Überdies ist das „Haus Posen“ dank des beispielgebenden Einsatzes des Vereins ein Dorfgemeinschafts- und Begegnungshaus für Rothwesten im besten Sinne des Wortes. Mit dieser Publikation trägt außerdem die Hessische Landeszentrale für politische Bildung zur Aufarbeitung des historischen Konklaves sowie dessen Vor- und Nachgeschichte bei. Auch mit Blick auf diese Zusammenarbeit möchte ich meine große Freude aussprechen und Ihnen abschließend eine interessante Lektüre wünschen.

## **Vorwort von York Hilgenberg, 1. Vorsitzender des Museums- vereins Währungsreform 1948 e.V**

Im Konklave von Rothwesten erarbeitete die deutsche Delegation unter Vorgabe der alliierten Militärbehörden mit den westalliierten Vertretern die 22 Gesetze und Durchführungsverordnungen sowie weiterführende Merkblätter für die Geldausgabestellen, die in ihrer Gesamtheit den technischen und rechtlichen Rahmen für die Währungsreform vom 20. Juni 1948 bildeten. Die Beratungen vom 21. April bis 8. Juni 1948 fanden unter strengster Geheimhaltung statt, weswegen sie kaum Eingang in das Geschichtsbewusstsein der Deutschen fanden. In den 1990er-Jahren richteten Ehrenamtliche um Alfons Kössinger, der eigentlich die Geschichte des Fliegerhorstes erforschen wollte und eher zufällig auf die Geschichte des Währungskonklaves stieß, erstmals eine Dauerausstellung im Obergeschoss des Kasernenblocks ein. Bis 2007 wurde das Kasernengelände noch von der Bundeswehr genutzt. Am 11. Mai 2011 gründete sich dann der gemeinnützige „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ mit dem Ziel, das historische „Haus Posen“ zu erhalten und die Geschehnisse rund um das Konklave für die Öffentlichkeit sichtbar und erlebbar zu machen. Er übernahm die Trägerschaft der Ausstellung und kaufte das historisch bedeutsame ehemalige Kasernengebäude für eine symbolische Mark. In einer umfassenden Dauerausstellung in den Originalräumen des Konklaves erhalten Interessierte heute einen Einblick in die Arbeit der deutschen Sachverständigen, den Ablauf der westdeutschen Währungsreform sowie die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone. Als Highlight der Ausstellung ist der Eichentisch, an dem die Plenarsitzungen des Konklaves stattfanden, im Original zu besichtigen. Abgerundet wird das Angebot des

Lern- und Erinnerungsortes durch verschiedene Vorträge renommierter Referentinnen und Referenten, Zeitzeugenberichte, QR-Codes für weitergehende Informationen, Medienstationen zum Abruf von Filmdokumenten, sowie ein gemütliches Museumscafé im ersten Stock. Zur Vorabinformation kann man sich auf der Internetseite des Vereins auf einen virtuellen Rundgang durch die Ausstellung begeben. Der „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ umfasst aktuell rund 80 Mitglieder und freut sich über Neuzugang. Besucherinnen und Besucher sind zu den Öffnungszeiten jeden ersten Samstag im Monat von 13:00 bis 17:00 Uhr willkommen, jeweils um 14:00 Uhr startet ein Einführungsvortrag. Darüber hinaus können Anmeldungen für Gruppen individuell auf Absprache erfolgen. Bei der Lektüre dieser vertiefenden Publikation der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung wünschen wir Ihnen viel Freude.



# Einleitung

## Das Konklave von Rothwesten in der Währungsgeschichte zwischen Kaurischnecken und PayPal

Der Währung kommt in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben eine herausragende Bedeutung zu. Bei dem Begriff „Währung“ denken wir intuitiv wohl zunächst an Banknoten und Münzen, aber seit einigen Jahren auch an digitalen Zahlungsverkehr und virtuelles Geld. Von den Anfängen des Tauschhandels von überschüssigen Gütern wie Salz, Fellen, Metallen und Mineralien zwischen verschiedenen Jäger- und Sammler-Gemeinschaften bis hin zum bequemen Bezahlen via Handy in der Gegenwart hat das abstrakt scheinende Konzept des Geldes eine komplexe Entwicklung durchlaufen. Etwa 2.000 Jahre vor Christi Geburt etablierte sich mit der seltenen Kaurischnecke eine erste primitive Währung als Zwischenmedium des direkten Naturaltauschs in Ost- und Südasiens.<sup>1</sup> Im antiken Königreich Lydien ließen Herrscher auf dem Gebiet der heutigen Türkei etwa 600 Jahre vor Christus erstmals Edelmetallstücke mit genormtem Gewicht und einer Prägung herstellen: Das erste Münzgeld war geboren.

Wie bei der einige Jahrzehnte jüngeren, antiken griechischen Drachme entsprach der Nominalwert früher Münzwährungen stets ihrem Metallwert. Die Expansion des Römischen Reiches brachte das Geldwesen mit verschiedenen wertigen Münzmetallen um Christi Geburt auch nach Westeuropa. Für das Funktionieren moderner Währungen ohne konkreten materiellen Gegenwert sind einige Bedingungen notwendig, die seit dem frühzeitlichen Tauschhandel historisch gewachsen sind. Hierzu gehören in erster

Linie Haltbarkeit, Handhabbarkeit und Teilbarkeit der Tauschmittel sowie deren Lager- und Transportfähigkeit.

Nachdem vor diesem Hintergrund in China bereits um das 10. Jahrhundert nach Christus die erste leichte, transportable Papierwährung entstanden war, setzten sich die Banknoten im Laufe des 19. Jahrhunderts auch in West- und Mitteleuropa als Zahlungsmittel durch, jedoch mit einem entscheidenden Unterschied: War die chinesische Papiergeldwährung stets durch reale materielle Gegenwerte abgesichert, so erkannten europäische Herrscher und Regenten rasch die Möglichkeit, mittels Notenbanken unbegrenzt Banknoten herstellen zu können, die vom Materialwert des Scheins selbst unabhängig waren.<sup>2</sup> Mit der Möglichkeit, dass der Geldmenge in einem Währungsgebiet kein vergleichbares Warenangebot gegenübersteht, erblickte die unliebsame Zwillingsschwester der Währung die Welt: die Inflation.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert war die Stabilität moderner Währungen demnach bereits an das abstrakte Versprechen geknüpft, dass Besitzerinnen und Besitzer Papier und Münzen gegen entsprechend wertige Waren oder Dienstleistungen würden eintauschen können. Die Währung fungierte als Recheneinheit, Wertmesser sowie als Tauschmittel und wurde außerdem als Wertaufbewahrungs- und Anlagemöglichkeit genutzt. Die Grundlage all dieser Funktionen fasste Ludwig Erhard, ehemaliger bundesdeutscher Wirtschaftsminister (1949-1963) und Bundeskanzler (1963-1966), treffend zusammen, als er sagte, Wirtschaft sei zur Hälfte Psychologie.<sup>3</sup> Der entscheidende Faktor

<sup>1</sup> Österreichische Nationalbank (Hg): Die Geschichte des Geldes. Vom Tauschhandel bis zum Euro, Wien 2020, S. 6.

<sup>2</sup> Beck, Hanno; Bacher, Urban; Herrmann, Marco: Inflation. Die ersten zweitausend Jahre, Frankfurt am Main 2022, S. 24 ff.

<sup>3</sup> Kazim, Hasnain: Boomfaktor Optimismus. „Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie“, in: Spiegel online, März 2007, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/boomfaktor-optimismus-wirtschaft-ist-zu-50-prozent-psychologie-a-474454.html>

für das Funktionieren moderner Währungen ist das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit des Währungsgebietes, dass in der Zukunft im Tausch gegen die schuldscheinartigen Papier- und Metallstücke Güter und Dienstleistungen im entsprechenden Wert zu erhalten sein werden.

Diese Publikation betrachtet einen Zeitraum der deutschen Geschichte, in dem das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Währung einen Tiefpunkt erreicht hatte. Sie soll Einblick in die wirtschaftliche Ausgangslage nach Kriegsende sowie in die Maßnahmen und Entscheidungen gewähren, die den beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland zu einer ökonomisch prosperierenden und gesellschaftspolitisch stabilen Demokratie ermöglichten.

Im Mai 1945 lag der europäische Kontinent brach. Auf deutschem Territorium, von dem aus die Nationalsozialisten unvorstellbares Leid und kaum zu bemessende Zerstörung über Europa gebracht hatten, existierte nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht zunächst keine staatliche Autorität mehr, Infrastruktur und Wirtschaft waren weitgehend zum Erliegen gekommen, Millionen Menschen waren dem tödlichsten Krieg der Menschheitsgeschichte zum Opfer gefallen, obdachlos, auf der Flucht oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Der Schriftsteller Wolfgang Borchert goss das Lebensgefühl vieler Deutschen zu dieser Zeit während seines Fußmarsches von der Ostfront zurück in die Heimat in die folgenden Zeilen:

*„Wir sind eine Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unserer Tiefe ist Abgrund. Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.“<sup>4</sup>*

(eingesehen am 29.02.2024).

<sup>4</sup> Borchert, Wolfgang: Das Gesamtwerk, Hamburg 1959, S. 59.

Obwohl sie sich im Sommer 1945 darauf verständigten, die Wirtschaftseinheit des deutschen Territoriums (exklusive der Ostgebiete) zu achten, teilten die vier Hauptalliierten Großbritannien, Frankreich, USA und die Sowjetunion es nach Kriegsende in vier Besatzungszonen. Damit war die politische und wirtschaftliche Zukunft des besetzten Deutschlands nicht mehr vom internationalen Kontext der beginnenden Konfrontation zwischen den ideologisch und machtpolitisch antagonistischen Großmächten USA und Sowjetunion zu trennen. Wie war es möglich, dass nur vier Jahre nach Kriegsende, nur vier Jahre nach dem Entstehen von Borcherts Zeilen, ein teilsouveräner westdeutscher Nachkriegsstaat (wieder-) erstand, der eng in die westliche Staatengemeinschaft eingebunden war? Welche Ereignisse säumten den westdeutschen Weg von der (gefühlten) totalen Zerstörung allen (Wirtschafts-) Lebens hin zu „vor Waren geradezu berstenden“<sup>5</sup> Ladentheken am 21. Juni 1948?

Eine bedeutsame Rolle bei dieser Entwicklung kam dem sogenannten Konklave von Rothwesten zu, einer streng geheimgehaltenen, 49-tägigen Klausur deutscher und westallierter Währungs- und Finanzexperten sowie einer Expertin, die im Frühjahr 1948 auf dem Gelände des Wehrmacht-Fliegerhorsts Rothwesten in der Nähe des nordhessischen Fuldataal bei Kassel stattfand. In der globalen Wirtschafts- und Währungsgeschichte zwischen Kaurischnecken und PayPal einzuordnen, erarbeitete das Konklave in diesem Zeitraum die 22 Gesetze und Durchführungsverordnungen zur westzonalen Währungsreform vom 20. Juni 1948.

Das am 19. September 1945 gegründete, in der amerikanischen Besatzungszone gelegene Land Groß-Hessen kann nicht nur wegen des Konklaves von Rothwesten als bedeutsamer Schauplatz der wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklungen zwischen 1945 und 1949

<sup>5</sup> Jähner, Harald: Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945-1955, Berlin 2019, S. 257.

gelten. Über das Konklave hinaus konstituierte sich mit dem Frankfurter Wirtschaftsrat im Juni 1947 eine Art Wirtschaftsparlament mit Sitz in Frankfurt am Main. Seine Zustimmung ermächtigte den späteren Vorsitzenden Ludwig Erhard ein Jahr später zur eigenmächtigen Durchsetzung der Wirtschaftsreformen zum 21. Juni 1948, die im Zusammenspiel mit der Währungsreform das bundesrepublikanische Wirtschaftswachstum erst möglich machten. Zum 1. März 1948 gründeten die britische und die amerikanische Besatzungsmacht mit der „Bank deutscher Länder“ außerdem eine Zentral- und Notenbank für den künftigen Weststaat, die ebenfalls in Frankfurt am Main angesiedelt wurde und dort in Gestalt ihrer Nachfolgeorganisationen, der Deutschen Bundesbank sowie der Europäischen Zentralbank, noch heute ansässig ist. Zu den ersten Beschlüssen des Frankfurter Wirtschaftsrates zählte Mitte 1947 des Weiteren die Einrichtung eines deutschen Expertengremiums, das ein währungspolitisches Reformkonzept zur Vorlage bei den Alliierten erarbeiten sollte. Die Sonderstelle Geld und Kredit, aus der die Mehrzahl der in das Konklave von Rothwesten berufenen deutschen Sachverständigen rekrutiert wurde, tagte im hessischen Bad Homburg.

Die Leitung des Konklaves hatte mit Edward Adam Tenenbaum ein erst 26-jähriger US-Leutnant inne, für dessen Verdienst um die westzonale Währungsreform Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) ein „Denkmal in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“<sup>6</sup> für angemessen hielt. Möchte man das Bild des Konklaves als Wiege der westzonalen Währungsreform bemühen, wo in Form letzter organisatorischer und inhaltlicher Debatten Geburtshilfe geleistet wurde, kurz bevor die Deutsche Mark am 20. Juni 1948 das Licht der Welt erblickte, so muss Te-

nenbaum als Geburtshelfer und Ziehvater der neuen westdeutschen Währung gelten. Im kollektiven Gedächtnis der Westdeutschen stellt(e) der 20. Juni 1948 eine Zäsur dar, der eine deutlich größere Bedeutung zugeschrieben wurde als der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai oder der Konstituierung der ersten bundesdeutschen Regierung im September 1949.

Begriffe wie Inflation, Rezession, Leitzins, Geldmenge und Währungsstabilität haben im Angesicht gegenwärtiger wirtschaftlicher und geopolitischer Herausforderungen aktuell wieder Hochkonjunktur. Der Bedeutsamkeit wirtschafts- und währungspolitischer Problemstellungen auf dem Spektrum zwischen persönlicher und weltpolitischer Tragweite steht in unserer Gesellschaft allerdings kaum eine Entsprechung in der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung gegenüber. Diese Publikation ist der Versuch, die Geschehnisse rund um das historische Konklave von Rothwesten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen und den Zusammenhang zwischen den westzonalen Währungs- und Wirtschaftsreformen von 1948 und der beispiellos erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsolidierungsphase der Bundesrepublik Deutschland herauszuarbeiten. Die Untrennbarkeit von Währungsstabilität und dem Funktionieren demokratischer Systeme soll am Beispiel des bundesrepublikanischen Wohlstandsversprechens in den 1950er- und 1960er-Jahren nicht nur historisch erforscht, sondern auch im Spiegel gegenwärtiger Entwicklungen betrachtet werden.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, sind mit Kästen und Fußnoten zu wirtschafts- oder finanzpolitischen Fachbegriffen und hilfreichen Hintergrundwissen (vom deutschen Inflationsstrauma von 1923 über das European Recovery Programm bis hin zur Sozialen Marktwirtschaft) Elemente in den Publikationstext integriert, die für die Erschließung des teilweise schwer zugänglich scheinenden Themas hilfreich sein können. Der Publikationstext selbst

<sup>6</sup> Merx, Stefan: Ein junger US-Leutnant zog die Fäden, in: Welt online, Juni 2008, URL: [https://www.welt.de/wams\\_print/article2105400/Ein-junger-US-Leutnant-zog-die-Faeden.html](https://www.welt.de/wams_print/article2105400/Ein-junger-US-Leutnant-zog-die-Faeden.html) (eingesehen am 10.10.2023).

gliedert sich in vier Teile und 15 Kapitel auf. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Strategien der nationalsozialistischen Kriegsfinanzierung, frühen deutschen Konzepten zur Währungsreform sowie der alliierten Deutschlandpolitik während des Zweiten Weltkrieges. Im zweiten Teil werden die Ausgangsbedingungen der deutschen Wirtschaft zur sogenannten „Stunde Null“ analysiert, einzelne Wirtschaftsmaßnahmen auf dem Weg zur Gründung eines (west-)deutschen Nachkriegsstaats erläutert und konkrete westalliierte und deutsche Währungsreformkonzepte inhaltlich und in ihrer Entstehungsgeschichte nachgezeichnet. Der dritte Teil widmet sich schließlich en détail der Vorbereitung, dem Verlauf sowie den Ergebnissen der Beratungen im Rahmen des Konklaves von Rothwesten. Darüber hinaus wird die logistische Vorbereitung der westzonalen Währungsreform sowie deren Verlauf am 20. Juni 1948 untersucht. Der vierte und letzte Teil rundet die Publikation durch die Analyse der unmittelbaren und langfristigen wirtschaftlichen Folgen der Währungsreform ab und fragt darüber hinaus, welche Funktion der Mythos „Wirtschaftswunder“ in der bundesrepublikanischen Gesellschaft einnahm. Hier werden außerdem die Auswirkungen der westzonalen Währungsreform auf die deutsche Frage diskutiert.

Die Deutsche Mark mit ihren grünen Zwanzigern, braunen Fünzigern und blauen Hundertern war mehr als nur abstraktes Zahlungsmittel, Recheneinheit und Vermögensanlage. In der Frankfurter Paulskirche nannte Altkanzler Helmut Kohl (CDU) sie im Rahmen des Festaktes anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens am 20. Juni 1998 ein „Symbol für 50 Jahre Frieden, Freiheit und Stabilität in Wohlstand.“<sup>7</sup> Die Grundlage für diesen Wohlstand wurde auch an dem langen Eichentisch gelegt, an dem die

deutschen und westalliierten Sachverständigen zwischen dem 21. April und dem 8. Juni 1948 im Konklave von Rothwesten die Gesetzestexte und Durchführungsverordnungen für die Währungsreform des 20. Juni 1948 erarbeiteten. Er ist heute am Ort des Konklaves, in dem im „Haus Posen“ eingerichteten Lern- und Erinnerungsort in Nordhessen, ausgestellt.

<sup>7</sup> N.N.: Währungsreform 1948, in: Deutsche Bundesbank online, Juni 2008, URL: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/waehrungsreform-1948-614040> (eingesehen am 29.02.2024).

**»Je stärker die Noten-  
presse in Bewegung  
gesetzt wird und  
dementsprechend das  
Vertrauen in den Wert  
des Geldes schwindet,  
[...] umso größer wird  
der Zwang, den Noten-  
druck noch weiter zu  
steigern.«**

---

**Johann Ludwig Schwerin von Krosigk**

Reichsminister der Finanzen,  
im Februar 1945

## Teil 1

# Deutsche Kriegsfinanzierung und alliierte Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg

## Die Finanzierung des Zweiten Weltkriegs im nationalsozialistischen Deutschland

Am 1. September 1939, einem Freitag, überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Mit diesem Tag begann der knapp sechs Jahre andauernde Zweite Weltkrieg, als dessen mittelbare Folge die staatliche Existenz Deutschlands nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 endete. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs stellt bis heute mehr als nur eine geschichtswissenschaftliche Zäsur dar. Angesichts der schätzungsweise 70 Millionen weltweiten Opfer<sup>8</sup> – Soldaten, Zivilistinnen und Zivilisten, Opfer der Shoa –, und des kaum vorstellbaren Leids, das deren Angehörigen und unzähligen weiteren Kriegsgeschädigten aufgebürdet wurde, prägen transgenerational weitergegebenen Traumata<sup>9</sup> die Weltgesellschaft bis heute.

<sup>8</sup> Statista Research Department: Zahl der Toten nach Staaten im Zweiten Weltkrieg, in: statista online, August 2023, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055110/umfrage/zahl-der-toten-nach-staaten-im-zweiten-weltkrieg/> (eingesehen am 04.12.2023).

<sup>9</sup> Unter der transgenerationalen Weitergabe von Traumata (auch transgenerationale Traumatisierung) versteht man die unbeabsichtigte und unbewusste Übertragung von traumatischen Erfahrungen einer Generation an die folgenden Generationen. Naturwissenschaftlich betrachtet basiert dies in erster Linie auf der chemischen Aktivierung bzw. Deaktivierung bestimmter Gene im Erbgut auf epigenetischer, also die DNA-Struktur selbst nicht verändernder Ebene.

Neben diesen gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Folgen hinterließ die nationalsozialistische Diktatur der deutschen Nachkriegsgesellschaft jedoch auch ein wirtschafts- und finanzpolitisches Erbe. Resultierend aus den Strategien zur Deckung der Kriegskosten schuf dieses Erbe die Ausgangssituation der deutschen und alliierten Nachkriegspläne auf den Feldern Wirtschafts- und Fiskalpolitik auf deutschem Territorium. In den folgenden beiden Kapiteln soll zunächst die Kriegsfinanzierung des nationalsozialistischen Deutschlands in einer überwiegend chronologisch orientierten Vorgehensweise näher untersucht und darauf aufbauend Ansätze finanzpolitischer Nachkriegsplanungen, die auf deutscher Seite schon zwischen 1943 und 1945 unternommen wurden, dargestellt werden.

Wie von den Wirtschaftsexperten und Nationalökonomen, die nach politischen Säuberungsaktionen im Deutschen Reich verblieben waren, vorausgesehen, benötigten die Nationalsozialisten zur Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Agenda und zur Vorbereitung ihrer expansiven Außenpolitik enormes Kapital. Während hierbei nach 1933 anfangs wirtschaftspolitische Ziele wie die Schaffung wirtschaftlicher Autarkie und Arbeitsbeschaffung im Zentrum standen, verschlang bereits vor 1939 besonders die kriegsvorbereitende Rüstungspolitik horrenden Summen. Nach dem 1. September 1939 trieben die Kriegs- und Kriegsfolgekosten den deutschen Kapitalbedarf weiter in die Höhe. Obwohl die Maßnahmen zur Kriegsfinanzierung zunächst auf die militärische Strategie vergleichsweise kurzer sogenannter „Blitzkriege“ ausgerichtet waren, hatte die nationalsozialistische Führung bereits in

den 1930er-Jahren in Form verschiedener Maßnahmen mit der unmittelbaren wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung begonnen.

Schon 1933 erdachte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht ein Wechselkreditsystem, mit dem die Rüstungsindustrie dem Staat de facto Kredite gewährte. Namhafte deutsche Rüstungskonzerne, darunter „Siemens“, „Krupp“ und „Rheinmetall“, gründeten im April 1933 mit der „Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH“ ein Scheinunternehmen. Über dieses stellten die Rüstungskonzerne ihren Lieferanten sogenannte „Mefo-Wechsel“, eine Art Wertpapier, als alternative Währung aus, statt sie in Reichsmark zu bezahlen. Während die „Mefo-Wechsel“

anfangs an bestimmten Stichtagen (in der Regel nach fünf Jahren) bei der Reichsbank gegen Geld getauscht werden konnten, war in späteren Jahren lediglich noch ein Tausch gegen Staatsanleihen oder Steuergutscheine möglich. Die Urheber dieses Finanzierungsinstruments kalkulierten hierbei mit der Deckung der geschaffenen Verbindlichkeiten durch die erwartete künftige Kriegsbeute. 1938, als die ersten „Mefo-Wechsel“ dann ihr Umtauschdatum erreichten, stellte dieses System einen unter zahlreichen Anreizen für das Regime dar, im großen Stile Geld zu drucken.

## Staatsanleihen und ihr Einsatz zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges

Unter Staatsanleihen oder Staatsobligationen versteht man Schuldverschreibungen vom Staat, die wie eine Art Kredit funktionieren. Ein Anleger oder eine Anlegerin leiht dem Staat hierbei Geld und bekommt für das erworbene Wertpapier über einen festgelegten Zeitraum einen (zumeist ebenfalls festgelegten) Zinssatz. Dieser Zinssatz sowie das Recht auf Rückzahlung des investierten Geldes sind in der Regel verbrieft, das heißt vertraglich festgehalten.

Zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges bediente sich die Reichsregierung unter anderem des Instruments der Staatsanleihen. Im Vertrauen auf den propagierten schnellen militärischen Sieg erwarben Privatpersonen, aber auch Institutionen und Unternehmen sogenannte „Kriegsanleihen“, die dem Reich Kriegskapital in Höhe von 97 Milliarden Reichsmark einbrachten.<sup>1</sup> Da die

Notenpresse die zweite Säule der deutschen Kriegsfinanzierung darstellte, kam es bereits während des Ersten Weltkrieges zu einer massiven Entwertung der Mark, deren Golddeckung zu Kriegsbeginn aufgehoben worden war. Dass die Geldgeber, die die Staatsanleihen erworben hatten, nach Kriegsende zwar die vereinbarte Geldmenge, jedoch wegen der hohen Inflation mit deutlich geringerer Kaufkraft zurückerhielten, stellte eine schwere gesellschaftspolitische Hypothek für die 1918 gegründete Weimarer Demokratie dar. So resultierte etwa die kollektiv traumatisierende Hyperinflation des Jahres 1923 aus der schleichenden Geldentwertung der Kriegszeit, die im Krisenjahr jeglicher staatlichen Kontrolle entglitt (siehe Kasten „Fortwirken des kollektiven Traumas der Hyperinflation 1923“).

<https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/ersterweltkrieg/177509/oekonomie-des-krieges/> (eingesehen am 19.12.2023).

<sup>1</sup> Kruse, Wolfgang: Ökonomie des Krieges, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Januar 2014, URL:

Im Oktober 1936 stellte Hermann Göring den „Vierjahresplan“ vor, als dessen zentrale Ziele die Herstellung der Einsatzfähigkeit der deutschen Armee sowie die Kriegsfähigkeit der deutschen Wirtschaft binnen vier Jahren ausgerufen wurden.<sup>10</sup> Aufbauend auf dieser Wirtschaftsprogrammatische unter Göring als Leiter der eigens hierfür gegründeten „Vierjahresplanbehörde“ wurden Produktionsprozesse, Preise sowie die Güterverteilung staatlicher Lenkung unterworfen. Expertinnen und Experten sprechen dementsprechend in Bezug auf die Kriegswirtschaft im nationalsozialistischen Regime von „staatlich dirigiertem Kapitalismus“ und der totalen Ausrichtung von Arbeitskraft und Investitionen auf als kriegswichtig erachtete Güter.<sup>11</sup>

Des Weiteren verlor die Reichsbank als deutsche Zentralnotenbank mit dem „Reichsbankgesetz“ von 1937 ihre Autonomie, indem ihr Direktorium Adolf Hitler persönlich unterstellt wurde. Die erste deutsche Zentralbank, die am 1. Januar 1876 auf besonderes Betreiben des liberalen Reichstagsabgeordneten Ludwig Bamberg gegründet worden war, fungierte zuvor als „Hüterin der Währung“ und Stabilisatorin des Finanzsystems in Form eines „letzten Kreditgebers“. Umgebaut und instrumentalisiert als „Hauptkasse des Regimes“<sup>12</sup> spielte sie nach 1937 eine zentrale Rolle bei der deutschen Kriegsfinanzierung.

Besonders grausam erscheint es aus heutiger Perspektive, dass jüdische Menschen aus dem gesamten deutschen Herrschaftsgebiet den Zweiten Weltkrieg, für dessen Ausbruch sie in

der nationalsozialistischen Ideologie selbst verantwortlich gemacht wurden und der ihre Vernichtung zum Ziel hatte, über die sogenannte „Arisierung“ ihres Vermögens mitfinanzierten. Jüdische Männer, Frauen und Kinder waren nach 1933 in Deutschland, den angegliederten und infolge des Kriegsausbruchs besetzten Gebieten staatlich gelenkter Stereotypisierung und Diffamierung ausgesetzt, wurden schrittweise ihrer Bürgerrechte beraubt, systematisch vertrieben und (zumeist Richtung Osten) deportiert. In der nationalsozialistischen Ideologie sprach man ihnen gleichzeitig – wie hier Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 – die Verantwortung für den Ausbruch des Ersten und eines möglichen Zweiten Weltkrieges zu:

*„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“<sup>13</sup>*

<sup>10</sup> Meier, Martina: Der Vierjahresplan im Dritten Reich. Hintergrund, Auswirkungen und Geschichte, in: Zukunft braucht Erinnerung online, März 2022, URL: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-vierjahresplan/> (eingesehen am 04.12.2023).

<sup>11</sup> Brackmann, Michael: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Essen 1993, S. 24 ff.

<sup>12</sup> Ebd., S. 27.

<sup>13</sup> In diesem Zitat verbinden sich verschiedene rassistische Propagandaelemente der nationalsozialistischen Weltanschauung. Basierend auf der pseudobiologischen Einteilung der Menschheit in mehr- oder minderwertige Rassen wurde „der Jude“ dem nordisch-germanischen Idealbild des „Ariers“ gegenübergestellt – in der Propaganda beides stark stereotypisierte Figuren. Darauf aufbauend wurde eine vermeintliche Identitätsgemeinschaft zwischen dem Judentum, das stets als menschliche Rasse und nicht als Religionsgemeinschaft begriffen wurde, und dem russischen Kommunismus, bzw. den Bolschewiki als Trägerschicht der kommunistischen Oktoberrevolution in Russland 1917, konstruiert. Im Nationalsozialismus verbanden sich alte antijüdische Klischees vom jüdischen „Wucherer“ und Weltverschwörer außerdem mit dem modernen Verschwörungsmythos einer vermeintlichen internationalen Elite, die fernab der politischen Bühne über die Geschicke der Welt entscheide. Die ebenfalls im Zitat enthaltene These, diese vermeintliche globale jüdische Elite sei für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich,



Als „Arisierung“ wird die ab spätestens 1938 systematisch betriebene Enteignung jüdischen Eigentums und Vermögens bezeichnet, das anschließend in Privatbesitz, an Banken oder eben an den deutschen Staat überschrieben wurde. Im Jahr 1938 wurden alle im deutschen Einflussbereich lebenden Jüdinnen und Juden verpflichtet, ihr Vermögen gegenüber den Finanzämtern zu deklarieren, sofern es eine Grenze von 5.000 Reichsmark überstieg. Im Anschluss daran wurden sie gezwungen, „Vermögensbestände aller Art in Staatspapiere einzutauschen“.<sup>14</sup> Zwar waren die jüdischen Menschen so „de jure noch im Besitz ihres Vermögens, konnten aber de facto nicht mehr darüber verfügen.“<sup>15</sup> Lediglich die Zinsen dieser erzwungenen Staatsanleihen blieben den enteigneten Jüdinnen und Juden zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten. Verließen sie angesichts der Entrechtungen das Deutsche Reich oder wurden deportiert, so verloren sie jeglichen Anspruch auf ihren Besitz, der dann dem Staatsvermögen zugerechnet wurde. Das staatlich gelenkte, deutschlandweite Pogrom, die sogenannte „Reichskristallnacht“, vom 9./10. November 1938 sollte diesen Zwangsumtausch noch beschleunigen. Der Besitz der geflohenen oder deportierten Jüdinnen und Juden fand in der Regel bei staatlichen Auktionen neue, „arische“ Besitzerinnen und Besitzer. Diese Methode brachte der Reichskasse Berechnungen des Historikers Götz Aly zufolge rund sieben Milliarden Reichsmark

entbehrt schlichtweg jeder historischen Grundlage. Nach: Ullrich, Volker: Die Rede, in der er die Vernichtung der Juden ankündigte, in: ZEIT online, Januar 2019, URL: <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2019-01/adolf-hitler-reichstagsrede-1939-juden-holocaust-nationalsozialismus> (eingesehen am 08.12.2023).

<sup>14</sup> Voglmayr, Herbert: Arisierung als Mittel der Kriegsfinanzierung, in: Jüdisches Magazin für Politik und Kultur online, 2014, URL: <https://nunu.at/artikel/arisierung-als-mittel-der-kriegsfinanzierung/amp/> (eingesehen am 08.12.2023).

<sup>15</sup> Ebda.

ein.<sup>16</sup> Darüber hinaus machte das Regime auf diese Weise die deutsche Bevölkerung als Abnehmer der Habseligkeiten ihrer entrechteten und deportierten jüdischen Nachbarn zu Komplizen ihres verbrecherischen Rassenwahns.

Einheitlich vertraten die in Deutschland verbliebenen Nationalökonominnen die Position, dass dem nationalsozialistischen Regime alle für den Sieg nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Dieser Logik der problemlosen Rüstungsfinanzierung als „oberste finanzpolitische Maxime“<sup>17</sup> folgend, entwickelten sie – die bereits erläuterten Finanzierungsinstrumente ergänzend – ein Kreislaufsystem der Kriegsfinanzierung, das wie folgt funktionierte: Die deutschen Sparerinnen und Sparer legten ihr Geld bei Banken und Sparkassen an. Wegen des Geldüberschusses infolge des zunehmenden staatlichen Gelddrucks bestand in der Wirtschaft ein geringer Kreditbedarf, sodass die Kreditinstitute das von Privatpersonen angelegte Geld wiederum hauptsächlich an den Staat verliehen. Dieser investierte die Kredite wiederum im großen Stile in Rüstung. Dieses System der „geräuschlosen Finanzierung“<sup>18</sup> „lenkte Geld aus privater in die öffentliche Hand“.<sup>19</sup> Den zunehmenden Inflationsdruck erkannten bereits die zeitgenössischen Experten korrekt als systemimmanente Gefahr. Um dem präventiv entgegenzuwirken, wurde einerseits mit der „Verordnung über die Lohngestaltung“ im Juni 1938 ein Lohn- und Preisstopp verhängt.

<sup>16</sup> Ebda.

<sup>17</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 34. Bei der jeweils zweiten Zitation eines Werkes oder einer Quelle wird aus Platzgründen auf eine verkürzte Variante zurückgegriffen.

<sup>18</sup> James, Harold: Die Reichsbank 1876 bis 1945, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währungen in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 76.

<sup>19</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 26.

Weiterhin begann die Rationierung von „Gütern des lebenswichtigen Bedarfs“ bereits vier Tage vor Kriegsbeginn, Konsumgüter konnten nach Kriegsbeginn nur noch mit „Bezugsscheinen“ erworben werden.<sup>20</sup> Um die Diskrepanz zwischen der Gesamtnachfrage an Gütern und der abnehmenden Produktionsmenge zu verschleiern, wurde das staatliche Geld drucken also von einem weiteren Aspekt befördert.

<sup>20</sup> James: Die Reichsbank 1876 bis 1945, 1998, S. 77.

Als weitere frühe, vorbereitende Maßnahmen der Kriegsfinanzierung gelten das Erheben eines fünfzigprozentigen Kriegszuschlags auf Lohn- und Einkommenssteuer sowie die Erhöhung der Steuern auf die Genussmittel Bier und Tabak, die am 4. September 1939 in Kraft traten.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S.28.

## Inflation und „zurückgestaute Inflation“

Der Begriff „Inflation“ bezeichnet einen anhaltenden Prozess der Teuerung einer Mehrzahl von Gütern und Dienstleistungen in einem Staat. Für eine Geldeinheit, zum Beispiel eine Reichsmark, erhält ein Käufer oder eine Käuferin durch die Inflation dementsprechend einen geringeren Gegenwert. Man spricht davon, dass die Kaufkraft einer Währung durch eine inflationäre Geldentwertung sinkt. Die Inflationsrate bezeichnet hierbei die prozentuale Veränderung des allgemeinen Preisniveaus im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und ist von der Entwicklung einzelner Güterpreise im Spiel von Angebot und Nachfrage weitgehend unabhängig. In der Entstehung einer Inflation kommt der Vergrößerung der sich in einem Staat in Umlauf befindlichen Geldmenge eine besondere Bedeutung zu. Sobald der Gütermenge und der Güternachfrage gesamtwirtschaftlich betrachtet eine zu große Geldmenge gegenübersteht, setzen Teuerung und Geldentwertung ein. Der Geschwindigkeit der inflationären Entwicklung entsprechend kann beispielsweise eine Unterscheidung zwischen schleichender und Hyperinflation getroffen werden. Sinkt das allgemeine Preisniveau über einen längeren Zeitraum, steht einer Währungseinheit ein gestiegener

materieller Gegenwert gegenüber und man spricht von Deflation.

Bei der „zurückgestauten Inflation“, die die nationalsozialistische Führung im Laufe des Zweiten Weltkrieges forcierte, handelt es sich um eine bestimmte Form der Inflation. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass mit der dem Güterangebot nicht entsprechenden staatlich initiierten Erhöhung der Geldmenge zwar das zentrale Kriterium einer Inflation erfüllt ist, deren Folgen in Gestalt von Teuerung und Geldentwertung jedoch für die Bevölkerung nicht direkt sichtbar werden, da die Regierung dies durch staatliche Eingriffe in die Preisbildung verhindert.<sup>1</sup> Das nationalsozialistische Regime verschleierte die Inflation auch dadurch, dass im Gegensatz zur Zeit der Hyperinflation von 1923 keine Millionen- und Milliarden-Reichsmarkscheine gedruckt wurden. Erst 1944 wurden die ersten Scheine im Wert von 1.000 Reichsmark hergestellt.

<sup>1</sup> Das Lexikon der Wirtschaft: Zurückgestaute Inflation, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21263/zurueckgestaute-inflation/> (eingesehen am 29.12.2023).

Das vor Kriegsbeginn entwickelte Kreislaufsystem erwies sich anfangs als vergleichsweise stabil.<sup>22</sup> Trotz der umfassenden Vorbereitungsmaßnahmen ergaben sich in den ersten Kriegsmontaten dennoch zwei zentrale Problemfelder in den finanzwissenschaftlichen Analysen: Aufgrund des Zusammenspiels aus Preisstopp und der stetigen Zunahme der sich in Umlauf befindlichen Geldmenge ergab sich eine „zurückgestaute Inflation“. In der Theorie führte das Geldddrucken zwar zum Wertverlust der einzelnen Zahlungseinheit (einer Reichsmark) und damit zu einer Inflation, aufgrund des Lohn- und Preisstopps realisierte sich dieser Inflationsdruck aber nicht, sondern wurde staatlich dirigiert „zurückgestaut“. Darüber hinaus wuchs die Staatsverschuldung des Deutschen Reiches sprunghaft an. Die massive Aufrüstung zwischen 1936 bis 1939, mit der zeitgleich unzählige Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles aus dem Jahr 1919 gebrochen wurden, hatte – trotz der kapitalbildenden Maßnahmen – bis Kriegsbeginn unterm Strich bereits zu einer Gesamtverschuldung des Deutschen

<sup>22</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 26.

Reiches von etwa 48 Milliarden Reichsmark geführt.<sup>23</sup>

Dass die deutschen Finanzexperten nichtsdestotrotz an ihrer optimistischen Perspektive auf die künftige Kriegsfinanzierung festhielten, ist in erster Linie mit der angedachten Plünderung und Ausbeutung der aktuell und künftig besetzten Gebiete in Form von Arbeitsdiensten der Bevölkerung, Steuern und Abgaben zu erklären.<sup>24</sup>

Die Dysfunktionalität des Kreislaufsystems der Kriegsfinanzierung eröffnete sich spätestens in der Phase des „totalen Krieges“ ab 1943. Trotz umfassender Propaganda um den „Endsieg“ scheute das Regime angesichts der besonders in den Großstädten prekären Lebensbedingungen unpopuläre finanzpolitische Maßnahmen wie Steuererhöhungen. Aus Sorge, der Verkauf von Staatsanleihen – einem Grundpfeiler der Finanzierung des Ersten Weltkrieges – könnte sich zu einer „finanziellen Abstimmung“ über den Nationalsozialismus an sich entwickeln, verzichtete die politische Führung auch gänzlich auf ebendiesen.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Ebda, S. 29.

<sup>24</sup> Ebda, S. 30.

<sup>25</sup> James: Die Reichsbank 1876 bis 1945, 1998, S. 76.

## Der „totale Krieg“

Der Begriff „totaler Krieg“ wird bereits seit dem 18. Jahrhundert verwendet. Aus heutiger Perspektive wird er in erster Linie mit der Rede verbunden, die der nationalsozialistische Propagandaminister Joseph Goebbels am 18. Februar 1943 unter dem Eindruck der Niederlage der sechsten deutschen Armee in Stalingrad im Rahmen einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast hielt. Seine Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ beantwortete das Publikum, das ausschließlich aus ausgewählten Parteitreuen bestand, mit frenetischem Jubel. Die „Sportpalastrede“ markierte den Übergang zu einer absoluten Kriegsführung der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg, bei der alle verfügbaren Ressourcen an Arbeitskraft und Kapital für den Krieg genutzt werden sollten. Hierzu wurde die Unterscheidung zwischen Heimat und Front aufgehoben. Männer zwischen 16 und 65 Jahren sowie Frauen zwischen 17 und 45 Jahren wurden zur „Reichsverteidigung“ verpflichtet und die tägliche Arbeitszeit auf bis zu 14 Stunden erhöht. Damit einher ging eine Verschärfung des Kriegsstrafrechts und des Terrors gegen (vermeintlich) Andersdenkende.

Ab 1941 wurden Zigaretten in der Bevölkerung als alternative Währung verwendet, spätestens 1943 etablierte sich ein umfassender Schwarzmarkt. Darüber hinaus sanken die Steuereinnahmen ab 1942. So konnte das Regime 1944 lediglich noch 14 Prozent der Gesamtausgaben mit Steuereinnahmen decken.<sup>26</sup> Die Totalisierung des Krieges fand in der Finanzwirtschaft keine durchdachte Entsprechung. An ihre Stelle trat einerseits die ideologisch motivierte Überzeugung, die Finanzierungslücke werde nach dem „Endsieg“ durch den vergrößerten Wirtschaftsraum und die Ausbeutung der Kriegsverlierer gedeckt werden.<sup>27</sup>

Andererseits begann das Regime in der zweiten Jahreshälfte 1944, das Gelddrucken ins Uferlose zu steigern. Der Geldumlauf wuchs von 36,5 Milliarden Reichsmark im Dezember 1943 über 59,1 Milliarden Reichsmark im März 1945 auf 70,3 Milliarden Reichsmark zu Kriegsende.<sup>28</sup> Des Weiteren begannen die Deutschen in ihrem schwindenden Vertrauen auf die Propagandameldungen, verstärkt Geld von ihren Sparkonten abzuheben. Johann Ludwig Schwerin von Krosigk, Reichsminister der Finanzen, kommentierte dies im Februar 1945 mit den folgenden Worten:

*„Je stärker die Notenpresse in Bewegung gesetzt wird und dementsprechend das Vertrauen in den Wert des Geldes schwindet, umso weniger Geld wird auf die Sparkasse gebracht und umso größer wird der Zwang, den Notendruck noch weiter zu steigern.“<sup>29</sup>*

Insgesamt deckten die ordentlichen Einnahmen des Deutschen Reiches im Zeitraum vom 1. September 1939 bis zum 8. Mai 1945 nur knapp

<sup>26</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 31.

<sup>27</sup> James: Die Reichsbank 1876 bis 1945, 1998, S. 78.

<sup>28</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 33.

<sup>29</sup> Ebda.

ein Drittel aller Kriegsausgaben, wohingegen zwei Drittel von Krediten getragen wurden.<sup>30</sup> Bei Kriegsende verzeichnete das „Dritte Reich“ etwa 452 Milliarden Reichsmark Schulden.<sup>31</sup> Dieser Schuldenberg charakterisierte neben den Kriegsschäden der Industrie, zerbombten Städten, einer geringen Güterproduktion, einem florierenden Schwarzmarkt sowie einem Geldüberhang infolge der „zurückgestauten Inflation“ die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen nach Kriegsende.<sup>32</sup>

## Ansätze finanzpolitischer Nachkriegsplanung in Deutschland zwischen 1943 und 1945

Bis in das fünfte Kriegsjahr hinein nivellierte die vermeintliche Sicherheit, die anwachsende Staatsverschuldung durch Ausbeutung der besetzten Gebiete und der Kriegsverlierer tilgen zu können, jegliche Notwendigkeit einer differenzierten finanzpolitischen Nachkriegsplanung.<sup>33</sup> Nach der für das nationalsozialistische Deutschland erfolgreichen Blitzkriegsphase häuften sich dann jedoch mit der sowjetischen Gegenoffensive vor Moskau im Dezember 1941, der deutschen Niederlage bei Stalingrad im Februar 1943 sowie der Niederlage in der Panzerschlacht um Kursk im Sommer 1943 für den Kriegsverlauf entscheidende militärische Wen-

<sup>30</sup> Ebda, S. 31.

<sup>31</sup> Boelcke, Willi: Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948, Paderborn 1985, S. 32.

<sup>32</sup> Sudrow, Anne: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. D-Mark, Juli 2018, URL: [https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/APuZ\\_2018-27\\_online.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2018-27_online.pdf) (eingesehen am 10.10.2023).

<sup>33</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 126.

depunkte. Die Kriegswende fand im „Erlass des Führers über die Konzentration der Kriegswirtschaft“ vom 2. September 1943 ihre wirtschaftspolitische Entsprechung. Der „Führererlass“ zog die Schaffung eines „Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion“ unter dem Architekten Albert Speer nach sich, in dem Abteilungen des ehemaligen Reichswirtschaftsministeriums unter Reichsbankpräsident Walther Funk mit solchen aus dem Reichsministerium für Bewaffnung und Munition unter Fritz Todt vereinigt wurden. Die administrative Neuordnung wirkte sich – beispielsweise in Form der Schaffung einer Abteilung für „grundsätzliche Fragen der Wirtschaftspolitik im Reich und im europäischen Raum“ – bis auf die unteren Ebenen der Ministerialbürokratie aus.<sup>34</sup>

Die damit verbundene Neugliederung der Führungsebene des Reichswirtschaftsministeriums verschaffte einem Mann umfassende Kompetenzen im Bereich der finanzpolitischen Nachkriegsplanung: Otto Ohlendorf. Geboren 1907, trat er als 18-Jähriger in die NSDAP ein. Nach Stationen im „Sicherheitsdienst des Reichsführers SS“, wo er zum Chef des SD-Inland aufstieg, und im „Reichssicherheitshauptamt“ (RSHA) befehligte er nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion von Juni 1941 bis Juli 1942 zusätzlich zu seinen Verpflichtungen im RSHA die „Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD“, die sich im deutsch-sowjetischen Krieg von der südlichen Ukraine bis zum Kaukasus dem brutalen Mord an etwa 90.000 Männern, Frauen und Kindern schuldig machte.<sup>35</sup> Im Zuge der Reform der mit der Kriegsproduktion betrauten Ministerien stieg Ohlendorf 1943 zum stellvertretenden Staatssekretär im

<sup>34</sup> Ebd., S. 128 ff.

<sup>35</sup> Von Lüpke, Marc: SS-Mörder vor Gericht. „Es war ja der Befehl, dass die jüdische Bevölkerung total ausgerottet werden sollte“, in: Spiegel Geschichte online, September 2016, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/massenmorde-der-nazis-was-ss-fuehrer-otto-ohlendorf-aussagte-a-1113939.html> (eingesehen am 08.12.2023).



Reichswirtschaftsministerium auf. 1948 wurde er im Rahmen eines der zwölf Nachfolgeprozesse der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesse (Einsatzgruppen-Prozess) zum Tode verurteilt und 1951 hingerichtet.

Im Reichswirtschaftsministerium skizzierte Ohlendorf 1943 ein Modell der zukünftigen nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung. Dabei kann angesichts der engen Einbindung in den NS-Machtapparat kein Zweifel an der nationalsozialistischen Weltanschauung ihres Urhebers bestehen. Ohlendorf charakterisierte seine wirtschaftliche Vision als eine „innerhalb der NS-Grundbegriffe freie Wirtschaft, die sich mehr und mehr selbst betreuen kann.“<sup>36</sup> Im Rahmen einer Neubewertung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft solle der Staat „artgemäß ordnende Formen“ für die Wirtschaftsordnung bereitstellen. Teilweise verschleiert hinter einem biologisch-rassistischen Sprachduktus

<sup>36</sup> Dieses Zitat und das folgende: Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 129.

beschreibt Ohlendorf in seinen Ausführungen ein ordoliberales Wirtschaftsmodell, das sich durch die Schaffung einer freien Marktwirtschaft auszeichne, für den der Staat den entsprechenden ordnungspolitischen Rahmen herstellen und bewahren solle.<sup>37</sup>

Neben Otto Ohlendorf (von staatlicher Seite) befasste sich vor 1945 außerdem ein Deutscher mit wirtschafts- und finanzpolitischer Nachkriegsplanung, dessen Name aus heutiger Perspektive eng mit der westdeutschen Währungsreform 1948 und dem Mythos vom sogenannten „Wirtschaftswunder“ verbunden ist: Ludwig Erhard. Der promovierte Volkswirt Erhard, geboren 1897, gründete 1942 das „Institut für Industrieforschung“, nachdem die Nationalsozialisten ihm zuvor wegen seiner anhaltenden Weige-

rung zum Eintritt in die Partei und die „Deutsche Arbeitsfront“ eine Habilitation verwehrt hatten.<sup>38</sup> Mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung und im Auftrag der „Reichsgruppe Industrie“, einem Spitzenverband der Deutschen Wirtschaft, zu dem Erhard besondere persönliche Verbindungen besaß, legte er 1944 eine 268 Schreibmaschinenseiten fassende Denkschrift mit dem Titel „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ vor. Ausgehend von der Fragestellung, wie die deutsche Industrie den Fall einer Kriegsniederlage überstehen und die Transformation hin zur Friedenswirtschaft bewältigen könne, erläutert Erhard darin seine Überlegungen zur ökonomischen Nachkriegsordnung. Die Tatsache, dass er seinen finanzwissenschaftlichen Analysen die deutsche Kriegsniederlage zugrunde legte, galt – trotz der desaströsen militärischen Lage der deutschen Armee 1943/1944 und der grundsätzlichen Ausklammerung der Schuldfrage in Erhards Exposé – als Hochverrat.<sup>39</sup> Nichtsdestotrotz vermittelte die „Reichsgruppe Industrie“ 1944 ein Treffen zwischen Erhard und Otto Ohlendorf. Die Möglichkeit eines solchen Treffens mit Institutionen des Regimes habe Erhard Michael Brackmann zufolge bereits beim Verfassen der Denkschrift berücksichtigt – nur so seien „die zahlreichen euphemistischen und apologetischen Ausführungen“<sup>40</sup> zu erklären.

Inhaltlich sprach Erhard sich für einen Währungsschnitt, das heißt für die Vernichtung bzw. Blockierung eines Teils der sich in Umlauf befindlichen Geldmenge bei Beibehaltung des Preisniveaus, aus, um den Ausbruch der „zurückgestauten Inflation“ abzumildern. Darüber hinaus befürwortete Erhard eine Art allgemeine Vermögensabgabe, um so eine Gleichbehand-

<sup>37</sup> N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft. Ordoliberalismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, 2016, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20234/ordoliberalismus/> (eingesehen am 08.12.2023).

<sup>38</sup> Eschenburg, Theodor: Geschichte der Bundesrepublik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983, S. 421.

<sup>39</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 157 ff.

<sup>40</sup> Ebda.



Ludwig Erhard, späterer Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler, hier im Jahr 1964

lung von Menschen zu erreichen, die entweder über Sach- oder über Geldvermögen verfügten. Außerdem sollte die Reichsschuld auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau reduziert werden. Die oberste Priorität räumte er jedoch der Förderung der Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft ein, da jegliche nationalen wie internationalen Ansprüche nur aus der laufenden Produktion zu befriedigen seien.<sup>41</sup> Die „freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft“<sup>42</sup> erhob Erhard bereits 1943/1944 zu seiner wirtschaftspolitischen Vision. Dem Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim zufolge enthielt seine Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ mit diesen Aspekten all diejenigen „Elemente, die auch in den zahlreichen, nach Kriegsende von deutscher Seite lancierten Währungsreformplänen variiert wurden.“<sup>43</sup> Auf die zahlreichen Währungs- und Wirtschaftsreformpläne, ihre Urheber sowie ihre inhaltliche Tradition bzw. den Wandel gegenüber der Erhard'schen Denkschrift wird im Kapitel „Konkrete westalliierte und deutsche Währungsreformpläne 1946-1948“ genauer eingegangen.

In krassem Kontrast zum Mythos vom Kriegsende als „Stunde Null“ zeigt sich demnach nicht nur ein personelles Fortwirken des deutschen Währungs- und Wirtschaftsexperten Ludwig Erhard, der nach 1945 neben seiner Rolle als „Vater des Wirtschaftswunders“ auch zum Kanzler der Bundesrepublik aufstieg und ihre Konsolidierungsphase so entscheidend prägte. Die ideengeschichtliche Strahlkraft von Erhards Überlegungen, die vor allem nach Kriegsende zum Goldstandard deutscher

Währungsreformansätze avancierten, ist keinesfalls zu unterschätzen. Nichtsdestotrotz offenbarte sich mit der deutschen Kriegsniederlage, dass auch Erhard seinem finanzpolitischen Nachkriegskonzept eine „Fehleinschätzung der machtpolitischen Konstellation bei Kriegsende“<sup>44</sup> zugrundegelegt hatte.

Ausgehend von der Verflechtung der verschiedenen Finanzierungsstrategien ergab sich bis Kriegsende eine Verschuldung des Deutschen Reiches in Höhe von 380 bis 450 Milliarden Reichsmark.<sup>45</sup> Damit wird deutlich, dass die Instrumente der deutschen Kriegsfinanzierung und deren wirtschaftliches Erbe einen Rahmen für die deutschen Währungsreformpläne vor 1945 und die alliierte Wirtschaftspolitik auf deutschem Territorium nach 1945 bildeten, ohne den weder das deutsche noch das alliierte Vorgehen vollständig zu erfassen sind.

## Kriegsziele, Deutschlandpläne und frühe Deutschlandpolitik der Alliierten bis 1945

Die zeitgenössische, biografisch hochgradig individuelle und retrospektiv gesellschaftliche Interpretation des Kriegsendes in Deutschland als sogenannte „Stunde Null“ gründete auf der Wahrnehmung der bedingungslosen deutschen Kapitulation als radikalen Einschnitt in alle privaten und öffentlichen Lebensbereiche. Bei der „Stunde Null“ handelt es sich um eine zeitliche Periode, die wahlweise bis zur westdeutschen Währungsreform am 20. Juni 1948 oder sogar bis zur doppelten Staatsgründung 1949 andauert.<sup>46</sup> Wie bereits am Beispiel Erhards

<sup>41</sup> Buchheim, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 36, Heft 2, München 1988.

<sup>42</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 422.

<sup>43</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 128.

<sup>44</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 189.

<sup>45</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 200.

<sup>46</sup> Sabrow, Martin: Die „Stunde Null“ als Zeiterfahrung, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Januar 2020, URL:

gezeigt, birgt diese Wahrnehmung jedoch die Gefahr der Mythologisierung der historischen Faktenlage – nicht nur hinsichtlich des Fortwirkens gesellschaftlicher Funktionsebenen aus dem Nationalsozialismus, sondern besonders auch im Zusammenhang mit der für die Bundesrepublik identitätsstiftenden Wirtschaftswundererzählung. Obwohl der Mythos „Stunde Null“ angesichts der gefühlten allgemeinen Ungewissheit über die persönliche und gesellschaftlich-nationale Zukunft nicht jeglicher historischen Grundlage entbehrt, wird er den Kontinuitäten der deutschen und vor allem der alliierten Nachkriegsplanungen, die die Zäsur des 8. Mai 1945 überdauerten, eben nicht gerecht.<sup>47</sup> Zu diesen Kontinuitäten, ohne die die wirtschafts- und währungspolitischen Initiativen der Alliierten auf deutschem Territorium nach 1945 nicht zu begreifen sind, zählen die Leitlinien der alliierten Deutschlandpolitik in besonderem Maße. Der Darstellung der aus dem Kriegsverlauf resultierenden Kriegsziele sowie der Deutschlandpläne, die das alliierte Handeln in Bezug auf Deutschland bis 1945 und über den 8. Mai jenes Jahres hinaus bestimmten, widmet sich dieses Kapitel.

Nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 erlebte Europa eine knapp zweijährige, für das nationalsozialistische Deutschland überaus erfolgreiche Phase schneller militärischer Siege in sogenannten „Blitzkriegen“. Lediglich Großbritannien, dessen Hauptaugenmerk zunächst auf der eigenen Verteidigung lag

und das perspektivisch eine Wiederherstellung der „status ante bellum“ – also der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 – anstrebte, erschien in dieser Periode als wehrhafter Gegner.<sup>48</sup> Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sowie der Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 forcierte die nationalsozialistische Führung jedoch eine Globalisierung des zunächst europäisch begrenzten Krieges. Im Zusammenspiel mit der brutalen deutschen Besatzungspolitik der Vertreibung und Vernichtung der Bevölkerung Osteuropas brachte die Entwicklung des Kriegs im Jahr 1941 die vormalige „alliierte Zurückhaltung in der Kriegszielpolitik“<sup>49</sup> zum Schmelzen. Im Rahmen der „Arcadia-Konferenz“ schlossen sich die USA und Großbritannien gegen Ende des Jahres 1941 allen ideologischen Gegensätzen zum Trotz mit der Sowjetunion als Führungsmächte der „Anti-Hitler-Koalition“ zusammen. Als ihr übergeordnetes Kriegsziel definierte die „Vernunftallianz“<sup>50</sup> die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Die drei Großmächte diskutierten von nun an regelmäßig im Rahmen von Kriegskonferenzen über ihre deutschlandpolitischen Leitlinien in Abhängigkeit von den militärischen Entwicklungen.

Auf der Konferenz von Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 zeigten sich die Vertreter der „Großen Drei“ einstimmig überzeugt von den zuvor erarbeiteten Plänen zur Zerstückelung Deutschlands nach der zunehmend wahrscheinlichen deutschen Kriegsniederlage.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/303645/die-stunde-null-als-zeiterfahrung/> (eingesehen am 11.12.2023).

<sup>47</sup> Dass nicht nur Personen, sondern auch einzelne nationalsozialistische Organisationen die vermeintliche „Stunde Null“ überdauerten, zeigt sich am Beispiel des „Reichsnährstands“, einer nationalsozialistischen Körperschaft des öffentlichen Rechts, in die zwischen 1933 und 1945 sämtliche an der Agrarproduktion beteiligten deutsche Personen zwangsweise eingegliedert wurden. Die Alliierten duldeten das Weiterbestehen des „Reichsnährstands“ bis 1948 zur Sicherung der Versorgungslage der deutschen Bevölkerung.

<sup>48</sup> Graml, Hermann: Die deutsche Frage, in: Eschenburg Theodor (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983, S. 283 ff.

<sup>49</sup> Ebda.

<sup>50</sup> Freiberger, Thomas: Deutschland in der Weltpolitik 1945-1948, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, September 2008, URL: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39200/deutschland-in-der-weltpolitik-1945-1948/> (eingesehen am 12.12.2023).



Eine solche Perspektive der Zerstückelung hatte eine amerikanisch-britische Kommission bereits 1941 diskutiert. Ein politisch geschwächtes und in einzelne Staaten wie Bayern, das Rheinland und Sachsen zerlegtes Zwischenterritorium sollte als „Zone schwacher Pufferstaaten“ zwischen dem sowjetisch dominierten Osten und dem britisch geführten Westen fungieren. Bereits in diesem Deutschlandplan war außerdem die neuerliche Selbstständigkeit Österreichs, die Angliederung Ostpreußens an Polen sowie die Rückgabe des Sudetenlandes an die Tschechoslowakei vorgesehen.<sup>51</sup> In die Tradition dieser Zerstückelungspolitik ist auch der nach seinem geistigen Vater benannte „Morgenthau-Plan“ des ehemaligen US-Finanzministers einzuordnen. Überschieden als „Programm zur Verhinderung der Auslösung des Dritten Weltkrieges durch Deutschland“ skizzierte Morgenthau darin die Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat, ein „Land vom im Wesentlichen landwirtschaftlichem und Weidecharakter“.<sup>52</sup>

Im August 1944 an US-Präsident Franklin D. Roosevelt übermittelt, wurden nie konkrete Planungen zu Umsetzung des „Morgenthau-Plans“ unternommen, da sich die in der „Anti-Hitler-Koalition“ verbundenen Großmächte angesichts des Näherrückens der deutschen Niederlage ihrer konkreten wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen in Europa bewusst wurden. Wie andere, mit einer enormen wirtschaftlichen Schwächung des künftigen deutschen Nachkriegsstaats verbundene Zerstückelungsperspektiven wurden der „Morgenthau-Plan“ vor diesem Hintergrund noch 1944 verworfen. Die Alliierten fürchteten die Gefahr der wirtschaftlichen Abhängigkeit des künftigen Deutschlands sowie die Etablierung eines niedrigen Lebensstandards zu diesem Zeitpunkt in erster Linie aufgrund ihrer eigenen Kriegs- und Kriegsfolgekosten, die eine Vielzahl deutscher Kleinstaaten aufgrund der enormen wirtschaftlichen Schwächung wohl nicht hätte decken können.

<sup>51</sup> Graml: Die deutsche Frage, 1983, S. 284 ff.

<sup>52</sup> Ebda, S. 289.



Die „Großen Drei“: Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Terrasse der sowjetischen Botschaft im Rahmen der Konferenz von Teheran im Winter 1943. Bis zur Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 änderte sich ihre Zusammensetzung stark.

An die Stelle der Zerstückelungspläne trat im Vorfeld der Konferenz von Jalta, die vom 4. bis 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim stattfand, die Perspektive einer kontrollierten deutschen Industrie, die „bei gleichzeitiger Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands“ sowohl Sicherheit garantieren als auch den [alliierten] Wirtschaftsinteressen entsprechen könne.<sup>53</sup> Da die Alliierten angesichts der militärischen Lage in ihrer Erwartung einer baldigen deutschen Kapitulation übereinstimmten, waren die Gespräche in Jalta von der Ausdifferenzierung der wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der „Großen Drei“ geprägt. Weder der sowjetische Ministerpräsident Josef Stalin noch US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill hegten zu diesem Zeitpunkt noch Zweifel an der Untrennbarkeit der deutschen Frage von der Gestalt der globalen Nachkriegsordnung und der Entwicklung der interalliierten Beziehungen. Resultierend aus dem infolge der beiden Weltkriege international gestiegenen Sicherheitsbedürfnis stimmten die drei Staatschefs auch über ein längerfristiges Verfügen der Siegermächte über Deutschlands politische Zukunft überein. Ein priorisiertes sowjetisches Ziel stellte darüber hinaus die Ausweitung der eigenen Einfluss-sphären in Ostmitteleuropa dar. Roosevelt hingegen erhob in den letzten Kriegsmonaten die Gründung einer internationalen, dauerhaften Friedensorganisation im Geiste des maßgeblich von US-Präsident Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg initiierten Völkerbundes zu seiner außenpolitischen Doktrin.

Die Vorstellung eines andauernden gesellschaftspolitischen Engagements der USA als freiheitlich-demokratische Führungsmacht in Deutschland, die 1944/1945 auch in der amerikanischen Gesellschaft an Unterstützung gewann, kollidierte jedoch mit den machtpolitischen

Interessen der Sowjetunion.<sup>54</sup> George F. Kennan, der zweite Mann in der amerikanischen Botschaft in Moskau, erkannte die Sprengkraft dieser divergierenden Interessen bereits am Vorabend der Gespräche auf der Krim: In einem Brief an den Leiter der Osteuropaabteilung des US-Außenministeriums, Charles Bohlen, schrieb er im Februar 1945, als Konsequenz aus der Unvereinbarkeit des sowjetischen Expansionsdrangs nach Westen mit dem Interesse der westlichen Alliierten an „sowohl stabilen wie unabhängigen Staaten in Europa“ würde Europa „nach Kriegsende offen in Einfluss-sphären geteilt“ werden.<sup>55</sup> In Jalta einigten sich die „Großen Drei“ schließlich lediglich auf die Hinzuziehung Frankreichs zur alliierten Kontrolle über Deutschland sowie auf Entmilitarisierung, Entwaffnung und hohe Reparationsverpflichtungen als gemeinsame Leitlinien ihrer Deutschlandpolitik.<sup>56</sup> Parallel hatte die im Januar 1944 konstituierte „European Advisory Commission“ (EAC) neben der Festlegung der künftigen Besatzungszonen mit der Erarbeitung von Strukturen der alliierten Administration begonnen. Die Arbeitsbedingungen der EAC charakterisiert der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen vor dem Hintergrund der Entfernung, nicht aber der offiziellen Revision der Teilungspläne früher Kriegskonferenzen als „heiklen Schwebezustand“.<sup>57</sup>

Im Potsdamer Schloss Cecilienhof kamen die Staats- und Regierungschefs der „Großen Drei“ vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 schließlich erstmals nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht zusammen. Bereits im Vorfeld der Gespräche litten die interalliierten Beziehungen nach der Erfüllung

<sup>54</sup> Graml: Die deutsche Frage, 1983, S. 301 ff.

<sup>55</sup> Ebda, S. 281 f.

<sup>56</sup> Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, 1999, S. 47.

<sup>57</sup> Abelshausen, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 59.

<sup>53</sup> Dieses Zitat und das vorherige: Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, Berlin 1999, S. 49. f.

des Bündniszwecks der „Anti-Hitler-Koalition“ – etwa unter den divergierenden Interessen in Ostmitteleuropa. Während Stalin die „Einverleibung Ost- und Südosteuropas in das sowjetische Imperium“<sup>58</sup> vorantrieb, setzte sich die

<sup>58</sup> Graml: Die deutsche Frage, 1983, S. 308 ff.

zusehends engere anglo-amerikanische Allianz etwa für die Durchführung freier Wahlen im wiedererrichteten Polen ein. Auch im wirtschaftlichen Umgang mit den besetzten Gebieten schlug sich der ideologische Gegensatz zwischen Ost und West nieder:

## Die Errichtung der alliierten Besatzungsherrschaft

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die Generaloberst Alfred Jodl am 7. Mai 1945 im Hauptquartier der westlichen Alliierten in Reims unterzeichnete, sowie die Unterzeichnung der auch von sowjetischer Seite ratifizierten Kapitulationsurkunde durch Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel am 8. Mai in Berlin-Karlshorst markierten das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Mit der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ (Berliner Deklaration) übernahmen die Oberbefehlshaber der vier Siegermächte am 5. Juni 1945 gemeinsam die Hoheitsrechte über das besiegte Deutschland, dessen staatliche Existenz bereits die Kapitulation am 7./8. Mai beendet hatte. Als oberstes Organ der Besatzungsherrschaft trat der „Alliierte Kontrollrat“ dreimal monatlich zu „allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten“<sup>1</sup> zusammen, wobei den Oberbefehlshabern in ihrer jeweiligen Besatzungszone die oberste Regierungsgewalt zugesprochen wurde. Mit der Einrichtung der alliierten Besatzungszonen, die von der „European Advisory Commission“ ohne Rücksicht auf die ehemaligen Ländergrenzen festgelegt wurden, fand eine grundsätzliche

territoriale Neuordnung Deutschlands statt. Eine Besonderheit stellte in diesem Zusammenhang die Abtrennung des Saargebiets als künftig „selbstständige Verwaltungseinheit“ durch Frankreich im Jahr 1946 dar. Das an Kohlegruben reiche Territorium wurde in eine Wirtschaftsunion mit Frankreich eingebunden und erhielt 1947 sogar eine eigene Währung (die „Saar-Mark“) und eine eigene Verfassung, bis die Sonderentwicklung 1957 mit der Wiedereingliederung infolge einer Volksabstimmung endete. In den vier Besatzungszonen begann indes ein komplexer bürokratischer Verwaltungsapparat unter Hinzuziehung vermeintlich unbelasteter Deutscher anhand von sogenannten „Weißen Listen“ mit dem politischen wie wirtschaftlichen Wiederaufbau. In der sowjetischen Besatzungszone wurde darüber hinaus (emigriertes) kommunistisches Kaderpersonal aus der Sowjetunion bei der Errichtung der Besatzungsstrukturen eingesetzt. Als Schauplätze des politischen Neubeginns dienten zunächst Städte und Kommunen als unterste Verwaltungsebenen und später die neu entstandenen Bundesländer. Hierbei ist der Umgang mit der eigenen Besatzungszone dem Historiker Wolfgang Benz zufolge stets als Spiegel des staatlichen Selbstverständnisses der jeweiligen Besatzungsmacht sowie deren Interessen in Europa zu begreifen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Benz, Wolfgang: Errichtung der Besatzungsherrschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, April 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39600/errichtung-der-besatzungsherrschaft/> (eingesehen am 19. 12.2023).

<sup>2</sup> Ebd.

So begann die Sowjetunion im Osten Deutschlands noch vor Konferenzbeginn mit massiver Demontage.<sup>59</sup> Dass nach dem Tod Roosevelts im April 1945 erstmals der neue US-Präsident Harry S. Truman an den Beratungen in Potsdam teilnahm, während Churchill wegen einer Wahlniederlage im Laufe der Konferenz von seinem Amtsnachfolger Clement Attlee ersetzt wurde, beförderte die (auch persönliche) Entfremdung zwischen den Großmächten und ihren politischen Vertretern.

Als Ergebnisse der Potsdamer Konferenz wurden Demokratisierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Denazifizierung neben der gemeinsamen Machtübernahme der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, der vollständigen Auflösung der deutschen Streitkräfte sowie der Aufhebung aller Gesetze des NS-Regimes im „Potsdamer Kommuniqué“ festgehalten. Obwohl die jeweiligen Reparationsinteressen der Alliierten aus der eigenen Besatzungszone befriedigt werden sollten, einigten die Konferenzteilnehmer sich auf die Betrachtung Deutschlands als zusammenhängende Wirtschaftseinheit.<sup>60</sup> Die Sowjetunion setzte darüber hinaus ihren Anspruch auf zusätzliche Reparationsleistungen aus den westlichen Besatzungszonen durch. Im Kommuniqué von Potsdam wurde dementsprechend festgesetzt, dass die Sowjetunion zehn Prozent ihrer Reparationen ohne Bezahlung aus den westlichen Zonen entnehmen durfte und darüber hinaus 15 Prozent ihrer gesamten Reparationen im Tausch gegen Naturalien erhielt.<sup>61</sup> Vor dem Hintergrund der enormen Reparationsinteressen der wirtschaftlich kriegsgeschwächten Sowjetunion spricht der Historiker Hermann Graml mit Blick auf diese Regelungen von der „wirtschaftlichen Befreiung der westlichen Besatzungszonen zu Lasten der

Bewohner der SBZ (Sowjetische Besatzungszone), die nahezu alle sowjetischen Reparationsansprüche zu befriedigen hatte.“<sup>62</sup> Graml zufolge sei angesichts der in Potsdam festgehaltenen Absprachen eine Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit de facto unmöglich gemacht und sogar die politische Teilung vorgezeichnet worden.<sup>63</sup>

Bei der territorialen Neugestaltung Mitteleuropas im Rahmen der Potsdamer Konferenz gingen die Alliierten auf Distanz zu ihrem früheren Bekenntnis zum in der Atlantik-Charta festgeschriebenen Selbstbestimmungsrecht der Völker und balancierten stattdessen ihre machtpolitischen Interessen in Europa.<sup>64</sup> Die ehemals deutschen Staatsgebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wurden dem Staat Polen zugerechnet, während die Stadt Königsberg (heute Kaliningrad) und das nördliche Ostpreußen sowjetisch wurden. Nach anfänglichem Widerstand stimmten die Westmächte außerdem der – euphemistisch so bezeichneten – „ordnungsgemäßen Überführung“ der deutschen Minderheiten aus Polen, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei sowie den baltischen Staaten nach Deutschland zu. Flucht und Vertreibung, die bereits spätestens mit dem Vorücken der Roten Armee nach Westen im Winter 1944/1945 begonnen hatten, folgten ab November 1945 einem „Überführungsplan“ des Alliierten Kontrollrats, der die Verteilung der Heimatvertriebenen auf die Besatzungszonen koordinierte.<sup>65</sup> Der Historiker Wolfgang Benz geht von insgesamt etwa 12,45 Millionen bis 1950 aus Ostmitteleuropa vertriebenen Angehörigen der lokalen deutschen Minderheiten aus, die nicht selten Misshandlung, Zwangsarbeit und Demütigung erlitten.<sup>66</sup>

<sup>59</sup> Ebda, S. 314.

<sup>60</sup> Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, 1999, S. 50 f.

<sup>61</sup> Graml: Die deutsche Frage, 1983, S. 323 ff.

<sup>62</sup> Ebda, S. 324.

<sup>63</sup> Ebda.

<sup>64</sup> Ebda, S. 323.

<sup>65</sup> Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, 1999, S. 52 ff.

<sup>66</sup> Ebda, S. 54.

Auch die Schicksale dieser Menschen prägten die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ausgangsbedingungen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten entscheidend.

Während die sowjetische Delegation sich nach den Potsdamer Verhandlungen – auch vor dem Hintergrund der eigenen Reparationsansprüche aus den westlichen Zonen – als Garant der deutschen Einheit verstand, verstärkte die westalliierte Wahrnehmung einer rücksichtslosen Ausbeutungspolitik in der SBZ mit dem Ziel der Durchsetzung des sowjetischen Herrschaftsanspruchs in ganz Deutschland die ideologische Entfremdung zwischen den Alliierten. Aus der historischen Rückschau mag die maßgeblich von den alliierten Zielvorstellungen determinierte deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg als ein monoperspektivischer, beinahe „logischer“ Weg in die Gründung zweier deutscher Teilstaaten und deren Inte-

gration in die jeweiligen globalen Machtgefüge erscheinen. Die Betrachtung der Entwicklung der individuellen machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Alliierten sowie deren gemeinsame Deutschlandpläne sprechen jedoch eine andere Sprache. Bei der folgenden Darstellung der Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform soll also die Charakterisierung der Zeit nach 1945 als „historischer Moment“ berücksichtigt werden, in dem dem Historiker Martin Sabrow zufolge „nichts mehr gewiss und alles möglich schien“.<sup>67</sup>

<sup>67</sup> Sabrow: „Stunde Null“, Januar 2020.



Die Regierungschefs von Großbritannien, der USA und der Sowjetunion diskutierten ihre Deutschlandpolitik auf der Potsdamer Konferenz: Clement Attlee, Harry S. Truman und Josef Stalin, dahinter ihre Außenminister Bevin, Byrnes und Molotow

**»Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.«**

---

**James F. Byrnes, US-Außenminister**

in der Stuttgarter "Speech of Hope"  
am 6. September 1946

## Teil 2

# Deutsche Wirtschaft nach 1945: Von „Stunde Null“ bis Währungsreformplanungen

## Wirtschaftliche Ausgangsbedingungen im besiegten Deutschland

Die wirtschaftliche Situation des besiegten und von der siegreichen alliierten Koalition besetzten deutschen Territoriums ergab sich im Wesentlichen aus ebendiesen beiden Faktoren, die auch im Zentrum der vorangegangenen Kapitel standen: Erstens die direkten Folgen des Krieges und der Kriegsfinanzierungspolitik der Nationalsozialisten in Form des Leids der Zivilbevölkerung, der Zerstörung von Infrastruktur und Industrie sowie einer brachliegenden deutschen Reichsmark. Und zweitens die wirtschaftliche Fremdbestimmung durch die alliierte Besatzungsherrschaft, in der die individuellen Wirtschafts- und machtpolitischen Interessen der Alliierten mit ihren damit verbundenen Zielvorstellungen eines deutschen Nachkriegsstaates verschmolzen.

Die wohl unmittelbarste Folge des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Territorium stellte das Leid der Zivilbevölkerung dar. Deutlich mehr als die Hälfte des Wohnraums wurde im Bombenkrieg zerstört.<sup>68</sup> Zahlreiche Versorgungs- und Verkehrswege sowie Brücken waren unbenutzbar. Zahllose Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten strömten nach Westen und benötigten Nahrung und eine Bleibe.

<sup>68</sup> Benz, Wolfgang: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, April 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39602/infrastruktur-und-gesellschaft-im-zerstoerten-deutschland/> (eingesehen am 02.01.2024).

Millionen Menschen lebten über mehrere Monate ohne Zugang zu Wasser, Gas und Elektrizität. Während die Rohstoffvorräte im ersten Nachkriegsjahr noch ausreichten, um das Existenzminimum zu sichern, drohte die Versorgungslage im „Hungerwinter“ 1946/1947 gänzlich zusammenzubrechen. In diesem Zusammenhang wandte sich etwa der Fuldaer Landrat Stieler bereits am 1. Juni 1946 in der „Fuldaer Volkszeitung“ mit folgendem Appell an die Bäuerinnen und Bauern des Fuldaer Landes:

*„Lasst unsere Mitmenschen nicht verhungern! [...] Jedes Pfund Kartoffeln oder Brotgetreide hilft einen Menschen sättigen. Gebt nicht dem Vieh, was Menschen dringend benötigen!“<sup>69</sup>*

<sup>69</sup> Wolf, Werner: Trümmer, Tränen, Zuversicht. Alltag in Hes-



Eine Frau transportiert im „Hungerwinter“ 1946 Brennholz im Kinderschlitten und Kinderwagen.

## Der „Hungerwinter“ von 1946/1947

Die Wintermonate von 1946/1947 zeichneten sich neben Temperaturen von dauerhaft minus 20 Grad Celsius durch das Zusammentreffen zweier Faktoren aus, die die existenzielle Krisensituation weiter Bevölkerungsteile in Deutschland wechselseitig verschärfen: Ein Mangel an Nahrungsmitteln, der sowohl mit mehrfachen Frostwellen als auch mit dem Verlust landwirtschaftlicher Territorien im Osten zusammenhing, und eine Kohlenkrise, die weitreichende Auswirkungen für Verkehr, Transport und die Energieversorgung der Bevölkerung hatte. Bis 1946 erreichte die der Bevölkerung durchschnittlich zur Verfügung stehende tägliche Kalorienzufuhr einen Tiefststand von 1.451 Kalorien, die beispielsweise im Ruhrgebiet nochmals um die Hälfte unterschritten wurde.<sup>1</sup> Durch die Witterungsbedingungen waren bis in den April des Jahres 1947 hinein außerdem zahlreiche Wasserwege ein- und Lokomotiven zugefroren. Dieser Umstand bewirkte einen massiven Einbruch des Produktionsniveaus auf den Stand von Anfang 1946 und behinderte die Verteilung der ohnehin knappen Kohlen stark.<sup>2</sup> Im Zusammenhang mit dem Krisen-

winter kam es weiterhin zu einer Zunahme der Säuglingssterblichkeit und von Infektionen mit Rachitis und Tuberkulose. Etwa 8 von 10 Deutschen litten Anfang 1947 an Unterernährung. Der Schriftsteller Heinrich Böll fasste den Alltag der Bevölkerung wie folgt zusammen: „Jeder besaß das nackte Leben und außerdem, was ihm gerade unter die Hände geriet.“<sup>3</sup> Darüber hinaus formierten sich 1947 in Reaktion auf den Krisenwinter von 1946/1947 ausgehend von den Großstädten Protestbewegungen, mit denen die Deutschen auf die Missstände der alliierten Besatzung aufmerksam machen wollten. Auch aus Angst vor einem kommunistischen Umsturzversuch in Deutschland entwickelte die USA daraufhin den sogenannten „Marshall-Plan“ (siehe Kasten „European Recovery Program (ERP) und Organization for European Economic Cooperation (OEEC)“) zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs in Europa.

<sup>1</sup> Benz: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland, April 2005.

<sup>2</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 267.

<sup>3</sup> Iken, Katja; Schiemann, Caroline; Braden, Benjamin: „Die Moral geht zum Teufel“, in: Spiegel Geschichte online, Februar 2019, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/hungerwinter-1946-47-in-deutschland-das-ueberleben-nach-dem-krieg-a-1133476.html> (eingesehen am 08.01.2024).

Die Kriegsschäden an der Substanz der Industrie in den westlichen Besatzungszonen durch Luftangriffe, Kampfhandlungen im Rahmen des Einmarsches alliierter Truppen sowie die durch die nationalsozialistische Führung befohlenen Selbsterstörung erwiesen sich nach 1945 als geringer als zunächst angenommen. So wurde die Zerstörung der Großstädte

Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und Berlin in einem von der US-Air Force in Auftrag gegebenen Gutachten von 1945 zwar als „absolut Grauen erregend“ bezeichnet, die Mehrzahl der Angriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie jedoch als „kostspielige Fehlschläge“ eingestuft.<sup>70</sup>

<sup>70</sup> United States Strategic Bombing Survey: The effects of strategic bombing on the German war economy. Overall economic effects division, Washington D.C. 1945.

sen 1945-1949, Frankfurt am Main 1986, S. 71.



In Relation zum Bestand im Vergleichsjahr 1936 – in dem die Aufrüstung durch den „Vierjahresplan“ gerade begonnen hatte und die österreichischen und sudetendeutschen Gebiete dem Reich noch nicht einverleibt worden waren – betrug die Schäden an den Baulichkeiten der Industrie Ende April 1945 zwischen 10 und 25 Prozent. Unter Berücksichtigung des industriellen Wachstums zwischen 1936 und 1945, das ebenfalls etwa 20 Prozent betrug, entsprach die Industriekapazität nach Kriegsende dementsprechend etwa der des Jahres 1936, wobei sich die Höhe der Schäden je nach Produktionszweigen stark unterschieden.<sup>71</sup> Den eher geringen Schäden an der westzonalen Industrie zum Trotz erreichte die Gesamtproduktion in der amerikanischen Besatzungszone in der zweiten Jahreshälfte 1945 lediglich 13, in der britischen Besatzungszone 15 Prozent des Niveaus von 1936.<sup>72</sup> Allein die Industriezweige, deren Erträge einer der Besatzungsmächte direkt und unter weitestgehendem Ausschluss der deutschen Bevölkerung zugute kamen – beispielsweise die Förderung von Eisen, Stahl und Kali im Saargebiet für Frankreich – stiegen zwischen 1945 und 1947 auf einen Gutteil des Vorkriegsniveaus. Die geringe Produktionskapazität der Nachkriegs-

<sup>71</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 265.

<sup>72</sup> Ebda.



Personenzug auf der George C. Marshall-Brücke, einer der zwei Behelfsbrücken über den Rhein



Essensausgabe an hessische Schüler:  
Die Versorgungslage war äußerst angespannt.

monate lässt sich unter anderem mit der starken Beschädigung von Wohngebäuden sowie dem infrastrukturellen Transportsystem, besonders den Anlagen der „Deutschen Reichsbahn“, erklären, die einem Bericht anglo-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler zufolge rund siebenmal so häufig zum Ziel alliierter Bomben wurden wie die Rüstungsindustrie.<sup>73</sup>

Über die Infrastruktur des im September gegründeten Groß-Hessen liegt folgender Bericht aus dem Januar 1946 über den Zeitraum Juli bis Dezember 1945 vor:

*„Der Rhein [...] war noch nicht befahrbar, weil die Trümmer der gesprengten Brücken auf dem Grund des Stroms lagen. [...] Nur eine Bahnlinie führte von Frankfurt am Main nach dem Steinkohlengebiet der Ruhr. Es fehlt an Lokomotiven, Waggons, Kohle und Personal.“<sup>74</sup>*

<sup>73</sup> Ebda, S. 267.

<sup>74</sup> Benz: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutsch-



Die Frankfurter Altstadt, hier im Juni 1945, wurde im Zweiten Weltkrieg weitestgehend zerstört.

Die Wiederinstandsetzung der Infrastruktur war eine zentrale Voraussetzung für die Steigerung der Produktionskapazität der deutschen Nachkriegswirtschaft und damit von herausragendem Interesse für die Alliierten. Während im Mai 1945 lediglich 1.000 der insgesamt 13.000 Kilometer des Schienennetzes in der britischen Besatzungszone befahrbar waren und keine einzige nutzbare Rheinbrücke bestand, gelang es bis Juni 1946, 93 Prozent der Schienenwege und insgesamt 800 Brücken wieder instand zu setzen, darunter zwei (zunächst vorläufige) Rheinbrücken.<sup>75</sup> Neben den Industrieanlagen, die in deutlich geringerem Maße Kriegsschäden erlitten hatten als zuvor geschätzt, stellte die qualifizierte Arbeitskraft einen nach Kriegsende reichlich vorhandenen Produktionsfaktor dar, wobei die Zuwanderung – auch durch die Vertreibung aus den Ostgebieten – diesem As-

pekt zuträglich war.<sup>76</sup> So wuchs das Arbeitskräftepotential an Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 1939 und 1947 von 24,4 Millionen auf 27,2 Millionen Menschen an.<sup>77</sup>

Eine weitere mittelbare Kriegsfolge war der Ruin der deutschen Reichsmark. Während die „schleichende Inflation“ in den Kriegsjahren durch den staatlichen Lohn- und Preisstopp verschleiert worden war, traf sie die deutsche Bevölkerung nach dem 7./8. Mai 1945 umso härter. Den rund 300 Milliarden Reichsmark, die sich im gesamten „Großdeutschen Reich“ in den Grenzen von 1938 (inklusive der eingegliederten Gebiete Österreichs und des Sudetenlands) im Umlauf befanden, stand ein verschwin-

<sup>76</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 72.

<sup>77</sup> Buchheim, Christoph: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währungen in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 93.

land, April 2005.

<sup>75</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 267.

end geringes Warenangebot gegenüber.<sup>78</sup> Das staatliche Bewirtschaftungssystem der Lebensmittelkarte wurde zwar von den Alliierten beibehalten, die Reichsmark als Währung der Steuern und Gehälter erwies sich auf dem Markt jedoch zunehmend als wertlos. So lohnte es sich für viele Menschen mehr, ihre Zeit rein auf dem Tauschmarkt zu verbringen, als mit Arbeit zunehmend als wertlos empfundenes Geld zu verdienen. Jack Bennett, Finanzberater der US-Militärregierung, schrieb hierzu:

*„Die Reichsmark besaß echte Kaufkraft nur in Verbindung mit Bezugsscheinen, denn so gut wie alle Waren waren rationiert. Allerdings stellte, außer im Fall von Nahrungsmitteln, der Bezugsschein selbst keine Kaufgarantie dar, denn es waren nicht immer genug Waren vorhanden, um die Nachfrage zu decken.“<sup>79</sup>*

Zusätzlich gaben die Alliierten ab August 1946 Besatzungsgeld für den Zahlungsverkehr zwischen alliierten und deutschen Stellen aus, das jedoch von der Bevölkerung nicht in Reichsmark (und umgekehrt) umzutauschen war. Die Banknoten, die direkt vom Alliierten Kontrollrat ausgegeben wurden, waren bereits vor der deutschen Kapitulation hergestellt worden und trugen als Ausgabedatum das Jahr 1944. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Nebeneinanders verschiedener Währungen weitete sich das bereits seit 1943/1944 bestehende System des Schwarzmarktes und der Zigarettenwährung nach Kriegsende massiv aus.<sup>80</sup> Dieser „Rückfall in den archaischen Zustand der

<sup>78</sup> N.N.: Schwarzmarkt, in: Deutsche Geschichten online, o.Z., URL: <http://www.deutscheGeschichten.de/zeitraum/thema-index.asp?KategorieID=1004&InhaltID=1584> (eingesehen am 02.01.2024).

<sup>79</sup> Bennett, Jack: Die deutsche Währungsreform, Philadelphia 1950, S. 16.

<sup>80</sup> Benz: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland, April 2005.

Naturalwirtschaft<sup>81</sup> bedeutete die Schleusung eines Gutteils des gesamten Warenangebots über den Tauschmarkt.



Auf dem Schwarzmarkt entwickelten sich Zigaretten zum inoffiziellen Zahlungsmittel.



Amerikanischer Soldat im Jeep in der Wiesbadener Moritzstraße, umgeben von Kindern

<sup>81</sup> Ebda.

## Schwarzer und Grauer Markt

Im Allgemeinen versteht man unter einem „Schwarzmarkt“ einen ungesetzlichen Markt, dessen Entstehung vor allem mit der Nicht-Befriedigung von vorhandener Güternachfrage auf legalen Märkten zusammenhängt. Bereits während des Zweiten Weltkrieges etablierte sich ein solcher schwarzer Markt vor dem Hintergrund von Güterrationalisierung, Zwangsbewirtschaftung und dem staatlich verhängten Preisstopp. Im Laufe der letzten Kriegsmonate wandelten sich die vormalig mehrheitlich klandestinen Tauschgeschäfte im privaten oder halb-öffentlichen Raum hin zu einem öffentlichen Ereignis, das das Gesicht vieler Großstädte auch nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, da der durchschnittliche Verbraucher bzw. die durchschnittliche Verbraucherin das Lebensnotwendige schlichtweg oft nicht auf dem offiziellen Markt erhielt.<sup>1</sup> Mit der Etablierung der alliierten Besatzung traten deren Soldaten, die in der Regel auf ein breites Warenangebot aus der Heimat zurückgreifen konnten, als neue Akteure auf den vormals ausschließlich deutschen Schwarzmarkt. Rasch galt die Zigarette als

<sup>1</sup> Zierenberg, Malte: Ordnende Kraft des Geldes. Zur Geschichte des Schwarzmarktes vor und nach der Währungsreform, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Juni 2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/271687/ordnende-kraft-des-geldes/> (eingesehen am 04.01.2024).

handliche, leicht transportable Währung, für die man im Tausch von Lebensmitteln über Mäntel, Schuhe und Töpfe beinahe alles erhielt. Dabei erwies sich die Zigarettenwährung trotz ihres reichlichen Vorhandenseins durch die Importe der Besatzungsmächte aufgrund des Verbrauchs an Zigaretten als vergleichsweise kursstabil und zeugte gleichzeitig vom Vertrauensverlust der Deutschen in die Reichsmark.<sup>2</sup> Der Autor Harald Jähner bezeichnet die „radikalisierte Markterfahrung“<sup>3</sup> von Angebot und Nachfrage, die die Deutschen auf den schwarzen Märkten der Nachkriegszeit machten, gar als eine „lebenswichtige Lernerfahrung“ mit Blick auf die Wirtschaftsordnung der künftigen Bundesrepublik.

Neben dem Schwarzmarkt entwickelte sich nach 1945 ein halblegaler sogenannter „Grauer Markt“, auf dem Hersteller ihre Waren direkt und unter Umgehung üblicher Handelswege günstiger, als es die staatlich definierten Preise vorgaben, anboten. Die Existenz grauer Märkte wurde zur Aufrechterhaltung der Nachkriegsindustrie häufig von der jeweiligen Besatzungsmacht geduldet.

<sup>2</sup> Wandel, Eckhard: Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt am Main 1980, S. 144 f.

<sup>3</sup> Dieses Zitat und das folgende: Jähner: Wolfszeit, S. 247.

## Alliierte Wirtschaftspolitik auf deutschem Territorium 1945/1946

Bis März 1946 hatten sich alle vier Alliierten nach harten Verhandlungen auf den Inhalt eines Industrieniveauplans geeinigt. Er gewährte der deutschen Nachkriegswirtschaft ausgehend von der Herstellung eines mittleren, am europäischen Durchschnittswert orientierten Lebensstandards eine Produktionskapazität von 70 bis 75 Prozent des Wertes von 1936. Darüber hinaus definierte dieser Plan „verbotene Industrien“ (im Wesentlichen Kriegsindustrien), „eingeschränkte Industrien“, Industrien, aus denen nur im Sonderfall Reparationen entnommen werden durften, sowie „Industrien ohne Beschränkungen“ als vier Kategorien, mit denen hinsichtlich der Demontage unterschiedlich zu verfahren war.<sup>82</sup> Der Definition des deutschen Territoriums als Wirtschaftseinheit von Potsdam zum Trotz entwickelten sich die Besatzungszonen 1946/1947 wirtschaftlich auseinander. Frankreich und die Sowjetunion, die während des Zweiten Weltkrieges in besonderem Maße unter der deutschen Besatzung gelitten hatten, verfolgten nun in der Rolle des Besatzers eine (wenn auch unterschiedlich ausgestaltete) Politik der wirtschaftlichen Entsprechung dieses Leids. Demgegenüber bestand das Ziel der USA und Großbritanniens vielmehr in einer Sanierung der deutschen Wirtschaft. So maßen sie beispielsweise der Steigerung der aufs Engste mit Lebenshaltung, Energieversorgung und Infrastruktur verbundenen Kohleförderung, die unter die interalliierte Aufsicht des Kontrollrats gestellt wurde, eine besondere Bedeutung bei. Auch in diesem Zusammenhang äußerte der britische Premierminister Churchill sich bereits am 16. April 1945 wie folgt: „Die deutschen Massen dürfen uns nicht zur Last fallen und erwarten, jahrelang von den Alliierten er-

nährt, organisiert und erzogen zu werden.“<sup>83</sup> Daran anknüpfend schätzte der ehemalige US-Präsident Herbert Hoover in einem Gutachten über die wirtschaftliche Situation Deutschlands 1947, dass die Sicherung der Versorgungslage in ihren beiden Besatzungszonen jeden einzelnen britischen und amerikanischen Steuerzahler jährlich 600 US-Dollar kostete.<sup>84</sup> Demzufolge hatte die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit Deutschlands für Großbritannien und die USA auch aus innenpolitischen Gründen eine hohe Priorität.

Die Förderung der Produktivkraft der deutschen Wirtschaft zur obersten wirtschaftspolitischen Maxime in der amerikanischen und britischen Besatzungszone zu erheben, stand damit nicht nur in Tradition zu der in Ludwig Erhards Denkschrift von 1943/1944 skizzierten wirtschaftlichen Perspektive eines – damals (öffentlich) noch nationalsozialistisch angedachten – Nachkriegsdeutschlands.

<sup>83</sup> Benz: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland, April 2005.

<sup>84</sup> Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, 1999, S. 89 f.



Im Frankfurter I.G.-Farben-Haus richtete die US-Militäradministration ihr Hauptquartier ein.

<sup>82</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 272.

Vielmehr verdichtete sich anhand der wirtschaftlichen Zielperspektiven in den Nachkriegsmonaten auch der Systemgegensatz zwischen den anglo-amerikanisch geführten Westalliierten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Merklich erleichtert wurde die Versorgungslage in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone dennoch erst im Zuge der Ankündigung, die Wirtschaftsgebiete der beiden Zonen zur Jahresmitte 1946 zu vereinigen.<sup>85</sup> Die französische Militärregierung hingegen sperrte sich bis 1947 gegenüber den amerikanischen Initiativen, die eine Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit, wie sie in Potsdam in der Abwesenheit Frankreichs vereinbart worden war, durchzusetzen versuchten.<sup>86</sup> Diese von der französischen Vetopolitik forcierte „Teilung des deutschen Wirtschaftsraumes“ wirkte den Analysen vieler Historikerinnen und Historiker zufolge „interzonal wachstumshemmend“.<sup>87</sup>

Die Reparationen, die das besiegte Deutschland an die Alliierten in Form von Demontage in rund 1.800 Betrieben, Sachlieferungen sowie der Verwendung von Arbeitskräften zu leisten hatte, stellten hierbei sowohl Aspekt dar, der die Produktionskapazität der deutschen Nachkriegswirtschaft beeinflusste als auch einen solchen, der das Verhältnis zwischen den Alliierten maßgeblich prägte.<sup>88</sup> In den westlichen Besatzungszonen lag die Minderung der Produktionskapazität durch die Demontage, also

das Abbauen, Zerlegen und Entfernen von Industrieanlagen oder Maschinen (-teilen) (besonders in der Eisen- und Stahlindustrie sowie der chemischen Industrie), zwischen 3,1 und 5,3 Prozent.<sup>89</sup> Die Sowjetunion hingegen beanspruchte auf Basis des „Potsdamer Kommuniqués“ von 1945 einerseits auch Demontagen aus den westlichen Besatzungszonen, trieb andererseits die Demontagen in der eigenen Zone mit besonderer Konsequenz voran und entnahm mit langfristigen Folgen für die Wirtschaftsentwicklung der späteren DDR Güter aus der laufenden Produktion. Auf diese Weise verband die Praxis der Demontage die alliierten Interessen an Reparationen zur Deckung der Kriegs- und Kriegsfolgekosten sowie der Stärkung der eigenen, kriegsgeschädigten Wirtschaft mit einer wirtschaftlichen Schwächung des besiegten Deutschlands im Sinne einer „ökonomischen Entmilitarisierung“.<sup>90</sup> Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Demontagen blieben in den westlichen Besatzungszonen jedoch eher gering. So verweist der Historiker Alan Kramer auf die „auffällige Diskrepanz“, die zwischen den Wirtschaftsfolgen der Demontagen und ihrer „hohen politischen Brisanz“ bestehe.<sup>91</sup> Der Historiker Wolfgang Benz hebt vor allem die Wahrnehmung der Demontagen in der deutschen Bevölkerung und deren psychologische Folgen – ein „Gefühl der Hoffnungslosigkeit“<sup>92</sup> – hervor.

Um die wirtschaftliche Ausgangssituation (West-Deutschlands) nach Kriegsende einordnen

<sup>85</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 83 f.

<sup>86</sup> Ebda, S. 65.

<sup>87</sup> Beide Zitate in diesem Satz: Ebda.

<sup>88</sup> Schneider, Gerd und Toyka-Seid, Christiane: Demontage, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320077/demontage/#:~:text=Demontage%20nach%20dem%20zweiten%20Weltkrieg&text=Die%20Siegerm%C3%A4chte%20hatten%20auf%20verschiedenen%20Unternehmen%20der%20chemischen%20Industrie> (eingesehen am 02.01.2024).

<sup>89</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 267.

<sup>90</sup> Ebda.

<sup>91</sup> Beide Zitate in diesem Satz: Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 95.

<sup>92</sup> Benz, Wolfgang: Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Juli 2005, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-1945-1949-259/10077/wirtschaftsentwicklung-von-1945-bis-1949/> (eingesehen am 02.01.2024).

zu können, kann ein Blick auf das europäische Ausland Aufschluss geben. Die Nationalsozialisten annektierten 1938 Österreich und verleibten es dem „Deutschen Reich“ ein („Anschluss“), sodass fortan in Österreich wie in Deutschland die Reichsmark galt. 1945 von den Alliierten in den Grenzen von 1938 wiederhergestellt, hatte das nun wieder eigenständige Österreich eine ähnlich hohe Zerstörung an Industrie und Infrastruktur zu beklagen wie Deutschland. Nichtsdestotrotz war auch dort durch die kriegsvorbereitende Rüstung der Nationalsozialisten eine industrielle Basis geschaffen worden, die einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichte. Analog zum deutschen Territorium wurde Österreich im Frühjahr 1945 in vier Besatzungszonen geteilt, Wien wurde Viersektorenstadt. Österreicherinnen und Österreicher litten wie Deutsche nach 1945 Hunger, dem hohen Umlauf der Reichsmark stand ein geringeres Warenangebot gegenüber, es etablierte sich ein umfassender Tauschmarkt. Während der geringen Gütermenge auch in Österreich eine zu große Geldmenge in der Bevölkerung gegenüberstand, mangelte es der österreichischen Notenbank und dem Staat nach Kriegsende an Banknoten, da die Rote Armee nach ihrem Einmarsch etwa 520 Millionen Reichsmark aus dem Vermögen der Reichsbank beschlagnahmt hatte.<sup>93</sup>

Für einen schnellen Druck zusätzlicher Banknoten fehlten der Reichsbankhauptstelle in Wien jedoch die technischen Voraussetzungen. In diesem Kontext lieh sich die interimsmäßige Staatsregierung um Staatskanzler Karl Renner (SPÖ) noch in der ersten Jahreshälfte 1945 mehrere Hundert Millionen Reichsmark von der sowjetischen Besatzungsmacht.<sup>94</sup> Nach langwierigen Debatten zwischen den Besat-

zungsmächten und der provisorischen Staatsregierung wurde am 1. Dezember 1945 das „Schillinggesetz“ beschlossen, das mit dem Schilling die österreichische Zwischenkriegswährung ab dem 21. Dezember wieder zum gesetzlichen Zahlungsmittel in Österreich erhob. Reichsmarkbestände mussten in der Woche zuvor deklariert werden, die Kopfquote der Neuausstattung betrug 150 Schilling, getauscht im Verhältnis 1:1.

Das weitere Vermögen der Österreicherinnen und Österreicher wurde zu 60 Prozent übergangsweise auf Sperrkonten blockiert. Im November 1947 beschloss der Nationalrat schließlich das „Währungsschutzgesetz“, das einen Währungsschnitt von etwa zwei Dritteln durchsetzte – eine Maßnahme, die sich in der österreichischen Bevölkerung als überaus unpopulär erwies. Die durch die erste Währungsreform blockierten Vermögensteile wurden endgültig gestrichen. Mit diesen beiden Aspekten, der Festsetzung einer Kopfquote sowie der (in diesem Fall zeitlich vom Geldumtausch getrennten) Abwertung der neuen Währung, wurden im Rahmen der österreichischen Währungsreform Maßnahmen erprobt, die auch in der westzonalen Währungsreform in Deutschland Anwendung fanden. Da zwischen der Verkündung des „Währungsschutzgesetzes“ und seiner Inkraftsetzung mehrere Wochen vergingen, verwässerte die Wirkung der zweischrittigen österreichischen Währungsreform jedoch, da Bargeldbesitzerinnen und -besitzer ebendiese Zeitspanne nutzten, um so viele Banknoten wie möglich in Sachwerte einzutauschen.<sup>95</sup>

Die Währungsumstellung in Österreich, einem Land mit dem Nachkriegsdeutschland ähnlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen, kann in vielerlei Hinsicht zu Vergleichen mit der westdeutschen Währungsreform herangezogen werden. Das anfangs mangelnde Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in den wiederauferstandenen Schilling sowie die

<sup>93</sup> Seidel, Hans: Währungsreform und Besatzung in Österreich 1945-1947, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Heft 3/1999, URL: [https://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/1999\\_25\\_3/1999\\_25\\_3\\_0285.pdf](https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1999_25_3/1999_25_3_0285.pdf) (eingesehen am 08.02.2024).

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Ebd.

technischen Ungenauigkeiten in der Konstruktion der Währungsreform können als Aspekte gelten, wegen denen das Bruttoinlandsprodukt 1946 (im Kontrast zu den Westzonen bereits nach der Währungsreform) nur 60 Prozent des Standes von 1937 erreichte.<sup>96</sup>

Im (west-) europäischen Vergleich blieb auch die deutsche Industrieproduktion bis Mitte 1948 hinter den anderen ebenfalls kriegszerstörten Ländern zurück. Betrug das deutsche Produktionsniveau im zweiten Quartal 1948 etwa die Hälfte des Standes von 1936, so „übertraf die Produktion in Dänemark, Finnland, Jugoslawien und Norwegen schon 1947 ihr Niveau von 1937, während Belgien, Italien und die Niederlande sich an diesen Stand bis über 90 Prozent wieder herangearbeitet hatten und Frankreich ebenfalls dabei angelangt war.“<sup>97</sup> Dies ist in den Kontext der auch durch die Versorgungslage erklärbaren geringen Arbeitsproduktivität sowie in den deutschen Produktionsstätten fehlender Rohstoffe zu stellen.<sup>98</sup> Darüber hinaus wurde der Produktionsanreiz für Industriearbeiterinnen und -arbeiter jedoch auch durch die geringe Kaufkraft des festgesetzten Lohns geschmälert, während die Preise auf dem Schwarzmarkt explodierten: Dem Tageslohn eines Hamburger Facharbeiters von 10 RM stand im Mai 1948 etwa ein Stückpreis von 8 RM pro Ei gegenüber.<sup>99</sup> Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer zieht mit Blick auf die Ausgangsbedingungen der nachkriegsdeutschen Wirtschaft folgendes Fazit:

<sup>96</sup> Seidel, Hans: Von Kriegsende bis zum Staatsvertrag. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung, Dezember 2004, URL: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=25375&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25375&mime_type=application/pdf) (eingesehen am 08.02.2024).

<sup>97</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 192 f.

<sup>98</sup> Benz: Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949, Juli 2005.

<sup>99</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 193.

*„[...] Deutschland brachte offenbar gute materielle Voraussetzungen mit, um in der Nachkriegszeit wirtschaftlich zu reüssieren. Eine Automatik des Wiederaufstiegs und des Wirtschaftswachstums war dadurch aber nicht gegeben.“<sup>100</sup>*

Die günstigen politischen Rahmenbedingungen zu Realisierung des Wirtschaftspotentials seien vielmehr erst schrittweise mit dem Wandel der amerikanischen Europapolitik geschaffen worden.

## Wirtschaftliche Weichenstellungen für den Weststaat

In den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsmonaten hatten weder die USA noch Großbritannien eine Politik der Formierung eines unabhängigen deutschen Weststaates systematisch geplant oder forciert. Diese Tatsache pointierend charakterisiert der Wirtschaftshistoriker Eckhard Wandel die amerikanische Deutschlandpolitik der Nachkriegsmonate gar als eine „Beschlussfassung in Raten“.<sup>101</sup> Im Jahr 1946 trat jedoch der Systemgegensatz zwischen den amerikanisch geführten Westalliierten und der kommunistischen Sowjetunion auf internationaler Ebene im Kontext des beginnenden „Kalten Krieges“ sowie in der deutschen Frage insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Aspekte immer offener zutage.

So veranlasste der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay im April 1946 vor dem Hintergrund der Uneinigkeit über den wirtschaftlichen Umgang mit dem zonal geteilten, laut „Potsdamer Kommuniqué“ aber als Wirtschaftseinheit zu betrachtenden Deutschland einen Stopp der Demontagelieferungen an die französische und

<sup>100</sup> Abelshauer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 65.

<sup>101</sup> Wandel, Eckhard: Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt am Main 1980, S. 35.



sowjetische Zone. Als dieser Demontagestopp sich als unwirksam erwies, ließ der amerikanische Außenminister James F. Byrnes auf der Pariser Außenministerkonferenz im Juli 1946 die Aufforderung folgen, alle vier Besatzungszonen wirtschaftlich zu vereinigen. Der amerikanische Vorstoß traf jedoch lediglich bei der britischen, nicht aber bei der von der Vision eines wirtschaftlich geschwächten Nachkriegsdeutschlands geleiteten französischen bzw. der zentralwirtschaftlich sozialisierten sowjetischen Militärregierung auf Entgegenkommen.<sup>102</sup> So wurden zum 1. Januar 1947 lediglich die Territorien der britischen und amerikanischen Besatzungszone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet der sogenannten Bizone zusammengeschlossen.

Besonders in der (retrospektiven) öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland wurde die Rede von US-Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart zum Symbol der Wende der amerikanischen Deutschlandpolitik von 1946/1947. In der sogenannten „Speech of Hope“ bekannte Byrnes sich erstmals öffentlich zur Bildung der Bizone, leitete rhetorisch die Ausöhnung zwischen den USA und der deutschen Bevölkerung ein und kündigte zuletzt das amerikanische Ziel des Zusammentretens einer selbstständigen deutschen verfassungsgemäßen Versammlung an, die den Weg Deutschlands zurück in die westlich-demokratische Staatengemeinschaft ebnen sollte. In seine Vision eines vereinigten Nachkriegsdeutschlands bezog Byrnes 1946 zwar auch noch die sowjetische Besatzungszone mit ein – allerdings nicht um jeden Preis:

*„Es ist klar, dass wir, wenn die Industrie auf den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können.“*

<sup>102</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 273 ff.

*[...] Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, [...] um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern.“<sup>103</sup>*

Darüber hinaus kündigte der US-Außenminister bereits in jener Stuttgarter Rede erstmalig öffentlich die Perspektive einer Währungsreform an, für die das Funktionieren einer interzonalen Finanzbehörde unabdingbar vorauszusetzen sei. Seine Ansprache, die sich gleichermaßen an die ausgezehrtc deutsche Bevölkerung wie an die übrigen Besatzungsmächte richtete, beschloss Byrnes mit den folgenden Worten:

*„Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“<sup>104</sup>*

Bereits vor dem 1. Januar 1947, dem offiziellen Gründungsdatum der Bizone, wurden gemeinsame britisch-amerikanische Verwaltungsinstitutionen für Wirtschaft, Ernährung, Verkehr, Finanzen sowie das Post- und Fernmeldewesen gebildet, wobei der wirtschaftliche Zusammenschluss sich aufgrund des Rohstoffvorkommens und der ansässigen Industrien insgesamt als unproblematisch und wachstumsfördernd erwies.<sup>105</sup> Aufwändig und bürokratisch kompliziert gestaltete sich hingegen die administrative Fusion. Dem „Verwaltungsamt für Wirtschaft“, das in der britischen Zone in Minden angesiedelt wurde, stand zunächst

<sup>103</sup> N.N.: Die „Rede der Hoffnung“, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, o.Z., URL: <https://www.lpb-bw.de/byrnes-rede> (eingesehen am 09.01.2024).

<sup>104</sup> Ebda.

<sup>105</sup> Benz, Wolfgang: Vorform des „Weststaats“: Die Bizone 1946-1949, in: Eschenburg, Theodor (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983, S. 377 f.

kurzzeitig der zentralwirtschaftlich orientierte Sozialdemokrat Viktor Agartz (SPD) und ab September 1946 der parteilose ehemalige hessische Wirtschaftsminister Rudolf Mueller vor. Die frühe Phase der Bizone war hierbei besonders von der Diskrepanz zwischen den anglo-amerikanischen Hoffnungen rascher ökonomischer Verbesserungen für die deutsche Bevölkerung auf der einen und den Grundsatzdebatten zum „Wiederaufbau der Staatlichkeit“<sup>106</sup> unter den deutschen Sachverständigen in den Verwaltungsämtern auf der anderen Seite geprägt. Vor deren Hintergrund ist die erste Phase des vereinigten Wirtschaftsgebiets eher als Misserfolg zu bewerten. Im „Krisenwinter“ von 1946/1947 stand das „Mindener Amt für Wirtschaft“ schließlich im Zentrum der allgemeinen Kritik an der Notlage weiter Bevölkerungsteile.

Als sich die Perspektive der britisch-amerikanischen Deutschlandpolitik infolge der Konsolidierung der Bizone hin zu einem unabhängigen westdeutschen Nachkriegsstaat entwickelte, versuchten führende deutsche Politiker wahlweise, in Form verschiedener politischer Initiativen auf die Gestalt dieses Nachkriegsstaates Einfluss zu nehmen oder sein Gebiet auf die sowjetische Besatzungszone auszuweiten. Einzuordnen in erstere Kategorie sind hier die „Vorschläge für den organisatorischen Aufbau bei einer Vereinheitlichung von Besatzungsgebieten“ zu nennen, die der hessische Staatssekretär Walter Strauß (CDU) nach der Offenlegung der Pläne zur Zonenfusion erarbeitete. Die darin vorgesehene Bildung eines „Deutschen Volksrats“ als Parlament und die Beseitigung der zonalen Verwaltung wurden rasch zum Grundsatzprogramm der Ministerpräsidenten der Bizone und schlugen sich auch im „Abkommen über die Neugestaltung der zweizonalen Wirtschaftsstellen“ vom 29. Mai 1947 nieder.<sup>107</sup> In dessen Folge trat die Bizone in ein neues Stadium ein, das von der Schaffung eines Exekutivausschus-

ses, eines Wirtschaftsrats mit Sitz in Frankfurt am Main sowie der Einsetzung von „Direktoren“ gekennzeichnet war, die als Minister ihren jeweiligen Ressorts vorstanden. Die Bezeichnungen der neuen politischen Organe zeugen aus heutiger Perspektive noch von der Vorsicht der zuständigen Besatzungsmächte, die „politische Qualität“<sup>108</sup> der Bizone öffentlich anzuerkennen. Zur Hauptstadt der Bizone und somit zum Sitz der bizonalen Verwaltung wurde infolge des 29. Mai Frankfurt am Main.

Erstmals nach 1945 wurden mit den Mitgliedern des Wirtschaftsrates, der auch über legislative Kompetenzen verfügte, in Parteien organisierte deutsche Volksvertreter (durch die Länderparlamente) demokratisch gewählt. Der Wirtschaftsrat selbst wählte am 23. Juli 1947 – etwa einen Monat nach seiner konstituierenden Sitzung – die Direktoren der Ressorts Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen. Der Exekutivrat wiederum kontrollierte und koordinierte unter Führung von Günther Metzger (SPD) die Tätigkeit der fünf Verwaltungsbereiche. Am 2. März 1948 wählte der Wirtschaftsrat den ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister und Leiter der Sonderstelle Geld und Kredit, Ludwig Erhard (damals parteilos; später CDU), auf Empfehlung der FDP zum Direktor für Wirtschaft der Bizone.

Die reformierte bizonale Verwaltung bescherte der lokalen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1947 die von den internationalen Wirtschaftsexperten anvisierten steigenden Produktionszahlen. Die Dysfunktionalität der Reichsmark führte jedoch dazu, dass Konsumgüter im großen Stile gehortet und in Lagern zurückgestaut wurden. In Anbetracht der erwarteten Währungsreform, über deren Zeitpunkt und konkreten Charakter die deutschen Sachverständigen nicht informiert waren, wurde dies vonseiten Erhards als Direktor für Wirtschaft durchaus begrüßt.

<sup>106</sup> Ebda, S. 384.

<sup>107</sup> Ebda, S. 385 ff.

<sup>108</sup> Ebda, S. 387.

## Kurzbiografie Ludwig Erhard

**4. Februar 1897:** Geburt in Fürth als Sohn des Textilwarenhändlers Wilhelm Erhard und dessen Frau Augusta

**1913-1916:** kaufmännische Lehre in einem Nürnberger Textilgeschäft

**1916-1918:** Militärdienst im Ersten Weltkrieg nach freiwilliger Meldung; 1918 an der Westfront verwundet

**1919-1922:** Studium zum Diplom-Kaufmann an der Handelshochschule Nürnberg (Hochschule ohne Universitätsstatus, weswegen kein Abitur nötig war)

**1922-1925:** Studium der Betriebswirtschaft, Nationalökonomie und Soziologie in Frankfurt am Main; Promotion zum Thema „Wesen und Inhalt der Werteinheit“

**1923:** Hochzeit mit Luise Schuster

**1928-1942:** zunächst wissenschaftlicher Assistent und später stellvertretender Leiter des „Instituts für Wirtschaftsbeobachtung“ in Nürnberg; freiwilliger Austritt 1942 wegen der Weigerung, der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ beizutreten

**1940-1945:** Wirtschaftsberater im besetzten Elsass-Lothringen und in Polen für die Nationalsozialisten

**1942:** Gründung des „Instituts für Wirtschaftsforschung“ mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung der „Reichsgruppe Industrie“

**1943/1944:** Fertigstellung der von der

„Reichsgruppe Industrie“ in Auftrag gegebenen Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“; Vorstellung seiner Perspektive der Nachkriegswirtschaft beim stellvertretenden Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Otto Ohlendorf

**1945/1946:** zunächst wirtschaftlicher Berater des Stadtkommandanten von Nürnberg, ab Oktober 1945 bayerischer Wirtschaftsminister (durch die amerikanische Militärregierung ernannt)

**1947:** Leiter der Sonderstelle Geld und Kredit

**2. März 1948:** Wahl zum Direktor für Wirtschaft der Bizone

**August 1949:** Wahl in den Bundestag für die CDU Württemberg-Baden (ohne Parteibuch); Wirtschaftsminister des Kabinetts Adenauer (bis 1963), Abgeordneter bis zu seinem Tod 1977

**1952:** Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes

**1959:** Ablehnung der gegen seinen Willen von Adenauer vorgeschlagenen Kandidatur für das Bundespräsidentenamt

**1963:** Wahl zum Bundeskanzler nach dem Rücktritt Adenauers (bis zum Rücktritt 1966)

**5. Mai 1977:** Tod in Bonn<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Laitenberger, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen 1986.

Nach dem 20. Juni 1948 drängten die gehorteten Güter schließlich auf den Markt und realisierten sich in einem unmittelbar steigenden Warenangebot, das sich im kollektiven Gedächtnis der westdeutschen Bevölkerung als der Mythos von „über Nacht gefüllten Schau-

fenstern“ verding.<sup>109</sup> Über die Neuordnung des bizonalen Verwaltungsapparats im Jahr 1947 und die Ausübung gewisser politischer Ämter unter strengster alliierter Aufsicht hinaus blieb

<sup>109</sup> Abelshausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 119 f.

der deutsche Einfluss bei der Entwicklung der Bizone zum Modell des künftigen westdeutschen Nachkriegsstaates im Verhältnis zur umfassenden alliierten Steuerung dennoch auf das Wirken einzelner Sachverständiger begrenzt. Davon zeugt nicht zuletzt der Misserfolg der Ministerpräsidentenkonferenz, die der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) am 6./7. Juni 1947 vor dem Hintergrund des „Hungerwinters“ von 1946/1947 und der Hoffnung auf baldige politische Selbstbestimmung infolge der „Hoffnungsrede“ einberief. Eine Rumpfkonzferenz – ohne die bereits tags zuvor wegen unüberwindbar scheinender Differenzen durch Abwesenheit protestierende Delegation aus der SBZ – scheiterte bereits ganz grundsätzlich an der Entwicklung einer gemeinsamen deutschlandpolitischen Perspektive.

Trotz der Konzipierung der Bizone als wirtschaftliches und politisches Provisorium verblasste die anglo-amerikanische Vision eines gesamtdeutschen Nachkriegsstaates im Laufe des Jahres 1947. Hintergrund dessen war auf der Ebene internationaler Machtpolitik die Ausweitung des sowjetischen Einflusses in Ost- und Südosteuropa auf der einen und die amerikanische Reaktion darauf in Form einer Politik der unbedingten Eindämmung des globalen Kommunismus auf der anderen Seite (Containment-Politik der Truman-Doktrin). Eine Kooperation der weltpolitischen Antagonisten in der deutschen Frage rückte angesichts des beginnenden „Kalten Krieges“ in immer weitere Ferne. Schließlich gelang es der anglo-amerikanischen Allianz, Frankreich und die Benelux-Staaten als westliche Nachbarländer Deutschlands in langwierigen Verhandlungen auf der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 23. Februar bis zum 2. Juni 1948 von ihrem Konzept der Gründung eines unabhängigen Weststaates zu überzeugen. Aus Protest gegen die Nicht-Einbeziehung der Sowjetunion, die de jure einen Bruch der in Potsdam getroffenen interalliierten Vereinbarungen darstellte, verließ der sowjetische Vertreter Vassilij Sokolowskij im März

den Alliierten Kontrollrat. Dadurch war das oberste Organ der alliierten Besatzung de facto stillgelegt. Die gemeinsame Deutschlandpolitik der Alliierten war gescheitert.

In den folgenden Wochen erarbeiteten die Westmächte im Rahmen der Sechsmächtekonferenz die „Londoner Empfehlungen“, auf deren Basis den Ministerpräsidenten der Westzonen am 1. Juli 1948 die „Frankfurter Dokumente“ übergeben wurden. Sie autorisierten die Ministerpräsidenten zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die eine Konstitution für einen als Provisorium angedachten deutschen Nachkriegsstaat auf dem Territorium der drei westlichen Besatzungszonen erarbeiten sollte. In London einigten sich die Teilnehmerstaaten außerdem darauf, den künftigen Weststaat am European Recovery Program (ERP) – dem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm für das kriegsverwüstete (West-) Europa des US-Außenministers George C. Marshall – zu beteiligen. Für die Kooperation Frankreichs war hierbei die internationale Kontrolle des Kohlenabbaugebiets rund um die Ruhr sowie die Rentabilität der ERP-Hilfen für die eigene Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Infolge der Verhandlungen in London stimmte die französische Militärregierung der Fusion ihrer Besatzungszone – unter Ausschluss des Saarlandes – mit der Bizone bereits im März 1948 zu. Die Trizone wurde formell schließlich am 8. April 1949 gebildet. Dass der Gründungsauftrag für ebendiesen westdeutschen Nachkriegsstaat in Form der Frankfurter „Geburtsurkunde der Bundesrepublik Deutschland“<sup>110</sup> aus dem politischen Ausland erfolgte, ist nicht nur als historisches Kuriosum zu betrachten. Darüber hinaus kann dies auch als erneuter Indikator der strikten Steuerungsrolle der amerikanisch geführten Westalliierten bei der Wiederentstehung deutscher Staatlichkeit nach 1945 gelten.

<sup>110</sup> Brechenmacher, Thomas: Die Bonner Republik. Politisches System und innere Entwicklung der Bundesrepublik, Berlin 2011, S. 15 f.

## European Recovery Program (ERP) und Organization for European Economic Cooperation (OEEC)

US-Außenminister George C. Marshall skizzierte im Rahmen einer Rede in der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 erstmals sein Konzept eines umfassenden Wirtschaftsförderungsprogramms für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas: das „European Recovery Program“ (ERP). Während Europa vor 1939 einer der bedeutendsten Exportmärkte der amerikanischen Volkswirtschaft gewesen war – der wirtschaftliche Wiederaufstieg des Kontinents somit als Voraussetzung des Erfolgs der amerikanischen Nachkriegswirtschaft galt –, bildete das ERP darüber hinaus die wirtschaftspolitische Entsprechung der Politik der globalen Eindämmung des Kommunismus unter US-Präsident Harry S. Truman. Nichtsdestotrotz adressierten die USA den „Marshall-Plan“ in ihrem Selbstverständnis als weltpolitische Führungsmacht auch an die Sowjetunion und die Staaten Ostmitteleuropas. Diese lehnten jedoch eigenmächtig oder unter Einflussnahme der Sowjetunion, die in der Wirtschaftsprogrammatisierung eine übergriffige Einmischung in nationale Angelegenheiten sah, ab.

Die sechzehn überwiegend westeuropäischen Staaten, die schließlich am ERP teilnahmen – darunter die ehemaligen US-Kriegsgegner (West-) Deutschland (inklusive West-Berlin) und Österreich – gründeten im April 1948 die „Organization for European Economic Cooperation“ (OEEC). Sie koordinierte die Wirtschaftshilfen in Form von Krediten, Rohstoffen, Maschinen, Treibstoffen und Medikamenten und sorgte außerdem für den Abbau historisch gewachsener Handelshemmnisse wie instabiler innereuropäischer Wechselkurse. Von Zuwendungen in Höhe von etwa zehn bis 13 Milliarden US-Dollar, die Westeuropa im Rahmen des ERP aus den USA erhielt, flossen etwa 3,2 Milliarden in die Westzonen und West-Berlin bzw. nach ihrer Gründung in die Bundesrepublik Deutschland.<sup>1</sup> In Westdeutschland zahlten Abnehmerinnen und Abnehmer der im Rahmen des ERP eingeführten Waren hierbei einen festgesetzten Betrag in einen Gegenwertfonds bei der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ ein. Aus diesem Fonds wurden wiederum Wiederaufbaumaßnahmen an Industrie und Infrastruktur finanziert. Obwohl das konkrete Wirken des ERP auf die westdeutsche Nachkriegsindustrie bis heute kontrovers diskutiert wird, kann festgehalten werden, dass die Wirtschaftsprogrammatisierung des „Marshall-Plans“ ein Faktor war, der im Zusammenspiel mit der Währungsreform von 1948 den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands und dessen Westintegration möglich machte.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 445.

<sup>2</sup> Kimmel, Elke: Wirtschaftspolitische Impulse des Marshallplans in Deutschland. Wiederaufbau und Demontage, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Oktober 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/marshall-plan/40038/wirtschaftliche-impulse-des-marshallplans-in-deutschland/> (eingesehen am 12.01.2024).

## Die Neuordnung des westzonalen Zentralbanksystems

Auch hinsichtlich der Reorganisation des deutschen Bankenwesens leiteten die Westalliierten früh vorbereitende Maßnahmen ein. Dabei verfolgten die britische und amerikanische Militärregierung in ihren Besatzungszonen zunächst eine völlig konträre Bankenpolitik. Da sich das amerikanische Vorgehen jedoch spätestens infolge der ökonomischen Zonenfusion im Herbst 1946 bis auf einige Aspekte in der Konstruktion der späteren bizonalen Zentralbank durchsetzte, soll hier die Programmatik der US-Militärregierung in den Vordergrund gerückt werden. Joseph Dodge, Leiter der Finanzbehörde der amerikanischen Militärregierung, erhob bereits 1945 in einem Memorandum mit dem Titel „Central Banking and Bank Supervision“ die Dezentralisierung und Föderalisierung der sechs deutschen Großbanken und der Reichsbank zur Doktrin der maßgeblich durch seine Person geprägten US-Bankenpolitik in Deutschland.<sup>111</sup> Hintergrund seiner Haltung war die „starke Zentralisierung des Bankwesens und der Industrie und ihre wechselseitigen Verflechtungen“<sup>112</sup> unter den Nationalsozialisten – der Faktor, den Dodge als entscheidende Voraussetzung für die deutsche Kriegsfinanzierung ausmachte. Jack Bennett schreibt hierzu:

*„Der amerikanischen Regierung war klar, dass die völlige Mobilisierung aller deutschen Ressourcen durch Hitler dadurch vereinfacht worden war, dass die Kontrolle der Industrie- und Bergbauproduktion in den Händen weniger Personen konzentriert war,*

<sup>111</sup> Horstmann, Theo: Kontinuität und Wandel im deutschen Notenbanksystem, in: Pirker, Theo (Hg): Autonomie und Kontrolle. Beiträge zur Soziologie des Finanz- und Steuerstaates, Berlin 1989, S. 136 f.

<sup>112</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 50 f.

*die wiederum eng mit den noch weniger Personen, die das Bankensystem kontrollierten, verbunden waren.“<sup>113</sup>*

Dodges an die Ministerpräsidenten der Länder der amerikanischen Zone gerichtetes Memorandum beauftragte sie unter anderem mit der Gründung autonomer Landeszentralbanken<sup>114</sup> sowie der Einsetzung unabhängiger Bankaufsichtsbehörden. Die Errichtung der Landeszentralbanken in den Ländern der US-Besatzungszone wurde noch im Jahr 1946 abgeschlossen. Der Historiker Theo Horstmann kommentiert die frühe bankenpolitische Programmatik Dodges wie folgt:

*„Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuteten in ihrem Kern die Zerschlagung der Reichsbank und der Filialgroßbanken, indem diese in kleinere, juristisch wie ökonomisch selbstständige Einheiten auf regionaler Basis aufgespalten (dezentralisiert) wurden.“<sup>115</sup>*

Als ein Teilaspekt trug auch der – zunächst aufgrund der fehlenden britischen Zustimmung, dann vor dem Hintergrund der sowjetischen Weigerung – fehlende Konsens für die interzonale Bankendezentralisierung im Alliierten Kontrollrat zum Scheitern der gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik insgesamt bei. Die zunehmend engere anglo-amerikanische

<sup>113</sup> Bennett: Die deutsche Währungsreform, 1950, S. 9.

<sup>114</sup> Die Landeszentralbanken waren innerhalb ihres jeweiligen Bundeslandes rechtlich selbstständige Notenbanken. Sie fungierten als föderale Institutionen des zweistufigen Notenbanksystems von 1948, wobei sie für Geschäfte mit den Ländern und mit den dort ansässigen Kreditinstituten zuständig waren. Nach mehrfachen Reformen im Zuge der Wiedervereinigung und der europäischen Integration bestehen heute im Bundesgebiet anstelle der 1948 geschaffenen Zentralbanken noch neun, teils länderübergreifende Hauptverwaltungen der Deutschen Bundesbank.

<sup>115</sup> Horstmann: Kontinuität und Wandel im deutschen Notenbanksystem, 1989, S. 137.

Allianz entwickelte folglich auch auf dem Feld des Banken- und Kreditwesens eine rein westdeutsch gedachte Perspektive, die die sowjetische Besatzungszone nicht mit einbezog. Unter starkem amerikanischen Einfluss entstanden im Februar 1948 auch in den Ländern der britischen Besatzungszone Landeszentralbanken. Die Abschlussetappe der Neuordnung des westzonalen Zentralbanksystems bildete schließlich die Gründung der „Bank deutscher Länder“ mit Sitz in Frankfurt am Main zum 1. März 1948 – ganz bewusst fernab des früheren Finanzzentrums Berlin gelegen. Nach dem Beitritt der französischen Landeszentralbanken zum 25. März 1948 war die neue westdeutsche Zentral- und Notenbank<sup>116</sup> gleichzeitig die erste trizonale

<sup>116</sup> Unter einer Zentral-, Noten- oder Nationalbank versteht man eine meist nationale, staatliche Institution, die mit der Geldpolitik auf dem Hoheitsgebiet des Staates betraut ist. In der Bundesrepublik agiert die „Deutsche Bundesbank“ als deutsche Zentralbank seit 1957 als Rechtsnachfolgerin der 1948 geschaffenen „Bank deutscher Länder“. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem die Gewährleistung des Finanz- und Währungssystems, die Bankenaufsicht (gemeinsam mit der „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“) sowie die Bereitstellung von Bargeld.



Dienstgebäude der zum 1. März 1948 geschaffenen Bank deutscher Länder in Frankfurt am Main

Institution und der „Nukleus eines westdeutschen Zentralbanksystems“.<sup>117</sup> Die Bank deutscher Länder wurde mit einem Grundkapital von 100 Milliarden Reichsmark ausgestattet und verfügte (in Gestalt des Zentralbankrats) selbst über die Währungspolitik in ihrem Einflussbereich – bis 1951 allerdings unter alliierter Weisungsbefugnis. Ohne unmittelbare eigene Kreditbeziehungen diente sie in erster Linie als „Bank der Landeszentralbanken“, in deren Besitz sich ihr Grundkapital befand. 1957 wurde die Bank deutscher Länder schließlich durch ihre Rechtsnachfolgerin, die Deutsche Bundesbank, abgelöst.

Die (anfänglich acht, später elf) Landeszentralbanken fungierten in ihrem Land wiederum jeweils als föderale Zentralbanken bzw. „Bank der Banken“<sup>118</sup>, im Vergleich zur Zentralbank lediglich ohne das Recht zur Notenausgabe. Obwohl sie formal nicht in Rechtsnachfolge zur ehemaligen Reichsbank standen, übernahmen sie besonders in der britischen Besatzungszone häufig Personal, Gebäude und Inventar der ehemaligen Reichsbankanstalten.<sup>119</sup> In bewusstem Kontrast zur Reichsbank wurde der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder als Dachinstitution aus den Präsidenten der Landeszentralbanken zusammengesetzt, die wiederum von den Länderparlamenten gewählt und somit politisch legitimiert und kontrolliert wurden. Auf diese Weise sollte das dezentrale und föderale Element des neu geschaffenen Zentralbanksystems betont, eine vertikale Gewaltenschränkung von der Länder- auf die Bundesebene integriert und so einem (historisch bewiesenen) Missbrauch der Zentral-

<sup>117</sup> Dickhaus, Monika: Die Bundesbank im westeuropäischen Wiederaufbau. Die internationale Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1958, München 1996, S. 55.

<sup>118</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 72.

<sup>119</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 106.

bank für Staatskredite vorgebeugt werden.<sup>120</sup> Die Präsidentenämter der Landeszentralbanken (so etwa Otto Veit an der Spitze der hessischen Zentralbank) vergaben die zuständigen Militärregierungen an Männer, die allesamt durch Hyperinflation, die Weltwirtschaftskrise 1929 und deren gesellschaftspolitische Folgen geprägt waren. Das Trauma der Hyperinflation 1923 und der zurückgestauten Inflation infolge der Finanzierung des Zweiten Weltkrieges trugen sie demnach als geldpolitische Funktionselemente in die junge Bundesrepublik fort. Konkret kann festgehalten werden, dass die alliierte Neuordnungspolitik des westzonalen Bankensystems, die in der Schaffung der Bank deutscher Länder gipfelte, einen eklatanten „Bruch mit der [zentralistischen; Anm. d. A.] deutschen Notenbanktradition“<sup>121</sup> darstellte, der wiederum die Rahmenbedingungen der Währungsreform von 1948 bereitete. Mit der Bank deutscher Länder bzw. den Landeszentralbanken entstanden nicht zuletzt Institutionen (wieder), die die geplante gemeinsame Währung der Westzonen und des künftigen westdeutschen Nachkriegsstaats in Umlauf bringen konnten.

## Konkrete westalliierte und deutsche Währungsreformplanungen 1946 bis 1948

Die amerikanische Militärregierung betraute wenige Monate nach Ende des europäischen Krieges einen jungen Leutnant der US-Air Force mit der Koordination der vorbereitenden Maßnahmen rund um die Währungsreform, deren Notwendigkeit unter allen vier Alliierten angesichts der brachliegenden Reichsmark als allgemeiner Konsens galt. Edward A. Tenenbaum, Assistent des Finanzberaters der US-Mi-

litärregierung, veranlasste bereits 1946 streng geheimgehaltene Beratungen deutscher und amerikanischer Finanzexperten zur Erstellung eines Konzeptpapiers zur Währungsreform – bis spätestens Mitte 1947 auch noch gesamtdeutsch gedacht.<sup>122</sup> Die „Outline of a tentative plan for the liquidation of war finance and the financial rehabilitation of Germany“ erstellten der deutsch-amerikanische Finanzwissenschaftler Gerhard Colm, der deutschstämmige US-Ökonom Raymond Goldsmith und General Clays Finanzberater Joseph Dodge gemeinsam mit deutschen Sachverständigen wie dem Frankfurter Ökonomie-Professor Heinz Sauer mann unter Führung Tenenbaums.<sup>123</sup> Dodge hatte bereits am 17. Dezember 1945 ein Treffen mit deutschen Finanzexperten einberufen, an dem mit Heinrich Hartlieb, Hans Möller und Otto Pfeleiderer drei Männer teilnahmen, die einige Monate später auch in die Beratungen im Rahmen des Konklaves von Rothwesten eingebunden waren.

Der nach seinen Urhebern benannte „Colm-Dodge-Goldsmith-Plan“ (CDG-Plan) vom 20. Mai 1946 definierte eingangs die folgende Zielsetzung:

*„Sie [die finanziellen Maßnahmen im Rahmen der Geldreform; Anm. d. A.] können den Geldschleier beseitigen, zur gerechten Verteilung der Kriegslasten unter der Bevölkerung beitragen und eine feste Rechnungsgrundlage für die Gesundung der deutschen Wirtschaft liefern. Dadurch stellt die Geldreform einen wichtigen Schritt in Richtung auf das endgültige Ziel der alliierten Wirtschaftspolitik in Deutschland dar: die Entwicklung einer friedlichen, demokratischen, sinnvoll dezentralisierten Wirtschaft Deutschlands als ein Ganzes.“<sup>124</sup>*

<sup>120</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 70 ff.

<sup>121</sup> Horstmann: Kontinuität und Wandel im deutschen Notensystem, 1989, S. 152.

<sup>122</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 30 f.

<sup>123</sup> Abelshausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 121 ff.

<sup>124</sup> Möller, Hans: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948, Basel 1961, S. 216.



## Kurzbiografie Edward Adam Tenenbaum

**10. November 1921:** Geburt in New York als ältester von drei Söhnen des aus Österreich-Ungarn emigrierten jüdischen Arztes Joseph Tenenbaum und dessen Frau Sheila

**1942:** Abschluss des Studiums der Nationalökonomie an der University of Yale mit seiner Arbeit „Nationalsozialismus gegen internationalen Kapitalismus“ (summa cum laude)

**1942-1945:** Leutnant der US-Air Force, Offiziersausbildung, Teilnahme an der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald

**ab Mitte 1945:** Mitglied der „Finance Division“ der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, Aufstieg zum Assistenten des Finanzberaters von General Clay; dort maß-

geblich für die Planung der Währungsreform zuständig

**21. April bis 8. Juni 1948:** Koordinator des Konklaves von Rothwesten, alliierter Chefverhandler und Bindeglied zwischen den deutschen Sachverständigen und den westalliierten Militärregierungen

**1948-1952:** Mitarbeit beim Aufbau der europäischen Zahlungsunion

**1952:** Gründung einer Beratungsfirma in Washington

**14. Oktober 1975:** Tod bei einem Verkehrsunfall bei Harrisburg<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 95 ff.

Die territoriale Bezugsgröße der US-Programmatik war 1946 demnach ganz Deutschland unter Einbeziehung aller vier Besatzungszonen. Dabei sah der CDG-Plan drei Phasen zur Umsetzung seiner Programmatik vor: Zunächst sollte die neue deutsche Währung eingeführt und alle bestehenden Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 herabgestrichen werden, wobei Löhne und Preise unverändert bleiben und die Staatsschulden vollständig für nichtig erklärt werden sollten. Erstmals wurde hier der Begriff „Deutsche Mark“ für die neue deutsche Währung verwendet, der wohl auf Edward Tenenbaum zurückgeht.<sup>125</sup> Die Erstausrüstung mit dem neuen Geld sollte im Verhältnis 1:1 sowie in Höhe von 15 DM für den Haushaltsvorstand und 10 DM für jedes weitere Familienmitglied erfolgen. Auch ein Lastenausgleich<sup>126</sup> zwischen Geld- und Sach-

<sup>125</sup> Ebda.

<sup>126</sup> Der Begriff Lastenausgleich (restrospektiv oft im Zusammenhang mit dem „Lastenausgleichsgesetz“ von 1952 verwendet) bezeichnet im Allgemeinen die meist finanzielle

vermögen war Teil der währungspolitischen Programmatik des CDG-Plans: In der zweiten Umsetzungsphase sollte allen Besitzerinnen und Besitzern von Sachvermögen über 1.000 DM eine Hypothek von 50 Prozent auferlegt werden,

Entschädigung von bestimmten Personen oder Personengruppen, die im Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit unverhältnismäßig hohe Schäden oder (materielle) Verluste erlitten hatten. Hierzu zählten in erster Linie Geflüchtete, Vertriebene und Sachgeschädigte, aber eben auch – und hier ist der Zusammenhang zu den Währungsreformvorbereitungen herzustellen – sogenannte „Währungs geschädigte“. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Hyperinflation von 1923, unter der Inhaberinnen und Inhaber finanzieller Sicherheiten wie Bargeld weitaus stärker gelitten hatten als Sachwertbesitzerinnen und -besitzer, räumte beispielsweise der CDG-Plan dem Ausgleich der durch die angedachte Währungsreform verursachten Verluste von Menschen, die entweder überwiegend Geldvermögen oder überwiegend Sachvermögen besaßen, ein großes Gewicht ein. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde eine Vermögensabgabe im Sinne des Lastenausgleichs erneut diskutiert.

die in einen Kriegslastenausgleichsfonds übergehen sollten. Aus diesem Fonds sollten binnen 20 Jahren Personen entschädigt werden, die besonders hohe Kriegsverluste erlitten hatten. Damit verbunden sollten in der dritten Phase besonders wohlhabende Mitglieder der Gesellschaft, die zwischen 1935 und 1946 einen beträchtlichen Vermögenszuwachs verzeichnet hatten, ebenfalls eine Abgabe in den Kriegslastenausgleichsfonds zahlen. Obwohl dies offenkundig einer (sozialen) Ungleichbehandlung von Sach- und Geldvermögen bei der Geldreform im Sinne des Lastenausgleichs dienlich war, begegnete die US-Militärregierung dem auch von deutscher Seite forcierten Lastenausgleich wegen vermeintlicher Sozialisierungstendenzen im Laufe der konkreten Währungsreformplanungen mit zunehmender Skepsis. Die Bewirtschaftungsmaßnahmen sollten laut CDG-Plan vorübergehend unangetastet bleiben. Zuletzt sah er die Einberufung einer Arbeitsgruppe deutscher Sachverständiger vor, die mit der Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen zur Währungsreform unter alliierter Aufsicht betraut werden sollte.<sup>127</sup>

Der CDG-Plan wurde im August 1946 von allen vier Besatzungsmächten im Alliierten Kontrollrat diskutiert. Die dortigen Debatten über die konkrete Ausgestaltung der Währungsumstellung offenbarten die Unvereinbarkeit der sowjetischen Interessen mit den in erster Linie amerikanisch geprägten Reformplänen der Westalliierten.<sup>128</sup> Jack Bennett, Finanzberater des US-Militärgouverneurs Clay, schreibt zu den Währungsreformverhandlungen im Alliierten Kontrollrat (aus sicherlich zugespitzter amerikanischer Perspektive):

*„Allerdings stellte sich bald heraus, dass es sich die Sowjets entweder anders überlegt*

*hatten oder dass sie zunächst nur ein Lippenbekenntnis für das Projekt abgelegt hatten. Als unsere Diskussionen bis zu dem Punkt gelangt waren, dass die tatsächliche Umsetzungsarbeit beginnen konnte, beispielsweise die Vorbereitung der für die neue Währung erforderlichen Banknoten, verlor die sowjetische Delegation das Interesse und stellte unmögliche Bedingungen.“<sup>129</sup>*

So ging etwa die sowjetische Blockade der zonenübergreifenden Herstellung aller Banknoten in der Berliner Reichsdruckerei als Notendruckkontroverse<sup>130</sup> in die Chronik des Scheiterns der alliierten Deutschlandpolitik ein. Aber auch von britischer Seite wurde der CDG-Plan zunächst sehr kritisch gesehen. Im Oktober 1947 entschied sich die US-Militärregierung schließlich ohne Absprache mit ihren alliierten Partnern, den Druckauftrag an die „American Bank Note Company“ zu vergeben. Damit wurde die Möglichkeit einer separaten westzonalen Währungsreform eigenmächtig durch die USA vorbereitet. Eine Ausweitung des Geltungsbereiches der Geldreform auf die sowjetische Besatzungszone wäre für die Westalliierten zu diesem Zeitpunkt zwar immer noch denkbar gewesen. Ein Memorandum des US-Außenministeriums vom 10. März 1948 markierte dann jedoch das endgültige Scheitern der vierzonalen Währungsreformpläne. Darin hieß es:

<sup>129</sup> Bennett: Die deutsche Währungsreform, 1950, S. 2.

<sup>130</sup> Während die westlichen Besatzungsmächte sich für die Herstellung der neuen Banknoten in der Viersektorenstadt Berlin unter gemeinsamer Kontrolle aussprachen, machte die Sowjetunion die Herstellung eines Teils der Noten in Leipzig zur Bedingung der Einbeziehung der SBZ in die Währungsreform. Die westalliierte Ablehnung dieser Forderung ist auch mit den Erfahrungen bei der Herstellung einer gemeinsamen alliierten Militärmark unmittelbar nach Kriegsende zu erklären: Mit den Druckplatten der Westalliierten stellte die sowjetische Militäradministration ohne Absprache Milliarden von Militärmark her, die den Schwarzmarkthandel wegen ihrer Wertlosigkeit befeuerten.

<sup>127</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 122 f.

<sup>128</sup> Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, Juli 2018.

*„Man muss sehen, dass die Durchführung einer Währungsreform auf bizonaler oder Dreimächte- anstatt auf Viermächtebasis definitiv einen Schritt hin zur Anerkennung der Ost-West-Spaltung Deutschlands darstellt, aber gleichzeitig auch einen wichtigen Zug in Richtung auf die dringend nötige wirtschaftliche Stabilisierung Westdeutschlands. [...] Es wird empfohlen, General Clay zu instruieren, dass die Politik dieser Regierung nicht länger darin besteht, eine Viermächte-übereinkunft zur Währungs- und Finanzreform in Deutschland zu erreichen [...]“<sup>131</sup>*

Dieses Memorandum ist wie der bereits erwähnte Auszug des sowjetischen Vertreters Sokolowskij aus dem Alliierten Kontrollrat am 20. März 1948, der in der öffentlichen Wahrnehmung rasch zum Symbol des endgültigen Scheiterns der alliierten Zusammenarbeit firmierte, in den Kontext des beginnenden „Kalten Krieges“ zu stellen.

Doch wie prägten deutsche Sachverständige die Vorbereitungen zur Währungsreform von 1948? Einen ersten Versuch, eine vierzonales deutsches Währungsreformkonzept zu erstellen, initiierte die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main gemeinsam mit dem parteilosen hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler im November 1945 in Gestalt einer gesamtdeutschen Währungsreformkonferenz. Obwohl die in erster Linie aus den britischen und amerikanischen Besatzungszonen angereisten Sachverständigen – darunter Adolf Weber, Fritz Terhalle, Ludwig Erhard, Erwin Hielscher und Max Schönwandt<sup>132</sup> – zu keinem einheitlichen Ergebnis kamen, ist die Bedeutung dieses Vernetzungsereignisses sicherlich nicht zu unterschätzen.<sup>133</sup> So legten Sachver-

ständige aus der britischen Besatzungszone am 17. November 1945 mit dem „Detmolder Memorandum“ einen gemeinsamen Plan für die „Gesundung des deutschen Geldwesens und die Regulierung der inneren Kriegsschuld“<sup>134</sup> vor. Seine Urheber machen in erster Linie die infolge der Kriegshandlungen brachliegende Industrieproduktion sowie die monetäre „Überversorgung“ der Bevölkerung während des Krieges für die prekäre wirtschaftliche Lage Nachkriegsdeutschlands verantwortlich. Ersteres werde durch die zonale Teilung des deutschen Territoriums noch verstärkt.<sup>135</sup> Im „Detmolder Memorandum“ wird der Geltungsbereich einer Neuordnung des Geldwesens auf dem gesamten Reichsgebiet außerdem zur unabdingbaren Voraussetzung einer solchen erhoben. Des Weiteren müsse „das Vertrauen der Bevölkerung zum Gelde wiederhergestellt“<sup>136</sup> und „auf das Mittel einer Inflation nach dem Vorgang von 1919 unbedingt verzichtet“ werden. Vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass es den Urhebern des „Detmolder Memorandums“ nur wenige Monate nach Kriegsende gelang, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage treffend einzuschätzen und daraus einen schlüssigen Maßnahmenkatalog für die Geldreform abzuleiten. Wenn auch in deutlich geringerem Umfang trifft diese retrospektive Einschätzung auch auf die „Hessen-Erklärung“ zu, die die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft des neu gebildeten Landes Groß-Hessen der amerikanischen Militärregierung mit der Bitte um Weitergabe an den Alliierten Kontrollrat im April 1946 vorlegten. Auch in diesem Vorschlag zur Neuordnung des Geldwesens wird die territoriale Bezugsgröße der Geldreform auf das gesamte Nachkriegsdeutschland festgelegt sowie die Behebung der Diskrepanz zwischen Geldumlauf und Warenangebot als

<sup>131</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 210.

<sup>132</sup> Hielscher, Erwin: Der Leidensweg der deutschen Währungsreform, München 1948, S. 11.

<sup>133</sup> Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, 1961, S. 13.

<sup>134</sup> Ebda, S. 116.

<sup>135</sup> Ebda, S. 116 ff.

<sup>136</sup> Dieses Zitat und das folgende: Ebda, S. 122.

Grundlage des wirtschaftlichen (Wieder-) Aufschwungs erkannt.<sup>137</sup>

Im Frühjahr 1947 zählte dann die Einrichtung eines Expertengremiums mit Sitz im hessischen Bad Homburg, das konkrete währungspolitische Reformvorschläge erarbeiten sollte, zu den ersten Beschlüssen des Frankfurter Wirtschaftsrats. Mit der Schaffung der zweimal wöchentlich tagenden Sonderstelle Geld und Kredit wurde die währungspolitische Diskussion unter deutschen Sachverständigen nicht nur aus dem „Dunkel von Studierstuben und Privatarbeiten“<sup>138</sup> befreit, sondern zeitgleich auch – zumindest in Form informeller Kontakte – an die westalliierten Gremien angeschlossen. Vorsitzender der Sonderstelle wurde am 10. Oktober 1947 – dem bizonalen Direktor der Finanzen zwar zugeordnet, nicht aber weisungsgebunden unterstellt – Ludwig Erhard, sein Stellvertreter der Münchner Stadtkämmerer Erwin Hielscher (SPD). Mit Blick auf die hochkarätige Besetzung des Gremiums – neben Erhard und Hielscher unter anderem Günter Keiser und Otto Pfeleiderer – kann mit Recht von einer Wiederzusammenführung von durch Krieg und die allgemeine Notlage der Bevölkerung „zwischenzeitlich abgerissene[n] Kontaktfäden“<sup>139</sup> in der Sonderstelle die Rede sein. Die Regierungsvertreter, Verwaltungsbeamten, Vertreter des Bankwesens und privaten Sachverständigen, die die Arbeit der Sonderstelle prägten, hatten sich überwiegend bereits vor deren Bildung als Autoren oder Mitautoren von Teilen der insgesamt 218 bekannten Währungsreformkonzepte hervorgetan.<sup>140</sup>

Obwohl die Westalliierten den deutschen Einfluss auf die Gestalt der Währungsreform auf „rechtstechnische und organisatorische Mit-

wirkung beschränken“<sup>141</sup> wollten, entwickelte die Sonderstelle unter der Bedingung der angeordneten Geheimhaltung rasch eine umfassendere Programmatik für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands. Dabei legten sie ihren Beratungen früh die deutsche Teilung zu Grunde.<sup>142</sup> Im Gegensatz zu den von Tenenbaum geführten westalliierten Planungen hielt Erhard Wirtschaftsreformen in Ergänzung zur Währungsreform für notwendig, um möglichst schnell zum System einer freien Marktwirtschaft zurückkehren zu können.<sup>143</sup> Sein Credo, „wenn man für das neue Geld nichts kaufen“<sup>144</sup> könne, sei „die neue Währung nicht haltbar“ stieg zum Leitsatz der von den deutschen Sachverständigen verfolgten Wirtschaftsreformpolitik auf. Dieser Logik folgend erkannte die Sonderstelle Geld und Kredit – in diesem Aspekt mit Tenenbaums Beratungsstab übereinstimmend – den Zeitraum zwischen dem „Tag X“ der Währungsreform und einem Ausgleich zwischen Gesamtnachfrage und dem güterwirtschaftlichen Angebot als für inflationäre Entwicklungen besonders sensibel. Den Schlüssel zur Lösung dieses währungspolitischen Problemfelds machte das Expertengremium in der Vertrauensbasis aus, die der neuen Währung vonseiten der Bevölkerung entgegengebracht werden müsse.<sup>145</sup>

Uneinig waren sich die deutschen Sachverständigen der Sonderstelle hingegen bei der Periodisierung der Wirtschaftsreformen, die mit der Einführung der neuen Währung einhergehen sollten: Während Erhard und Hielscher sich für eine enge zeitliche Bindung der wirtschaftlichen Reformen an den „Tag X“ aussprachen, plädierte unter anderem Günter Keiser,

<sup>137</sup> Ebda, S. 212 f.

<sup>138</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 244.

<sup>139</sup> Ebda, S. 245.

<sup>140</sup> Möller: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, 1961, S. 15.

<sup>141</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 57.

<sup>142</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 246.

<sup>143</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 57 ff.

<sup>144</sup> Dieses Zitat und das folgende: Ebda.

<sup>145</sup> Ebda, S. 60 ff.

den Erhard bereits aus der Zeit seiner operativen Nachkriegsplanungen von 1943/1944 kannte, für eine übergangsweise Beibehaltung von Bewirtschaftung und Preisbindung.<sup>146</sup> Erhard begründete seine Position wie folgt:

*„Wir sind sehr darauf angewiesen, dass die Bevölkerung wieder spart. Ein Geld, das erst ein mit einem Bezugsschein unterbautes Geld ist, hat tatsächlich das Bestreben, unter allen Umständen konsumtiv wirksam zu werden, denn das Vertrauen in diese Währung ist im Grunde nicht gegeben.“<sup>147</sup>*

Der Wert, der dem kollektiven gesellschaftlichen Vertrauen der Bevölkerung in die neue westdeutsche Währung beigemessen wurde, steht in engem Zusammenhang mit den gesellschaftlich traumatisierenden und bis weit in die Geschichte der Bundesrepublik nachwirkenden Folgen der Hyperinflation von 1923. Auch in den enorm hohen ökonomischen Konsequenzen die deutsche Wirtschaftsexperten aller Couleur mit ihren inhaltlich verschiedenen Währungsreformplänen verbanden, erkennt der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer eine Spätfolge der kollektiven Erinnerung an die Überwindung der Hyperinflation von 1923 durch die Einführung der Rentenmark

im November jenes Jahres.<sup>148</sup> So scheint eine vollständige Nachzeichnung der Geschichte der Währungsreform von 1948 unter Ausklammerung der Erfahrungen der deutschen Bevölkerung während der Hyperinflationszeit von 1923 nicht zuletzt angesichts des engen zeitlichen Bezuges insgesamt kaum möglich.

Die Sonderstelle Geld und Kredit fasste ihre Programmatik für die Währungsumstellung im engeren Sinne schließlich in Gestalt von 39 Paragraphen und drei Anlagen im „Homburger Plan zur Neuordnung des Geldwesens“ vom 18. April 1948 zusammen.<sup>149</sup> Er umfasste im Wesentlichen diejenigen Aspekte, mit denen die deutschen Sachverständigen im Rahmen des Konklaves von Rothwesten vom 21. April bis zum 8. Juni 1948 nahe der nordhessischen Gemeinde Fuldatal auf die Währungsreformpläne der Westalliierten Einfluss nehmen wollten (und nach Beschluss des Wirtschaftsrates auch sollten): eine Erstversorgung der Bevölkerung in Form eines „Kopfbetrages“ in Höhe von 50 RM, im Verhältnis 1:1 in die neue Währung umzutauschen, sowie eine Freiquote<sup>150</sup> von fünf Prozent des Geldvermögens, das darüber hinaus in die neue Währung zu überführen sei.<sup>151</sup> Die Festquote<sup>152</sup> wurde im Homburger Plan auf 15 Prozent festgeschrieben.

<sup>146</sup> Unter dem Begriff Zwangsbewirtschaftung versteht man die staatliche Lenkung der Güter- und Rohstoffverteilung innerhalb einer Volkswirtschaft, die meist mit der Sicherstellung der Versorgungslage der Bevölkerung gerechtfertigt wird. So erfolgte die Zuteilung von Gütern lebenswichtigen Bedarfs in Deutschland seit 1939 über Bezugsscheine und Lebensmittelkarten. Dieses System wurde nach 1945 von den alliierten Besatzern beibehalten. Gleichzeitig führten die Besatzungsmächte die ebenfalls 1939 von den Nationalsozialisten eingeführte Preisbindung, also die Festlegung von Endverbraucherpreisen durch den Staat statt durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, fort. Beides trug massiv zur Ausweitung des Schwarz- und Tauschhandels zwischen 1945 und 1948 bei.

<sup>147</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 61.

<sup>148</sup> Abelshauer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 121.

<sup>149</sup> Weick, Arne: Das Konklave von Rothwesten und die westdeutsche Währungsreform von 1948, o.O., o.Z., S. 4.

<sup>150</sup> Unter dem Begriff Freiquote versteht man denjenigen prozentualen Anteil am vormaligen Reichsmark-Vermögen einer Person, die sie nach dem „Tag X“ sofort in die neue Währung umtauschen konnte.

<sup>151</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 105 f.

<sup>152</sup> Analog zum Begriff Freiquote legt die Festquote denjenigen prozentualen Anteil am vormaligen Reichsmark-Vermögen einer Person fest, der als zunächst reines Buchgeld in die neue Währung überführt und auf vorerst unbestimmte Zeit auf einem Konto blockiert wurde.

## Fortwirken des kollektiven Traumas der Hyperinflation 1923

Die Chiffre der „Hyperinflation 1923“ hat gegenwärtig nicht zuletzt angesichts der aktuellen Inflationserfahrungen wieder Hochkonjunktur. Ihre Ursachen sind in der Finanzierung des Ersten Weltkrieges zu suchen, die im Wesentlichen auf drei Pfeiler gestützt war: Die Aussetzung der Golddeckung der Reichsmark, eine massive Erhöhung der sich in Umlauf befindlichen Geldmenge sowie der Verkauf sogenannter „Kriegsanleihen“ (zinstragender Wertpapiere mit Recht auf Rückzahlung) an die Bevölkerung (siehe Kasten „Staatsanleihen und ihr Einsatz zur Finanzierung des Ersten Weltkrieges“). Im Zusammenspiel mit hohen Reparationsverpflichtungen belastete das Erbe dieser wirtschaftlichen Hypotheken die 1918 gegründete erste deutsche Demokratie ökonomisch wie gesellschaftspolitisch. Im Jahr 1923, als die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen die Reichsregierung zum Ausruf eines „passiven Widerstandes“ bei voller Lohnfortzahlung veranlasste, was wie die Reparationszahlungen mithilfe der Notenpresse finanziert wurde, entglitt die schleichende Inflation der Nachkriegsjahre schließlich jeglicher staatlichen Kontrolle. In der ersten Jahreshälfte 1923 stiegen die Preise um bis zu 50 Prozent monatlich, im Juli überschritt der Wert eines Dollars die Grenze von 1 Million Reichsmark. Löhne wurden zunächst wöchentlich und später täglich ausgezahlt und mit Schubkarren abgeholt. Für eine Straßenbahnkarte wurden in Berlin im Herbst 1923, als die Inflationsrate auf 16,6 Millionen Prozent beziffert wurde, 150 Milliarden Mark aufgerufen.<sup>1</sup> Die Reichs-

bank gab 1923 524 Trillionen Mark aus, hinzu kamen 700 Trillionen Mark Notgeld.<sup>2</sup>

Erst die Einführung einer neuen Währung unter Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP), die auf den 15. November 1923 datiert wurde, beendete die Hyperinflation im Laufe des Jahres 1924. Das Währungsreformkonzept von 1923 beruhte hierbei auf der Verpfändung von rund vier Prozent des Besitzes der Reichsbank sowie einiger (Industrie-)Unternehmen als an der ehemals goldgedeckten Mark orientierte Grundschuld für die neue Rentenmark, die im Verhältnis 1:1 Billionen umgetauscht wurde. Das große Vertrauen der Bevölkerung in die Rentenmark – und damit der Erfolg der Währungsreform – lässt sich auch mit deren Deckung durch Sachwerte erklären. Im August 1924 wurde schließlich die goldgedeckte Reichsmark wieder eingeführt, wobei sie wie die Rentenmark bis zu den beiden zonal begrenzten Währungsreformen von 1948 ihre Gültigkeit behielt. Der Historiker Sebastian Teupe erklärt das Fortwirken des kollektiven Traumas der Hyperinflation von 1923 bis in die Gesellschaft der Bundesrepublik hinein neben ihrer zeitlichen Lage innerhalb einer Generation damit, dass sie „ein sehr leibliches Erlebnis in den ansonsten meist eher abstrakten Gelddingen“ gewesen sei: „[...] die eigenen Augen haben das Außerordentliche gesehen, die eigenen Ohren haben es gehört, die eigene Haut hat es gefühlt.“<sup>3</sup>

(eingesehen am 21.01.2024).

<sup>2</sup> Beck (u.a.): Inflation, S. 69.

<sup>3</sup> Dieses Zitat und das vorherige: Teupe, Sebastian: Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt am Main 2022, S. 262.

<sup>1</sup> Iken, Katja: Hyperinflation 1923. Zeit ist Geld, in: Spiegel Geschichte online, Januar 2008, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/hyperinflation-1923-a-946557.html>

Die übrigen 80 Prozent des Altgeldes sollten nicht annulliert, sondern (zumindest vorübergehend) in neue Ansprüche, sogenannte „Reichsmark-Liquidationsscheine“, umgewandelt werden. Des Weiteren sahen die Sachverständigen der Sonderstelle die Einrichtung eines stark zentralistischen und in seiner Konzeption somit politisch beeinflussbaren „Währungsamtes“ vor. Im Gegensatz zum CDG-Plan sollten private Schuldverhältnisse laut Homburger Plan unangetastet bleiben. Auch unter dem Einfluss von Industriellen und Bankiers folgten die Sachverständigen von Bad Homburg in puncto Lastenausgleich der Doktrin, dass es „kein Sachwertbesitzer nötig hat, seine Vermögensabgaben durch Angreifen seines Sachbesitzes zu entrichten“.<sup>153</sup> Nichtsdestotrotz maßen sie dem Lastenausgleich in Form finanzieller Abgaben, die prozentual auf das Vermögen vom 1. Januar 1940 sowie dem Vermögenszuwachs von 1940 bis 1948 entrichtet werden sollten, als soziale Komponente der Geldreform eine große Bedeutung bei.<sup>154</sup> Da die Homburger Programmatik am 21. April 1948 durch den Währungsausschuss des Frankfurter Wirtschaftsrats angenommen wurde, kann sie mit Recht als „quasi-offizielles deutsches Währungsreformprojekt“<sup>155</sup> bezeichnet werden. Obwohl der Homburger Plan einem Konzeptpapier der deutschen Teilnehmer des Währungskonklaves gleichkam, bezeichnet der Historiker Christoph Buchheim seinen Einfluss auf die tatsächliche Gestalt der Währungsreform als „weitgehend irrelevant“.<sup>156</sup> Darüberhinausgehend erkennt Buchheim im Homburger Plan unter anderem vor dem Hintergrund der angedachten Schaffung eines „Währungsamtes“,

<sup>153</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 256.

<sup>154</sup> Hielscher: Leidensweg der deutschen Währungsreform, 1948, S. 15.

<sup>155</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 119.

<sup>156</sup> Ebda, S. 121.

das „in der Tradition [...] unverantwortlicher Sondergewalten des Dritten Reiches“<sup>157</sup> stehe, retrospektiv sogar eine Gefahr:

*„Damit bestätigt also gerade der Homburger Plan nachdrücklich, dass die Währungsreform nur deshalb so gut war, weil sie in der ausschließlichen Verantwortung der Besatzungsmächte durchgeführt wurde.“<sup>158</sup>*

Zeitgleich mit dem ersten Tag des Währungskonklaves präsentierte Ludwig Erhard den Homburger Plan vor dem Wirtschaftsrat. Rhetorisch durchdacht erklärte er die Beibehaltung der „bisherige[n] Form der Bewirtschaftung einschließlich des Preisstopps“<sup>159</sup> für sinnlos und den Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System für geboten. Die politische Brisanz der wirtschafts- und währungspolitischen Reformen fasste Erhard an jenem 21. April wie folgt zusammen:

*„Heute droht uns die Wirtschaft wieder einmal zum Schicksal zu werden. [...] So wie der einzelne Mensch des physischen Lebens bedarf, um jene geistigen und seelischen Kräfte entfalten zu können, die ihn zum Menschen werden lassen, so bedürfen ein Volk und seine Volkswirtschaft der materiellen Sicherung, aber sie bedürfen dieser auch nur als der Grundlage zur Erreichung außerökonomischer, höherer Ziele, deren Setzung der Staatspolitik obliegt.“<sup>160</sup>*

Aufgrund seines neuen Amtes als Direktor für die bizonale Wirtschaft war Erhard zum Zeitpunkt dieser Rede zwar bereits aus der Sonderstelle ausgeschieden und nahm an den Beratungen im Rahmen des Konklaves in dieser Funktion nur einmalig teil, bereitete aber währenddessen Reformen wie die Preisfreigabe und das Ende der Bewirtschaftungsmaßnahmen vor.

<sup>157</sup> Ebda, S. 122.

<sup>158</sup> Ebda.

<sup>159</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 65.

<sup>160</sup> Ebda, S. 66 f.

**»Irgendwann habe  
ich die brand-  
neuen, knisternden  
Scheine dann auch  
[...] bekommen. [...]  
Jetzt erst wusste  
ich es wirklich:  
Ein neues Zeitalter  
war angebrochen.«**

---

**Nürnberger Zeitzeugin**

über die Währungsreform vom 20. Juni 1948



## Teil 3

# Das Konklave von Rothwesten und der „Tag X“

## Unmittelbare Vorbereitung des Konklaves von Rothwesten

Noch während der Beratungen über den Homburger Plan informierte Edward Tenenbaum den stellvertretenden Vorsitzenden der Sonderstelle Geld und Kredit, Erwin Hielscher, über das Bevorstehen einer finalen Phase der Währungsreformvorbereitungen in Gestalt einer gemeinsamen Klausur deutscher und westalliiertes Sachverständiger. Anfang April 1948 begann die US-Militäradministration mit der Suche nach einem geeigneten Ort für die Beratungen zur Erarbeitung finaler Gesetzestexte zur Geldreform.<sup>161</sup> US-Militärgouverneur Clay beauftragte Colonel Emory Stoker, Reserveoffizier und Banker, am 12. April 1948 mit der konkreten logistischen Vorbereitung eines „politischen Reorientierungscamps, das bis zu 25 wichtigste Zivilisten beherbergen“<sup>162</sup> sollte. Die Wahl der Örtlichkeit fiel auf eine 1935 eröffnete, abgelegene, von der US-Besatzungsmacht genutzte Fliegerhorst-Kaserne<sup>163</sup> im nordhessischen

<sup>161</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S.260.

<sup>162</sup> Zitiert aus dem Befehl Lucius Clays an Col. Emory Stoker vom 12.04.1948.

<sup>163</sup> Der Fliegerhorst Rothwesten wurde am 6. April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt, die ihn aufgrund der geringen Kriegsschäden zunächst als Standort der Air Force nutzte. Nicht zuletzt angesichts der Nähe zur Front des „Kalten Krieges“ blieben dort bis 1972 US-Truppen stationiert. Nach

Rothwesten – heute Teil der Gemeinde Fulda bei Kassel. Ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren dürfte zur Wahl der Kaserne nahe der nordhessischen Gemeinde beigetragen haben: Die Lage Rothwestens fernab der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin und dem aufstrebenden Finanzzentrum Frankfurt am Main muss für die Westalliierten aus Geheimhaltungsgründen attraktiv gewesen sein. Gleichzeitig fanden die US-Truppen den ehemaligen Fliegerhorst 1945 weitgehend unbeschädigt vor, sodass insbesondere Tenenbaum während der 49-tägigen Beratungen vom Rothwestener Flugfeld aus oftmals zu Absprachen nach Berlin und Frankfurt, dem Sitz der US-Militärregierung, und in die britische und französische Hauptstadt fliegen konnte.<sup>164</sup> Stoker veranlasste rasch die Vorbereitung der auf dem Kasernenareal etwas abseits gelegenen Mannschaftsunterkunft mit dem Namen „Haus Posen“ für die angekündigten Zivilisten – fortan als „Building Number One“ bezeichnet. Neben Stoker und Tenenbaum waren von französischer Seite Le Fort und von britischer Seite Cook an der Erarbeitung der Gesetze und Durchführungsvorgängen für die Geldreform beteiligt, die als „Konklave von Rothwesten“ in die

der Übergabe an die deutsche Bundeswehr erfolgte im Februar 1973 die Umbenennung in „Fritz-Erler-Kaserne“, die bis 2007 als Standort deutscher Heeresflugabwehr fungierte. Bei ihrem Namensgeber Fritz Erler (1913-1967) handelte es sich um einen SPD-Politiker, der sich im Laufe seiner Karriere auf Verteidigungsfragen spezialisierte.

<sup>164</sup> Kössinger, Alfons: Die Währungsreform 1948 und das Konklave von Rothwesten, in: Hessischer Gebirgsbote, o.O. 2001, S. 63 ff.

deutsche Wirtschaftsgeschichte einging. Die die westzonale Währungsreform abschließend vorbereitenden Beratungen in Rothwesten erhielten von der den zuständigen alliierten Würdenträgern den dem Verfahren zur Papstwahl entlehnten Namen „Konklave“, der auf die zeitliche Unbegrenztheit und den Zwangscharakter der Beratungen hinwies.

Am 5. April 1948 erging die Aufforderung der US-Militärregierung an den bizonalen Wirtschaftsausschuss, aus dem Währungsausschuss zehn deutsche Experten zu benennen, die in gemeinsamer Klausur mit den Westalliierten die Durchführungsverordnungen für die Geldreform erarbeiten sollten.<sup>165</sup> Die in der Folge nominierten deutschen Sachverständigen entstammten mehrheitlich der Sonderstelle Geld und Kredit: Neben Karl Bernard, Vorstandsmitglied der Frankfurter „Hypothekenbank“, später Präsident des Zentralbankrats der Bank deutscher Länder (BdL), Walter Dudek, Hamburger Finanzsenator, später Ministerialrat im Bundesfinanzministerium, Hans Möller<sup>166</sup>, Abteilungsleiter des süddeutschen Länderrates, später Abteilungsleiter bei der BdL, Otto Pfeleiderer<sup>167</sup>,

<sup>165</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 107.

<sup>166</sup> Hans Möller, Jahrgang 1915, lehrte nach seiner Habilitation 1942 als Privatdozent in Berlin, Breslau und Frankfurt am Main Theoretische Volkswirtschaftslehre. Er nahm eine entscheidende Stellung bei der Nachkriegsorganisation der deutschen Wirtschaft ein, indem er unter anderem folgende Ämter bekleidete: Leiter der Abteilung Wirtschaft des Länderrats, Leiter der Währungsabteilung der BdL, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums sowie Delegierter bei der OEEC.

<sup>167</sup> Otto Pfeleiderer, späterer Präsident der Landeszentralbank Württemberg-Baden, legte bereits am 15. März 1946 ein Währungsreformkonzept mit dem Titel „Umriss einer Sanierung des deutschen Geldwesens“ vor. Darin war unter anderem ein Währungsschnitt im Verhältnis 10:1 und eine neunzigprozentige Blockade von Bankguthaben vorgesehen.



Colonel Emory Stoker wurde mit der Vorbereitung des Konklaves betraut.

Präsident der Landeszentralbank Württemberg-Baden, Heinrich Hartlieb, Vizepräsident der Landeszentralbank Bayern, später Direktoriumsmitglied der BdL, Victor Wrede, Leiter der Senatsbehörde Wirtschaft und Verkehr Hamburg, später Direktoriumsmitglied der BdL, Wolfgang Budczies, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sonderstelle, später Justitiar und Hauptabteilungsleiter der BdL, und Erwin Hielscher wurden aus der französischen Besatzungszone lediglich Walter Bussmann, Ministerialrat im Finanzministerium Rheinland-Pfalz, später im Bundesfinanzministerium, und Rudolf Windlinger, Vizepräsident der Landeszentralbank Baden, hinzugezogen. Auf Wunsch dieser zehn Wirtschafts-, Finanz- und Währungsexperten wurde mit der Finanzexpertin Wilhelmine Dreißig Anfang Mai die einzige Frau ins Konklave nachberufen. Zum Zeitpunkt ihrer Berufung war sie Mitarbeiterin beim süddeutschen Länderrat, später stieg sie zur Referatsleiterin der BdL auf und wurde Professorin für Finanzwissenschaften in Berlin und Frankfurt am Main.

Der anfangs ebenfalls nominierte Eduard Wolf aus der Viersektorenstadt Berlin erbat als Bedingung für seine Teilnahme gewisse Zusicherungen für sich und seine Familie, die jedoch von den zuständigen Alliierten verweigert wurden, sodass Wolf nicht nach Rothwesten reiste.

Die zehn Männer versammelte Colonel Stoker am 20. April in der „Villa Meister“, dem Arbeitsplatz der „Sonderstelle“ in Bad Homburg. In einem mit Milchglasscheiben ausgestatteten, mit Tüchern verhängten Bus wurden sie von dort aus auf das nordhessische Kasernengelände gefahren, wobei den deutschen Konklaveteilnehmern bis zum Ende der 49-tägigen Beratungen verborgen blieb, wo sie sich befanden. Neben jenen erst zehn, später elf deutschen Sachverständigen lebten außerdem deutsche Schreibkräfte, Zimmermädchen, Dolmetscher, ein Koch und ein Friseur während des Konklaves auf dem Rothwestener Kasernengelände.

Um die größtmögliche Geheimhaltung der anstehenden Währungsreform einerseits vor der deutschen Öffentlichkeit, andererseits vor der sowjetischen Militäradministration zu gewährleisten, tarnten Clay und Tenenbaum die Unterzubringenden selbst in internen Papieren als

zu internierende NS-Größen.<sup>168</sup> Auch in diesem Zusammenhang fanden die deutschen Sachverständigen in Rothwesten ein „mit Stacheldraht umzäuntes und von Militärposten bewachtes“<sup>169</sup> Gebäude vor. Auf Hans Möller geht folgende Beschreibung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Konklave zurück: „Anstatt bequemer Einzelzimmer gab es spartanisch eingerichtete Kasernenstuben und Gemeinschaftswaschräume.“<sup>170</sup> Der in englischer und deutscher Sprache angebrachte Hinweis, auf Zaunkletterer werde geschossen, rundete den ersten Eindruck einer Internierung ab, den die deutschen Sachverständigen gewannen.

So charakterisierte Möller die Unterbringung schlicht als „deprimierend“<sup>171</sup>, der Aufenthalt der Konklaveteilnehmer außerhalb des Kasernengebäudes blieb zunächst auf eine Stunde täglich begrenzt, ihre Briefe an Angehörige einer umfassenden Zensur und Maßnahmen zur Verschleierung ihres Aufenthaltsortes unterworfen.<sup>172</sup> Der Protest der deutschen Sachverständigen gegen die Bedingungen des Konklaves bei den westalliierten Vertretern verhalte mehr oder minder ungehört und mit dem Verweis auf die zeitliche Begrenztheit der Beratungen.<sup>173</sup> Colonel Stoker beschwichtigte die vom Krieg gezeichneten Deutschen außerdem durch



Die Konklavemitglieder Hans Möller, Heinrich Hartlieb und Wolfgang Budczies (v. l. n. r.)

<sup>168</sup> Trost, Hans-Hermann: Eine Fuldataler Kaserne: Historische Erinnerungsstätte für die Währungsreform von 1948, in: Ludwig-Erhard-Stiftung online, o.Z., URL:<https://www.ludwig-erhard.de/eine-fuldataler-kaserne-historische-erinnerungsstaette-fuer-die-waehrungsreform-1948/> (eingesehen am 15.11.2023).

<sup>169</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 260.

<sup>170</sup> Roth, Jürgen: Der Nimbus der Nation, in: Deutschlandfunk online, Juni 2008, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/der-nimbus-der-nation-100.html> (eingesehen am 22.01.2024).

<sup>171</sup> Ebda.

<sup>172</sup> Trost: Eine Fuldataler Kaserne, o.Z.

<sup>173</sup> Ebda.

die Darreichung diverser Köstlichkeiten wie in Butter gedünstete Gurken, dänische Milch, Kaffee und einen beinahe unbegrenzten Vorrat an Zigaretten.<sup>174</sup>

## Verlauf, Verhandlungen und Ergebnisse des Konklaves von Rothwesten

Zu Beginn des Konklaves, das 20 offizielle Besprechungstage umfasste, gingen die Deutschen vor dem Hintergrund verschiedener Äußerungen der Westalliierten noch von großen Einflussmöglichkeiten ihrerseits auf die Gestaltung der Geldreform aus. So bekannte Tenenbaum im Vorfeld des Konklaves:

*„Das Wichtigste ist, dass die Währungsreform an die deutschen Verhältnisse angepasst ist. Das kann die Militärregierung nicht machen, das muss von deutscher Seite gemacht werden.“<sup>175</sup>*

In diesem Sinne schrieben die deutschen Sachverständigen in ihrem Abschlussmemorandum nach Ende des Konklaves rückblickend über ihre Erwartungen vor Konklavebeginn:

*„Bei den Vorbesprechungen mit Mr. Tenenbaum und Mr. Cook in Frankfurt am 15. April 1948 ist den deutschen Sachverständigen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf ausdrückliches Befragen eindeutig erklärt worden, dass ihre Aufgabe darin bestehen werde, einen als Interimsgesetz bezeichneten und als Notgesetz für den Fall eines isolierten russischen Vorgehens erläuterten Entwurf der drei westlichen Militärregierungen mit den dazugehörigen Anlagen zu übersetzen*

<sup>174</sup> N.N.: Dann aßen wir wieder Schnitzel, in: Süddeutscher Verlag München (Hg.): Münchner Illustrierte vom 4. Januar 1958, S. 21.

<sup>175</sup> Merx: Ein junger US-Leutnant zog die Fäden, Juni 2008.



*und zu überarbeiten, mit den Vertretern der Militärregierungen in eine umfassende Erörterung der gesamten Geldreform, die noch nicht bindend festgelegt sei, als Vorbereitung für eine endgültige alliierte Entscheidung über deren Grundsätze einzutreten [...]“<sup>176</sup>*

Geprägt durch die Erfahrung des geringen deutschen Einflusses auf die Neuordnung des westzonalen Bankensystems forderten die deutschen Sachverständigen einen größeren Mitwirkungsspielraum auf die Geldreform nun aktiv ein. Den entsprechenden Auftrag des Währungsausschusses des Wirtschaftsrates verfolgend wollten sie die Grundzüge des Homburger Planes in den Durchführungsverordnungen für die tatsächliche Geldreform realisiert sehen. Dazu zählte in besonderem Maße der Lastenausgleich.<sup>177</sup> Nichtsdestotrotz sprach der Währungsausschuss des Wirtschaftsrates sich selbst und die deutschen Teilnehmer noch vor

<sup>176</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 189 f.

<sup>177</sup> Ebda, S. 109.

Beginn des Konklaves von jeglicher politischer Verantwortung für die auszuarbeitenden Währungs-gesetze frei:

*„Der Wirtschaftsrat und die politischen Parteien können für die Währungsgesetze der Militärregierungen keine politische Verantwortung übernehmen, selbst wenn den Konklavemitgliedern wesentliche Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Die Konklavemitglieder sind Sachverständige und tragen ihrerseits – obwohl von Wirtschaftsrat benannt – keine politisch-parlamentarische Verantwortung.“<sup>178</sup>*

<sup>178</sup> Möller, Hans: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976, S. 446.



Der Blick in den Flur des „Haus Posen“ unterstreicht den Eindruck einer Internierung.

Die Diskussionen im Konklave wurden weitestgehend in kleineren Ausschüssen geführt, während vollständige Plenarsitzungen an einem eigens dafür beschafften langen Eichentisch aus der Kasseler Außenstelle der Landeszentralbank stattfanden. Auf alliierter Seite kristallisierte sich rasch die auch auf seiner Mehrsprachigkeit basierende Führungsrolle des erst 26-jährigen Tenenbaum heraus, der nicht nur innerhalb des Konklaves als alliierter Verhandlungsführer fungierte, sondern auch die Kontaktperson nach außen zu den westalliierten Militärregierungen darstellte. Tenenbaum selbst schreibt hierzu in seinem (unveröffentlichten) Nachlass:

*„Etwa sechs Wochen lang leitete ich eine Gruppe deutscher Sachverständiger, die unter meiner Führung den Text der Währungsgesetze ausarbeiteten. [...] Meine Arbeit erforderte ständigen Kontakt mit den deutschen Offiziellen [...] unter flüssiger Verwendung der deutschen Sprache, Verhandlungen über technische Problemstellungen mit französischen Vertretern in französischer Sprache und ausreichende Kenntnisse des Russischen, um technische Diskussionen mit den Sowjets richtig interpretieren zu können.“<sup>179</sup>*

Auf deutscher Seite entwickelte sich Karl Bernard zum Leiter der Plenarsitzungen, wobei er gemeinsam mit Wolfgang Budczies das juristische Fachwissen zur Formulierung der Gesetze und Verordnungen einbrachte. Hans Möller hebt mit Blick auf die Zusammenarbeit innerhalb der deutschen Delegation die Relevanz der Arbeit in der Sonderstelle Geld und Kredit hervor:

<sup>179</sup> Dieses Zitat entstammt unveröffentlichten Dokumenten aus dem Nachlass Edward Tenenbaums, die (in Teilen) dem Fuldataler „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ vorliegen. Seine Bemerkung bezüglich der Notwendigkeit von Russischkenntnissen bezieht sich auf die Währungsreformdiskussionen im Alliierten Kontrollrat, nicht aber auf die Beratungen im Konklave, da zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung für eine separate westdeutsche Währungsreform bereits gefallen war.

*„Wenn es nicht zuvor die Sonderstelle Geld und Kredit gegeben hätte, in der die Konklavemitglieder schon zu einem gut funktionierenden Arbeitsteam zusammengewachsen wären, dann hätte das Konklave seine Aufgabe nicht bewältigen können.“<sup>180</sup>*

Die deutsch-alliierte Zusammenarbeit charakterisiert Möller als „vertrauensvoll und freundlich“<sup>181</sup>, sodass bald eine „äußerst angenehme und für den Fortgang der Arbeiten sehr förderliche Atmosphäre“ entstanden sei.

<sup>180</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 452.

<sup>181</sup> Dieses Zitat und das folgende: Ebda, S. 447.



Am Eichentisch aus der Kasseler Außenstelle der LZB fanden die Plenarsitzungen im Konklave statt.

Bereits einen Tag nach der Ankunft in Rothwesten erhielten die deutschen Sachverständigen einen interimsmäßigen Entwurf für das erste Währungsgesetz samt mehrerer entsprechender Formulare, die die Anmeldung der Altgeldbestände in den westlichen Besatzungszonen anordnen und organisieren sollten. Besonders hinter diesem Gesetzentwurf, der einen Bargeldeinstrom aus der Ostzone begrenzen sollte, stand die westalliierte Sorge vor einer baldigen Währungsreform in der SBZ. Noch in der Nacht auf den 22. April übersetzte die deutsche Delegation die englischen Vordrucke und erarbeitete den ersten Teil des ersten „Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens“ (Währungsgesetz).<sup>182</sup> Auf ihr Betreiben wurde in dieses Gesetz auch schon die Erstausrüstung der Bevölkerung mit dem neuen Geld aufgenommen. Davon erhofften die Deutschen sich eine unmittelbare Stärkung des Vertrauens in die neue Deutsche Mark.<sup>183</sup> Einen Tag später erhielten die Sachverständigen dann ein von Tenenbaum verfasstes Memorandum zu den Grundsätzen der Geldreform, mit dem ihre Vorstellungen in so hohem Maße übereinstimmten, dass es in einem deutschen Protokoll wie folgt kommentiert wurde:

*„Die dort vorgesehene Regelung ist so fantastisch, dass eine ins einzelne gehende Diskussion darüber zunächst nicht für erforderlich gehalten wird.“<sup>184</sup>*

Erst der Besuch der Finanzberater der westalliierten Militärgouverneure Jack Bennett (USA), Sir Eric Coates (Großbritannien) sowie Leroy Beaulieu (Frankreich) am 30. April 1948 offenbarte die tatsächlich strikt verengten Rahmenbedingungen der Arbeit der deutschen

<sup>182</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 110.

<sup>183</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 448.

<sup>184</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 111.

Konklaveteilnehmer, die in erster Linie mit der Sorge einer baldigen sowjetischen Währungsreform im Osten Deutschlands begründet wurden: Die „in den Grundzügen bereits festgelegte Währungsreform“<sup>185</sup> ließe kaum „grundsätzliche Änderungsvorschläge deutscher Stellen“ zu. Der von ihnen verfassten Protestresolution zum Trotz stimmte die deutsche Delegation einer weiteren Mitwirkung an den Vorbereitungen für die Geldreform zu. Zu den von westalliierten Seite nun als unveränderlich deklarierten Wesensmerkmalen zählten die Streichung der Reichsschuld und von 70 Prozent der privaten Geldvermögen, wobei bei einem Kopfgeld von 25 DM zehn Prozent in neues Geld getauscht (Freiquote<sup>186</sup>) und 20 Prozent vorübergehend blockiert (Festquote<sup>187</sup>) werden sollten. Zu dem Besuch der westalliierten Finanzberater am 30. April und den damit verbundenen verringerten Einflussmöglichkeiten liest man im Abschlussmemorandum der deutschen Delegation:

*„Änderungen in diesen [den oben genannten; Anm. d. A.] Punkten würden neue Kabinettsbeschlüsse in Washington, London und Paris erforderlich machen, und hierfür fehle es an der notwendigen Zeit. [...] Für die deutschen Sachverständigen war damit eine neue Lage gegeben.“*<sup>188</sup>

<sup>185</sup> Dieses Zitat und das folgende: Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 261.

<sup>186</sup> Unter dem Begriff Freiquote versteht man denjenigen prozentualen Anteil am vormaligen Reichsmark-Vermögen einer Person, die sie nach dem „Tag X“ sofort in die neue Währung umtauschen konnte.

<sup>187</sup> Analog zum Begriff Freiquote legt die Festquote denjenigen prozentualen Anteil am vormaligen Reichsmark-Vermögen einer Person fest, der als zunächst reines Buchgeld in die neue Währung überführt und auf vorerst unbestimmte Zeit auf einem Konto blockiert wurde.

<sup>188</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 262

Erwin Hielscher notierte resigniert in seinem Tagebuch: „Strenge Lösung wird durch die Besatzungsmächte aufoktroziert werden.“<sup>189</sup> Unter seiner Führung baten die Deutschen infolgedessen, die Mitglieder des Währungsausschusses des Wirtschaftsrats zu einer Aussprache empfangen zu dürfen, „um im Besonderen die Auffassung der politisch verantwortlichen deutschen Persönlichkeiten zur Frage der weiteren Mitwirkung der deutschen Sachverständigen an der Vorbereitung der Geldreform kennenzulernen.“<sup>190</sup>

Die deutsche Delegation – spätestens seit der Homburger Zeit von der Notwendigkeit eines möglichst harten Währungsschnitts überzeugt – diskutierte ihre Position zur finanziellen Erstausstattung der deutschen Bevölkerung am 11. Mai 1948 also in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern des Währungsausschusses sowie mit

<sup>189</sup> Stocker, Frank: Die Deutsche Mark. Wie aus einer Währung ein Mythos wurde, München 2023, S. 58.

<sup>190</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 190 f.



Tenenbaum, Cook und Le Fort in Rothwesten.<sup>191</sup> An der Besprechung im „Building Number One“ nahmen vonseiten des Währungsausschusses Franz Blücher (FDP), Robert Pferdemeiges (CDU) und Herbert Kriedemann (SPD) sowie Ludwig Erhard und Alfred Hartmann (CSU), die Direktoren der bizonalen Wirtschafts- und Finanzverwaltung, teil. Als Resultat der Beratungen hielten die Deutschen an ihren Forderungen aus dem Homburger Plan nach einer fünfprozentigen Freiquote bei 15-prozentiger Festquote und einer Erstausrüstung mit einem Kopfbetrag von 50 DM fest. Die Notwendigkeit eines höheren Kopfbetrags wurde hierbei von deutscher Seite mit sozialen Gründen wie der Sicherung der Versorgungslage größerer Familien gerechtfertigt, während die niedrige Freiquote der radikalen Verknappung der neuen deutschen

Währung dienlich sei.<sup>192</sup> Ludwig Erhard betonte in den Diskussionen die Notwendigkeit einer möglichst niedrigen Freiquote außerdem damit, dass der gütermäßige Gegenwert zur neuen Währung aufgrund der Güterhortung nicht absehbar sei.<sup>193</sup> Tenenbaum sicherte der deutschen Delegation an diesem 11. Mai zwar zu, ihre Forderungen direkt bei den Militärregierungen zur Sprache zu bringen, beschloss jedoch, dass bis zur finalen Entscheidung an der alliierten Vorstellung festgehalten werden müsse. Nichtsdestotrotz blieb auch die deutsche Delegation im Hinblick auf die genauen Quoten sowie die Richtigkeit der Verankerung der Regelungen in der Gesetzgebung der alliierten Militärregierungen (in Ermangelung einer westdeutschen

<sup>192</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 213.

<sup>193</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 184.

<sup>191</sup> Ebda, S. 113.



Das einzige bekannte Gruppenfoto der Konklavemitglieder (2.v.l.n.r.): Budczies, Wrede, Hartlieb, Busmann, Dreissig, Pfeleiderer, Möller, Tenenbaum, Dudek, Bernard; es fehlen Hielscher und Windlinger.



Legislative) in sich gespalten.<sup>194</sup> Die Konfrontation unter den deutschen Sachverständigen führte am 21. Mai 1948 zum Auszug Erwin Hielschers aus dem Konklave, wobei er diesen bereits drei Wochen zuvor mit Tenenbaum abgestimmt hatte. Er selbst schreibt hierzu:

*„Ich erklärte ihm [Tenenbaum; Anm. d. A.], dass ich meine Tätigkeit einstelle und stellte ihm alle Maßnahmen anheim. Tenenbaum versuchte mich zu halten [...]. Er wies ferner darauf hin, dass ihn mein Ausscheiden bewegen könnte, auch seinerseits dem Rat seiner engeren Freunde zu folgen und ebenfalls zurückzutreten. Ich entgegnete ihm, dass unsere Situation doch etwas verschiedene sei und bat ihn, unter allen Umständen zu bleiben. Ich sicherte ihm ferner zu, dass ich meinen Austritt nicht als Demonstration wirken lassen würde und dass ich mich bis zur Reform und einige Monate danach von jeder politischen, gewerkschaftlichen oder publizistischen Tätigkeit in der Währungsfrage zurückhalten würde.“<sup>195</sup>*

Kurz darauf erzielten die verbleibenden deutschen Sachverständigen und die zunehmend alleinig von Edward Tenenbaum geführten Westalliierten einen ersten Kompromiss: 80 Prozent der privaten Geldvermögen sollten ersatzlos gestrichen und jeweils zehn Prozent als Frei- bzw. Festquote gutgeschrieben werden, wobei im Gegenzug die deutsche Forderung nach einer Kopfquote in Höhe von 50 DM erfüllt werden sollte.<sup>196</sup> Im deutschen Festhalten an der im Vergleich zur alliierten Vorstellung verdoppelten Kopfquote sah der US-Finanzberater Bennett eine „rein politisch-taktische Maßnahme“<sup>197</sup>, die der Geld-

<sup>194</sup> Ebda, S. 185 ff.

<sup>195</sup> Hielscher: Leidensweg der deutschen Währungsreform, 1948, S. 30.

<sup>196</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 264 ff.

<sup>197</sup> Ebda, S. 265.



Die einzige Frau innerhalb der deutschen Delegation, Professorin Wilhelmine Dreißig

reform einen sozialen Anstrich verleihen solle. Unmittelbar vor der tatsächlichen Umsetzung der Währungsreform wurden die im Konklave festgelegten Parameter – auf besonderes französisches Betreiben hin – schließlich nochmal wie folgt angepasst: Die Festquote wurde final auf 15 Prozent, die Freiquote auf fünf Prozent definiert, wobei die Erstaussstattung mit insgesamt 60 DM, davon 40 sofort und 20 innerhalb der folgenden beiden Monate, erfolgen sollte.<sup>198</sup> Damit wurden zentrale Forderungen der deutschen Konklavemitglieder, die bereits im Homburger Plan Erwähnung fanden, kurz vor dem „Tag X“ doch noch umgesetzt.

Hinsichtlich der Umstellung privater Schuldverhältnisse trafen im Konklave die alliierte Position, diese Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 abzuwerten, mit der deutschen Vorstellung, hier an einer Quote von 1:1 festzuhalten, aufeinander. In der alliierten Position sahen die Deutschen berechtigterweise eine

<sup>198</sup> Ebda, S. 266.

„doppelte Bevorzugung“<sup>199</sup> von Sachwertbesitzerinnen und -besitzern, die häufig gleichzeitig Schuldner in privaten Schuldverhältnissen waren. Nichtsdestotrotz setzten die Alliierten ihre Haltung auch in diesem Punkt durch, wobei wiederkehrende Verbindlichkeiten wie Löhne, Mieten und Renten im Verhältnis 1:1 umgestellt werden sollten. Die entscheidenden Diskussionen zwischen Tenenbaum und der deutschen Delegation hierüber fanden laut der Niederschriften von Wilhelmine Dreißig am 7. Mai statt.

Die Regelung des Lastenausgleichs, dem in der Mehrzahl der deutschen Währungsreformkonzepte eine besondere Bedeutung beigemessen wurde, vertagten die sich im zeitlichen Wettlauf mit der Sowjetunion wöhnenden Westalliierten der im Homburger Plan vorgesehenen Gleichzeitigkeit mit der Geldreform zum Trotz in den Verantwortungsbereich einer künftigen deutschen Regierung. Wörtlich hieß es hierzu in der Präambel des Währungsgesetzes:

*„Den deutschen gesetzgebenden Stellen wird die Regelung des Lastenausgleichs als vorrangige, bis zum 31.12.1948 zu lösende Aufgabe übertragen.“*<sup>200</sup>

Wie im Verlauf dieser Publikation noch zu zeigen sein wird, wurde diese Frist nicht eingehalten. Dem Historiker Michael Brackmann zufolge akzeptierten die deutschen Konklaveteilnehmer diese Entscheidung in taktischem Kalkül, da „sich so die Möglichkeit bot, die Westmächte für die Abtrennung der Kriegsschädenregulierung [...] verantwortlich zu machen.“<sup>201</sup> Dennoch verfasste die deutsche Delegation noch während des Konklaves zwei Memoranden über den Lastenausgleich, die sie Tenenbaum vorlegten.<sup>202</sup>

<sup>199</sup> Ebda, S. 266.

<sup>200</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 450.

<sup>201</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 267.

<sup>202</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deut-

Den Überlegungen Hans Möllers ist zu entnehmen, dass sich die deutsche Delegation gerade aus sozialen Gründen bewusst für eine möglichst radikale Beseitigung des Geldüberhangs in Gestalt einer Reduktion der sich in Umlauf befindlichen Geldmenge aussprach.<sup>203</sup>

Den Notenumlauf in der künftigen Bundesrepublik begrenzte das Konklave am 28. Mai besonders vor dem Hintergrund der zweimaligen Inflationserfahrung der Deutschen 1923 sowie in den 1940er-Jahren auf maximal 10 Milliarden Mark. Eine letzte Kontroverse führte die deutsche Delegation, die die Viersektorenstadt Berlin mit in die Währungsreform einbeziehen wollte, mit den Alliierten über den Geltungsbereich derselben. Im Abschlussmemorandum der deutschen Delegation heißt es hierzu:

*„Wenn sich schon eine gesamtdeutsche Währungsreform aus politischen Gründen nicht ermöglichen lässt – eine Entwicklung, die für die deutschen Sachverständigen Anlass zu ernster Beunruhigung ist –, so sollte in den Militärregierungsgesetzen wenigstens für Berlin eine Sonderregelung getroffen werden, damit die deutsche Hauptstadt, wenn irgend möglich, nicht als Teil der Ostzone erscheint.“*<sup>204</sup>

In diesem Punkt ließen die Westalliierten jedoch maximal eine später zu erlassende Sonderregelung über eine Geldreform in West-Berlin zu.<sup>205</sup>

Die Gestalt der westzonalen Währungsreform vom 20. Juni 1948 wurde im Wesentlichen durch die drei im Konklave erarbeiteten „Gesetze zu Neuordnung des Geldwesens“ definiert. Das erste (Währungsgesetz) regelte die

sche Währungsreform 1948, 1980, S. 115.

<sup>203</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 438 ff.

<sup>204</sup> Ebda, S. 450 f.

<sup>205</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 115.

Umstellung auf DM, die Ablieferung und Anmeldung von Altgeld sowie die Erstausrüstung der Bevölkerung mit der neuen Währung. Das zweite (Emissionsgesetz) bestimmte die Praxis der Ausgabe des neuen Geldes durch die Institutionen des Zentralbanksystems, wobei das dritte (Umstellungsgesetz) die Umstellung der Reichsmarkguthaben auf den Banken sowie der Schuldverhältnisse regelte.<sup>206</sup> Der Vollständigkeit halber werden in der Folge alle 22 im Rahmen des Konklaves von Rothwesten erarbeiteten Gesetze und Durchführungsverordnungen aufgelistet:<sup>207</sup>

1. Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) mit den Vordrucken A und B
2. Erste Durchführungsverordnung zum Währungsgesetz
3. Zweites Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz)
4. Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz)
5. Erste Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz
6. Zweite Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz (Bankenverordnung)
7. Dritte Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz (Versicherungsverordnung)
8. Merkblatt für die Ausfüllung des Vordrucks A (zur Ausgabe an die Bevölkerung)
9. Anweisung an die Lebensmittelkartenstellen für die Auszahlung des Kopfbetrages
10. Anweisung an die Kartenstellen betreffend die Abrechnung der Kopfbeträge
11. Muster für ein Schreiben der Landeszentralbanken an Betriebe und Behörden betreffend die Ermächtigung zur Einrichtung von Hilfs-umtauschstellen
12. Merkblatt für die Hilfs-umtauschstellen über die Ermittlung derjenigen Geldinstitute, an die abgeliefertes Bargeld und Vordruck A weiterzuleiten sind
13. Merkblatt über die Aufgaben der Geldinstitute bei der Ablieferung und Anmeldung von Altgeld
14. Merkblatt für die Geldinstitute über die Führung des Abwicklungskontos und die Umwandlung von Altgeldguthaben in Neugeldguthaben
15. Anweisung der Landeszentralbanken an die Kreditinstitute über Richtlinien für Kreditgewährung
16. Merkblatt für die Geldinstitute betreffend Buchungsrichtlinien und Umstellungsrechnung (gesondert für BdL, LZB und sonstige Geldinstitute)
17. Merkblatt für die Geldinstitute über nicht gemeldete RM-Guthaben
18. Merkblatt für die Geldinstitute über die Merkmale von Falschgeld
19. Merkblatt für die Finanzämter betreffend Weiterleitung von Vordrucken an die zuständigen Finanzämter, Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Schnellverfahren und Nachprüfung der Vordrucke
20. Anweisung an die Gebietskörperschaften zur Meldung ihrer Ist-Einnahmen mit Meldeformular
21. Richtlinien für die öffentliche Verwaltung

<sup>206</sup> Ebda, S. 118.

<sup>207</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 451 f.

über Einrichtung eines RM-Verfügungskontos und Abwicklung alter Schulden

22. Zusammenstellung von Unterlagen für den Zentralbankrat für die Festsetzung des Diskontsatzes

Am 8. Juni 1948 endete schließlich das 49-tägige Konklave von Rothwesten. Die deutschen Teilnehmer wurden zur strengsten Geheimhaltung aller ihre Arbeit im Konklave betreffenden Angelegenheiten verpflichtet. Anknüpfend an die Protestresolution von Anfang Mai kommentierten acht der elf deutschen Sachverständigen (mit Ausnahme von Hielscher, Dreißig und Windlinger) das Resultat des Konklaves in Gestalt der 22 Gesetze und Durchführungsverordnungen zur Geldreform in ihrem Abschlussmemorandum wie folgt:

*„Die deutschen Sachverständigen wissen es durchaus zu würdigen, dass ihnen Gelegenheit gegeben wurde, die Fragen der Geldreform mit den Vertretern der drei westlichen Militärregierungen eingehend zu erörtern. Sie bitten aber, beim Verlassen des Konklaves den Militärregierungen gegenüber nochmal folgendes klarstellen zu dürfen: Die Ausarbeitung der Entwürfe bedeutet nicht, dass die darin vorgesehenen Maßnahmen in allen wesentlichen Punkten die Zustimmung der deutschen Sachverständigen gefunden hätten. Ihrer Meinung nach hätte vielmehr die Besonderheit der deutschen Verhältnisse unter politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine wesentlich anders geartete Lösung verlangt.“<sup>208</sup>*

Diese öffentlich zum Ausdruck gebrachte Haltung darf mindestens teilweise als Verantwortungsabgabe mit Blick auf die Folgen der harten Währungsreform verstanden werden. So bilanziert etwa der Historiker Christoph Buchheim treffend:

<sup>208</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 118.

*„In der Tat wäre es einer demokratisch gewählten deutschen Regierung wohl auch kaum möglich gewesen, ein Währungsreformprojekt dieser Radikalität, von der sein Erfolg jedoch wesentlich abhängig war, zu verabschieden. [...] Es ist demnach als Ironie der Geschichte anzusehen, dass in Westdeutschland, gerade weil es besetzt war, durch eine besonders einschneidende Währungsreform von der Geldseite her bestmögliche Voraussetzungen für nachfolgendes Wachstum geschaffen worden sind.“<sup>209</sup>*

Der Wirtschaftswissenschaftler Eckhard Wandel kommentiert:

*„Ohne das Diktat [der Westalliierten; Anm. d. A.] wäre in den westlichen Besatzungszonen eine Währungsreform weder rechtlich noch technisch möglich gewesen.“<sup>210</sup>*

Gleichzeitig sei aber hervorzuheben, dass die „reibungslose Organisation“<sup>211</sup> der Währungsreform auf die Arbeit der deutschen Delegation im Konklave zurückzuführen sei. Auch Hans Möller, der selbst am Konklave teilgenommen hatte, schreibt hierzu, der Erfolg der westdeutschen Währungsreform, die sich durch „Schärfe, Kompromisslosigkeit und einen wohl gelungenen Überraschungseffekt“<sup>212</sup> ausgezeichnet habe, sei ohne das Militärregime nicht denkbar gewesen. In ihrem Abschlussmemorandum schlugen die deutschen Sachverständigen für eine geplante Verlautbarung der Militärregierungen über die Grenzen des deutschen Einflusses auf die Gestalt der Währungsreform die folgende, noch weitergehende Formulierung vor:

<sup>209</sup> Ebda.

<sup>210</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 118.

<sup>211</sup> Ebda.

<sup>212</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 437.

„Die drei Besatzungsmächte tragen für die Grundsätze und Methoden der Geldreform in ihren Zonen die alleinige Verantwortung. Deutsche Sachverständige wurden auf Wunsch der Militärregierungen und der deutschen politischen Stellen hinzugezogen, doch konnte ihre Arbeit im Ergebnis fast nur in technischer Hinsicht zur Geltung kommen. Alle sachlich wesentlichen Gegenvorschläge der deutschen Sachverständigen mussten nach sorgfältiger Prüfung durch die zuständigen Stellen der drei Besatzungsmächte schließlich abgelehnt werden, da die Militärregierungen die Verantwortung für deren Verwirklichung nicht glaubten übernehmen zu können.“<sup>213</sup>

## „Operation Bird Dog“ – Logistische Vorbereitung des „Tag X“

Die 49-tägigen Beratungen im Rahmen des Konklaves von Rothwesten bildeten zugleich die Abschlussetappe der deutsch-alliierten Währungsreformdiskussionen und die unmittelbare organisatorische Vorbereitung der Geldreform. Diese bedurfte darüber hinaus jedoch auch einer umfassenden logistischen Vorarbeit hinsichtlich Herstellung, Transport und Verteilung der Banknoten, mit der die Westalliierten, allen voran die USA, bereits Mitte 1947 begannen. Nach 1945 hatte ein alliiertes Expertengremium zunächst die Möglichkeiten zur Herstellung der künftigen deutschen Banknoten innerhalb Deutschlands untersucht, wobei die im nordhessischen Witzenhausen gelegene Papierfabrik „Staffel“ als geeigneter Hersteller für das Banknotenpapier ausgemacht wurde.<sup>214</sup> Im Zeichen der Notendruckkontroverse im Al-

liierten Kontrollrat von 1947 vergab das US-Außenministerium den Herstellungsauftrag der künftigen (west-) deutschen Banknoten jedoch eigenmächtig und ohne jegliche interalliierte Absprache an die „American Bank Note Company“. Jack Bennett äußert sich hierzu wie folgt:

„Wegen dieser Gefahr [der Gefahr einer separaten ostzonalen Währungsreform; Anm. d. A.] – und nur, weil es sich um eine Defensivmaßnahme handeln sollte – waren wir in der Lage, die Regierung der Vereinigten Staaten in Washington zu überzeugen, dass für mögliche Notfälle eine neue Währung vorbereitet werden sollte [...]“<sup>215</sup>

Bis März 1948 wurden die deutschen D-Mark-Banknoten dort in New York und beim „Bureau of Engraving and Printing“ in Washington hergestellt, wobei einfaches Papier ohne Wasserzeichen verwendet und das Design an der amerikanischen Geldscheintradition orientiert wurde: Trotz der teils abweichenden Farbgestaltung ähnelten die DM-Banknoten dem Dollar durch das fehlende Wasserzeichen sowie den Druckmotiven mehr als den ehemaligen Reichsmarkscheinen.<sup>216</sup> Abgebildet waren etwa Zahnräder, Marmorsockel, Titanen und Frauen

<sup>215</sup> Bennett: Die deutsche Währungsreform, 1950, S. 8.

<sup>216</sup> Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, Juli 2018.



<sup>213</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 190 f.

<sup>214</sup> Ebda, S. 127 f.



Von November 1947 bis Frühjahr 1948 kam die neue Deutsche Mark in 23.000 Kisten in Bremerhaven an und wurde dort in Bahnwaggons verladen.

– angelehnt an US-Eisenbahnaktien.<sup>217</sup> Dass der Aufdruck auf den neuen Markscheinen weder Ausgabebehörde noch -datum und Unterschrift enthielt, ist auch mit dem amerikanischen Festhalten an einer möglichen gesamtdeutschen Währungsreform unter Einbeziehung der SBZ bei Druckbeginn zu erklären. Das Münzgeld der neuen Deutschen Mark blieb hingegen der deutschen Gestaltungstradition treu.

Zwischen November 1947 und dem Frühjahr des Jahres 1948 erfolgte der von der US-Militäradministration unter strengster Geheimhaltung koordinierte Transport einer Geldmenge in Höhe von 5,7 Milliarden DM von ihrem Herstellungsort über Bremerhaven nach Frankfurt am Main. Im Rahmen des Unternehmens „Bird Dog“ (zu deutsch „Spürhund“) wurde die neue deutsche Währung in 23.000 mit der Aufschrift „doorknobs“

(„Türgriffe“) und dem Bestimmungsort „Barcelona via Bremerhaven“ gekennzeichneten Kisten zunächst in den norddeutschen Hafen – eine amerikanische Enklave in der britischen Besatzungszone – verschifft und von dort aus bis April 1948 zur vorläufigen Lagerung in den Keller des alten Frankfurter Reichsbankgebäudes gebracht. Am 25. November 1947 lief der mit 4.800 Kisten und einem Gesamtgewicht von 192 Tonnen beladene Frachter „American Farmer“ als erster von vielen Transportschiffen in Bremerhaven ein.<sup>218</sup> In der geheimgehaltenen Aktion „Bird Dog“ sah Tenenbaum die „größte logistische Leistung der amerikanischen Armee seit der Landung in der Normandie.“<sup>219</sup>

<sup>218</sup> Beck (u.a.): Inflation, S. 82.

<sup>217</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 129.

<sup>219</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 130.

Im Frankfurter Reichsbankgebäude wussten lediglich sechs Personen von der Lagerung der Noten.<sup>220</sup> Selbst die britische Militärregierung erfuhr erst Anfang Mai vom bereits erfolgten Transport der Banknoten nach Deutschland.<sup>221</sup>

Unmittelbar vor dem „Tag X“ begann am 11. Juni der mehrtägige Transport des Geldes zu den elf Landeszentralbanken in militärisch bewachten Lastwagen und Zügen, wobei die Landeszentralbanken in Absprache mit den kommunalpolitischen Vertretern die Weitergabe an die lokalen Umtausch- und Ausgabestellen – in erster Linie Kartenstellen der Ernährungsämter – koordinierten. Im osthessischen Landkreis Schlüchtern etwa wies der Landrat die Polizeidienststelle am 17. Juni an, für 9 Uhr des nächsten Tages einen „Polizeiwagen mit Fahrer und drei Gendarmeriebeamten vor die Landeszentralbank in Fulda zu beordern, um den Transport des Neugeldes von dort zur Kreissparkasse Schlüchtern zu schützen.“<sup>222</sup> In der Mehrzahl der westdeutschen Städte und Gemeinden wurde der „Tag X“ akribisch bis hin zu den Namen der den Geldtransport begleitenden Polizeibeamten vorbereitet. Nachdem die französische Zustimmung zur Einbeziehung ihrer Besatzungszone in die westdeutsche Währungsreform, die erst seit dem 2. April 1948 überhaupt offiziell diskutiert wurde, am 16. Juni 1948 erfolgt war, stand der Durchführung der Geldreform nichts mehr im Wege. Am Nachmittag des 18. Juni, einem Freitag, kündigten die Westalliierten der westdeutschen Bevölkerung den Geldumtausch am 20. Juni über Presse und Rundfunk offiziell an. Der „Tag X“ war gekommen.

<sup>220</sup> Bennett: Die deutsche Währungsreform, 1950, S. 9.

<sup>221</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 269.

<sup>222</sup> Landrat des Kreises Schlüchtern an das Gendarmerie-Kreiskommissariat in Schlüchtern, 17.06.1948.

## Die Durchführung der westzonalen Währungsreform am 20. Juni 1948

Die westzonale Geldreform vom Juni 1948 wurde von mehrgliedrigen steuerlichen und ökonomischen Reformen begleitet, die für ihren Erfolg maßgeblich waren und – im Gegensatz zur Währungsreform selbst – in besonderem Maße von deutschen Stellen initiiert und konzipiert wurden. Im Juni 1948 brachten deutsche Sachverständige die Forderung nach einer Steuerreform zur Verminderung der 1946 vom Alliierten Kontrollrat im Sinne der Geldverknappung massiv angehobenen Steuersätze immer vehementer zum Ausdruck. Die deutschen Steuerreformpläne lehnte die französische Militärregierung mit Verweis auf den Haushalt ihrer Besatzungszone – vermutlich aber auch im Sinne eines Druckmittels hinsichtlich der Durchführung der Währungsreform in allen drei Westzonen – jedoch ab. Erst als das französische Parlament dem auf der Londoner Sechsmächtekonferenz erarbeiteten Konzept zur Gründung eines geeinten Weststaates am 17. Juni endgültig zustimmte, konnte ein interalliiertem Kompromiss zu einer „kleinen Steuerreform“ erreicht werden, die am 22. Juni in Form von Steuererleichterungen in Kraft trat.<sup>223</sup>

Unter der Führung des Direktors für Wirtschaftsverwaltung, Ludwig Erhard, wurden in den Wochen vor der Währungsreform Wirtschaftsreformen diskutiert und in Gesetzestexte gegossen, die die Währungsumstellung begleiten und die Voraussetzung für die Gesundung der gesamten westdeutschen Ökonomie bereiten sollten. Erhard vertrat hierbei weiterhin seine bereits in der Sonderstelle Geld und Kredit leidenschaftlich untermauerte Position, die Reformen zur Aufhebung der Bewirtschaftung und der Preisbindung müssten zeitlich

<sup>223</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 215 ff.

möglichst eng an die Geldreform gebunden werden. Hierbei vertraute er auf das Vorhandensein gehorteter Waren, die durch die Knappheit des Geldes nach dem „Tag X“ mobilisiert werden würden.<sup>224</sup> Gemeinsam mit den Nationalökonominnen Leonhard Miksch (SPD) und Alfred Müller-Armack (CDU) entwarf Erhard das Gesetz über „Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“, das in der Tradition seiner vor dem Wirtschaftsrat gehaltenen programmatischen Rede vom 21. April stand. Dort verlieh Erhard der Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen eine staatspolitische Qualität.<sup>225</sup> Der Frankfurter Wirtschaftsrat beriet in drei Lesungen am 17. und 18. Juni über die Gesetzesvorlage, die neben einer weitgehenden und perspektivisch vollständigen Loslösung von Bewirtschaftung und Preisbindung auch eine (vorübergehende) Ausstattung Erhards mit weitreichenden Vollmachten zur Durchsetzung der Reformen vorsah. Trotz hitziger Debatten um das so bezeichnete „Ermächtigungsgesetz“ nahm der Wirtschaftsrat das „Leitsätze-gesetz“

<sup>224</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 458.

<sup>225</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 67.

schließlich mit 52 zu 37 Stimmen an.<sup>226</sup> Besonders die SPD-Abgeordneten fürchteten mehrheitlich das Bekenntnis zu den Prinzipien der Freien Marktwirtschaft. So befand es etwa Gerhard Kreyszig (SPD) metaphorisch gesprochen für einen „überaus fragwürdigen Schritt, einen todkranken Mann ins kalte Wasser zu werfen.“<sup>227</sup> In seiner Rundfunkansprache vom 21. Juni 1948 äußerte sich Erhard selbst wie folgt zu den umfassenden Vollmachten, die ihm der Wirtschaftsrat kurz zuvor gegen das Votum der SPD gewährt hatte:

*„Wenn diese Vollmacht aber einen Sinn haben sollte, dann musste sie ihrer Zwecksetzung gemäß auf jegliche Reaktionen der Wirtschaft schnellstes Handeln ermöglichen und durfte nicht an Mehrheitsbeschlüsse oder sogar Minderheitsvoten mit aufschiebender Wirkung gebunden sein.“<sup>228</sup>*

<sup>226</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 431 f.

<sup>227</sup> Ebda, S. 432.

<sup>228</sup> Erhard, Ludwig: Der neue Kurs. Rundfunkansprache vom 21. Juni 1948, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Materialien zur Wirtschafts- und Währungsreform 1948, Bonn 1978, S. 3.

## Freie Marktwirtschaft

Der Begriff „Freie Marktwirtschaft“ bezeichnet ein der Weltanschauung des Liberalismus entspringendes wirtschaftliches Ordnungsmodell, das das selbstverantwortliche Individuum ins Zentrum des wirtschaftlichen Handelns stellt. Kennzeichen der Freien Marktwirtschaft sind die Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage im freien Wettbewerb, Gewerbe- und Konsumfreiheit, ein Recht auf Privateigentum sowie freie Preisbildung. In einer „Nachtwächterposition“ ist der Minimalstaat lediglich für die Sicherstellung des wirtschaftlichen Ord-

nungsrahmens durch die Aufrechterhaltung eines Rechtssystems sowie die Gewährleistung von Schutz, Sicherheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich.<sup>1</sup> Der ideale freie Markt ist stabil, staatsunabhängig und selbstregulierend.

<sup>1</sup> N.N: Das Lexikon der Wirtschaft. Freie Marktwirtschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19325/freie-marktwirtschaft/> (eingesehen am 08.02.2024).



Am Abend des 19. Juni, dem Vorabend der inzwischen öffentlich datierten Geldreform, ließ Erhard das „Leitsätzegesetz“, das die Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie die Preisbindung für rund 400 Warengruppen aufhob, für den 21. Juni ohne irgendeine Abstimmung mit den Westalliierten durch seinen Pressesprecher Kuno Ockhardt öffentlich verkünden. Im Gesetztext hieß es wörtlich:

*„Der Freigabe aus der Bewirtschaftung ist vor ihrer Beibehaltung der Vorzug zu geben. [...] Der Freigabe der Preise ist vor ihrer behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.“*<sup>229</sup>

Lediglich Grundnahrungsmittel, Agrarprodukte und einige Rohstoffe wie Kohle und Eisen sollten vorerst staatlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen und der Preisbindung unterworfen bleiben, für Textilien wurde lediglich die Preisbindung aufgehoben.<sup>230</sup> US-Militärgouverneur Clay stellte Erhard angesichts seines vorsätzlichen Verfahrensbruches – die wohl „schwerste Verletzung einer Okkupationsorder durch einen hohen deutschen Amtsträger“<sup>231</sup> – mit den Worten zur Rede, er habe unbefugt in alliierte Rechte eingegriffen und die Bewirtschaftungsvorschriften verändert. Erhard soll mit dem Ausspruch reagiert haben, er habe sie nicht geändert, sondern aufgehoben.<sup>232</sup> Der Direktor für die bizonale Wirtschaft setzte bei der eigenmächtigen Durchsetzung des Leitsätzegesetzes auf den unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zur Geldreform, die in der öffentlichen Wahrnehmung als bewusste Union aufgenommen wurden.<sup>233</sup> Erst am 30. Juni bestätigten die

westalliierten Besatzungsbehörden das Leitsätzegesetz formell, das jedoch zunächst nur in der britischen und amerikanischen Besatzungszone galt. Für die nachträgliche Ratifizierung durch die Alliierten dürfte auch der überwältigende wirtschaftliche Erfolg von Erhards Alleingang ausschlaggebend gewesen sein, der im Verlauf dieser Publikation noch darzustellen ist. In Württemberg-Hohenzollern, Baden und Rheinland-Pfalz hingegen – den Ländern der französischen Besatzungszone – wurden die im Leitsätzegesetz vorgesehenen Reformen erst schrittweise bis 1949 verwirklicht.

Am Sonntag, den 20. Juni 1948, traten das im Konklave formulierte Währungs- und das Emissionsgesetz in Kraft. Ersteres ließ verlauten:

*„Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung. Ihre Rechnungseinheit bildet die Deutsche Mark, die in hundert Deutsche Pfennig eingeteilt ist.“*<sup>234</sup>

Es setzte die in zwei Raten auszuzahlende Kopfquote auf insgesamt 60 DM fest und veröffentlichte die Bestimmungen über die zwischen dem 21. und 26. Juni abzuliefernden und anzumeldenden Altgeldbestände. Insgesamt beliefen sich die Altgeldbestände auf 145 Milliarden Reichsmark.<sup>235</sup> „Vorbehaltlich besonderer Vorschriften“<sup>236</sup>, die etwa für Schuldverhältnisse und größere Vermögen galten, wurde entsprechend das Umstellungsverhältnis 1:1 realisiert. Die Erfassung der privaten Geldvermögen sowie die Dokumentation des Geldumtauschs erfolgte mittels der Vordrucke, die die deutschen Konklavemitglieder formuliert und gestaltet hatten. Darüber hinaus gab etwa die Landeszentralbank Hessen im Konklave verfasste Merkblätter über gefälschte Reichs-, Renten- und Militärmark-

<sup>229</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 133.

<sup>230</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 458.

<sup>231</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 434.

<sup>232</sup> Ebda.

<sup>233</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 70 f.

<sup>234</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 130.

<sup>235</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 227.

<sup>236</sup> Ebda, S. 217.

scheine an die Umtauschstellen aus. Auf diese Weise leistete das Konklave mittelbar sowohl für die umfassende Dokumentation der Währungsumstellung als auch für den ökonomischen Erfolg der westzonalen Währungsreform, der auch auf der langfristigen konzeptionellen und konkreten organisatorischen Vorbereitung fußte, einen entscheidenden Beitrag.

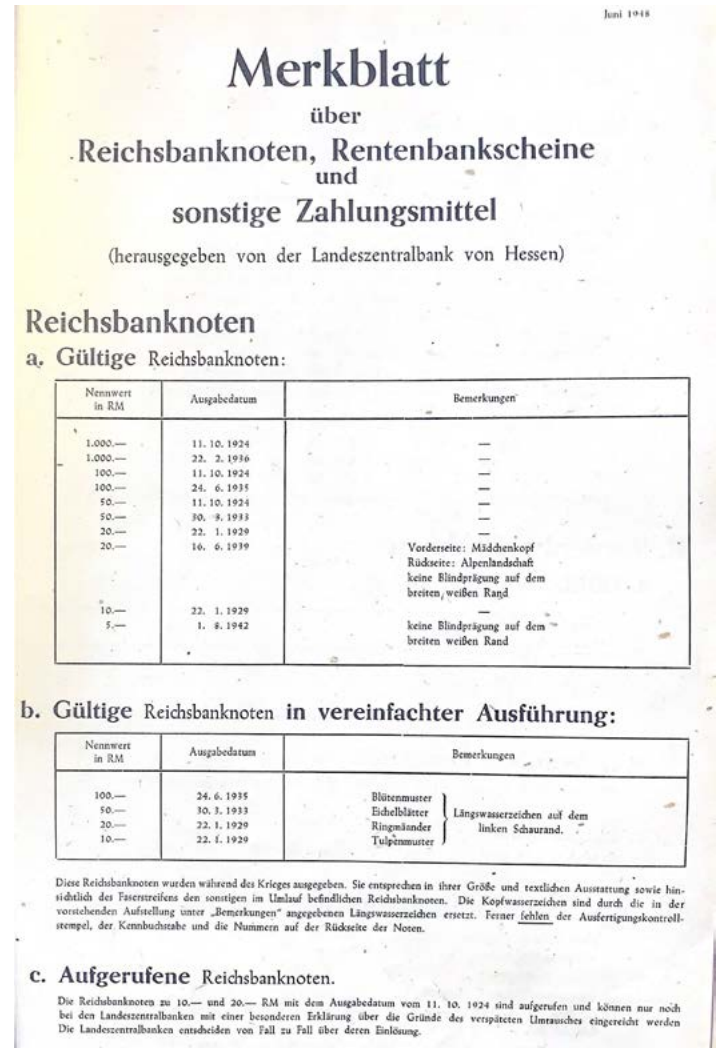
Das Emissionsgesetz enthielt Regelungen bezüglich der Ausgabe des neuen Geldes durch die Kartenstellen der Ernährungsämter. Gegen Vorlage der Lebensmittelkarten, mittels derer eine zweifelsfreie Identifikation gewährleistet und Doppelauszahlungen vermieden werden sollten, konnten Bürgerinnen und Bürger am 20. Juni 1948 60 Reichsmark in zunächst 40 DM tauschen. Ebenfalls einzutauschen waren im gleichen Verhältnis Rentenmark, Goldmark sowie die alliierte Militärmark.<sup>237</sup> Eine Zeitzeugin berichtet:

*„Die Geldreform war über Nacht gekommen. [...] Irgendwann habe ich die brandneuen, knisternden Scheine dann auch in Nürnberg bekommen; mein ‚Kopfgeld‘ wie nun das allerneueste Wort in unserem Sprachschatz hieß, die ‚Deutsche Mark‘, so getauft vom Amerikaner Eduard Tenenbaum. Vertrauenerweckende, üppige Frauenpersonen waren darauf abgebildet. [...] Jetzt erst wusste ich es wirklich: Ein neues Zeitalter war angebrochen.“<sup>238</sup>*

Dass die Geldumstellung als logistischer Vorgang überwiegend reibungslos verlief, ist einerseits auf die umfassende organisatorische Vorarbeit im Konklave von Rothwesten zurückzuführen. Darüber hinaus trafen in den Wochen vor der Währungsreform jedoch auch

<sup>237</sup> Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, Juli 2018.

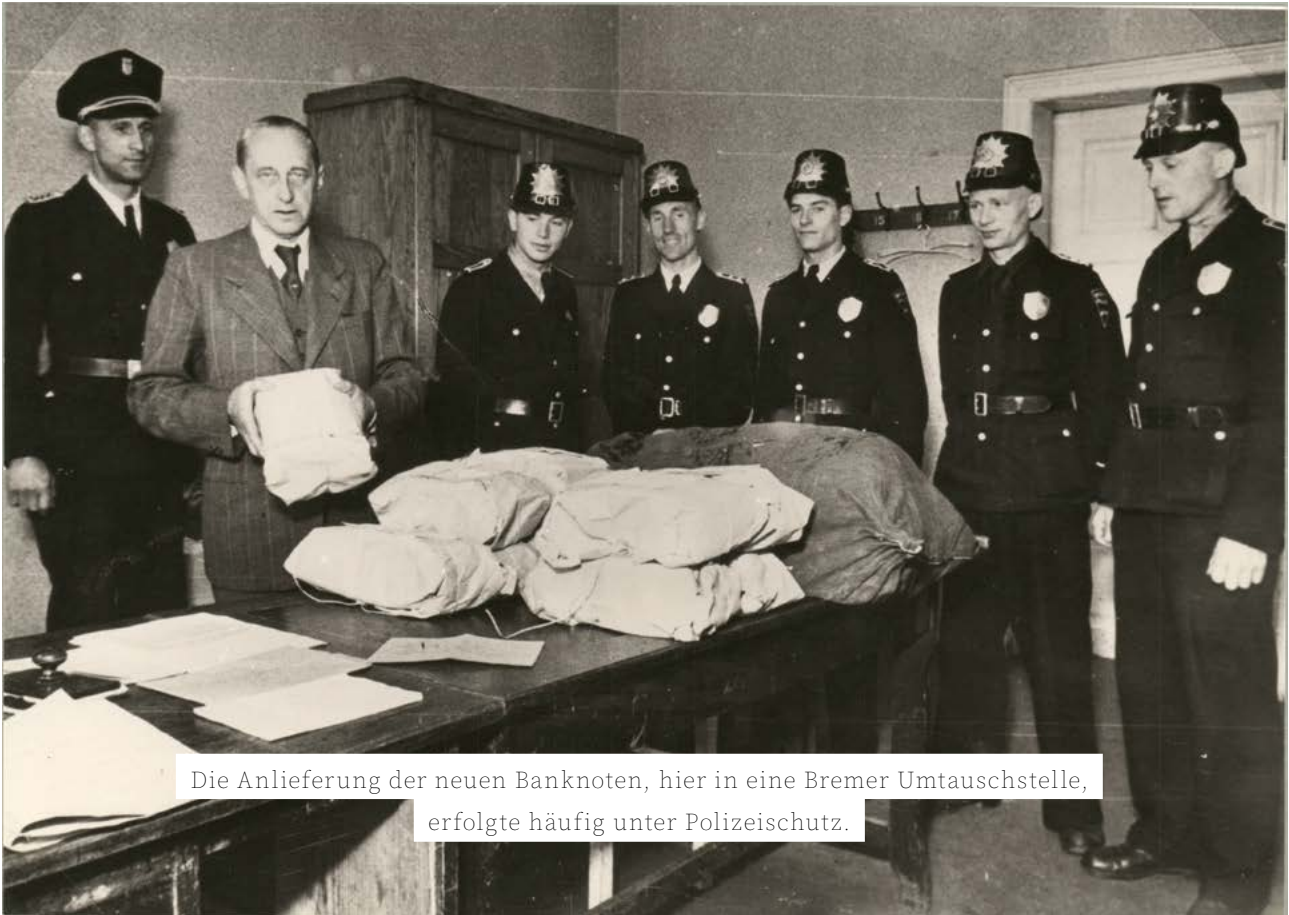
<sup>238</sup> Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948, München 1985, S. 327 f.



die Länder, Städte und Kommunen organisatorische Vorkehrungen für den erwarteten „Tag X“. So erging bereits am 7. Juni 1948 die folgende Weisung des hessischen Innenministers Heinrich Zinnkann (SPD) an die Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte:

*„Sofort nach Bekanntgabe der Währungsumstellung ist von dem Bürgermeister in Gemeinschaft mit dem Kassenverwalter eine Kassenbestandsaufnahme durchzuführen, bei der alle vorhandenen Geldbestände festzustellen und in einem genauen Sortenzettel festzuhalten sind.“<sup>239</sup>*

<sup>239</sup> Hessisches Staatsministerium des Innern: Kassen- und Rechnungsführung der Gemeinden in Bezug auf die Wäh-



Die Anlieferung der neuen Banknoten, hier in eine Bremer Umtauschstelle, erfolgte häufig unter Polizeischutz.

Zur Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs des Geldumtauschs wurden in hessischen Städten und Kommunen auch Polizeibeamte eingesetzt.

Eine Woche später, am 27. Juni, trat das Umstellungsgesetz als dritter Teil der im Konklave von Rothwesten formulierten „Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens“ in Kraft, wobei die Tage zwischen der Inkraftsetzung der Währungsgesetze noch von Unsicherheit geprägt waren. Der zeitlichen Trennung der drei Gesetze lag das Kalkül zugrunde, Schwarzhändler würden aus Sorge vor Nachprüfungen gänzlich auf die Anmeldung unversteuerter Vermögen verzichten, was tatsächlich der Geldverknappung dienlich war: Vor diesem Hintergrund wurden schätzungsweise 2,5 Milliarden RM

nicht umgetauscht.<sup>240</sup> Das Umstellungsgesetz enthielt Bestimmungen über die Umwandlung von Reichsmark-Bankguthaben, die im Verhältnis von 10:1 abgewertet wurden, sowie die Umstellung privater Schuldverhältnisse im gleichen Verhältnis.<sup>241</sup> Davon ausgenommen waren lediglich wiederkehrende Verbindlichkeiten wie Löhne, Mieten und Renten, die 1:1 umgewandelt wurden. Die „Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens“ realisierten damit alle im Konklave von Rothwesten getroffenen Vereinbarungen und Kompromisse.

Darüber hinaus trat am 4. Oktober 1948 ein „Viertes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens“ (Festkontengesetz) in Kraft. Es verfügte

<sup>240</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 121 ff.

<sup>241</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 130 ff.

die folgende Umstellung der auf Festkonten blockierten Vermögensanteile: 70 Prozent wurden gestrichen, 10 Prozent (bis 1954) auf einem Anlagekonto gutgeschrieben und 20 Prozent freigegeben. Damit belief sich die Umstellungsquote für größere Reichsmarkvermögen schließlich auf 10:0,65 (aus 1.000 Reichsmark wurden also 65 Deutsche Mark). Insgesamt wurden 94 Prozent (37 Milliarden RM)<sup>242</sup> des Reichsmarkvolumens liquidiert – der schärfste Währungsschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte.<sup>243</sup> Zur Befassung mit besonderen Problemstellungen im Zusammenhang mit der Geldreform wurde auf deutsche Initiative am 23. Juni außerdem ein „Büro für Währungsfragen“ eingerichtet, das sich unter anderem mit der Behandlung von Schuldverhältnissen zwischen Firmen aus der

<sup>242</sup> Beck (u.a.): Inflation, S. 84.

<sup>243</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 130.



Die Auszahlung der Kopfquote erfolgte gegen Vorlage der Lebensmittelkarte.

SBZ und den Westzonen beschäftigte.<sup>244</sup>

Anders als zunächst geplant wurden die restlichen 20 DM des Kopfbetrags nicht innerhalb von vier Wochen ausgezahlt, sondern aus Sorge vor einer zu hohen Kaufkraft im Verhältnis zur schwer zu prognostizierenden verfügbaren Gütermenge erst im August freigegeben.<sup>245</sup> Darüber hinaus erhielten Gewerbetreibende 60 DM pro Arbeitnehmer im Umtausch 1:1.<sup>246</sup> Löhne und Gehälter wurden zum 1. Juli (oder dem alternativen nächsten Fälligkeitsdatum) in der neuen Währung ausgezahlt. Neues Münzgeld hingegen blieb lange Zeit knapp. Bürgerinnen und Bürger, die ein Geldvermögen von mehr als 5.000 RM bei den Umtauschstellen anmeldeten, benötigten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung vom Finanzamt und mussten sich einer umfassenden steuerlichen Überprüfung unterziehen. Die westzonale Geldreform begünstigte durch ihre grundsätzliche Konzeption Sachwertbesitzerinnen und -besitzer<sup>247</sup> in hohem Maße, während Personen mit Geldvermögen ungleich stark belastet wurden. Mit der Verkündung des Umstellungsgesetzes machte sich unter Sparern ein Gefühl der Enteignung breit. Die Kopfbeträge wurden auf die insgesamt 70 Milliarden auf Festkonten blockierten und in DM umgewandelten Vermögen angerechnet, sodass viele Sparerrinnen und Sparer ihr Sparvermögen vollständig verloren, da die Kopfquote an sich bereits höher war als ihre im Verhältnis 10:1 zusammengestrichenen Einlagen.<sup>248</sup>

<sup>244</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 270.

<sup>245</sup> Benz: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949, 1999, S. 168.

<sup>246</sup> Wandel: Entstehung der Bank deutscher Länder und deutsche Währungsreform 1948, 1980, S. 123.

<sup>247</sup> Zu Sachwerten sind hier in erster Linie Grund, Immobilien, Produktionsstätten und Lager zu zählen.

<sup>248</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg), 1988, S. 228.

Die im Umstellungsgesetz angekündigte Lastenausgleichsregelung fand erst 1952 mit dem „Lastenausgleichsgesetz“, das sowohl Kriegsgeschädigte als auch durch die Währungsreform Benachteiligte finanziell entschädigte, ihre finale gesetzliche Entsprechung. Zuvor wurde lediglich eine Übergangsregelung in Form des „Soforthilfegesetzes“ vom 8. August 1949 getroffen, das den oben genannten Gruppen einen Rechtsanspruch auf Unterstützungszahlungen zusprach.<sup>249</sup> Hierfür wurde eine jährliche Abgabe auf „landwirtschaftliches, Grund- und Betriebsvermögen in Höhe von drei Prozent sowie eine einmalige Sonderabgabe von vier Prozent des Vorratsvermögens gewerblicher Betriebe“<sup>250</sup> erhoben. So ergab sich zunächst ein relativ geringes Gesamtvolumen der Lastenausgleichshilfen in Höhe von einer Milliarde D-Mark, während infolge des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 bis 1979 42 Milliarden DM in den Umverteilungsfonds eingingen.<sup>251</sup> Letzteres veranlasste die Einzahlung von 50 Prozent des Vermögens, über das Sachwertbesitzerinnen und -besitzern am 21. Juni 1948 verfügt hatten, in 120 vierteljährlichen Raten in einen Ausgleichsfonds, aus dem „Kriegsgeschädigte“ entschädigt wurden – eine gigantische, 30 Jahre andauernde Umverteilungsmaßnahme. Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer fasste die Lastenausgleichsregelung von 1952 pointiert zusammen:

*„Es geht hier um ein soziales Gesetz wie in hundert anderen Fällen, in denen Leistungen und Verpflichtungen peinlich genau gegeneinander abgewogen werden. Es ist das Gesetz zur Liquidierung unserer inneren Kriegsschuld gegenüber von Millionen unserer eigenen Volksgenossen.“*<sup>252</sup>

<sup>249</sup> Ebda, S. 219 f.

<sup>250</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 275.

<sup>251</sup> Ebda.

<sup>252</sup> Jähner: Wolfszeit, S. 107 f.



Die westzonale Währungsreform war eine gut vorbereitete logistische Meisterleistung.

**»Aus Schutt und Trümmern, aus Not und Elend, aus Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung ist eine neue Welt entstanden.«**

---

**Ludwig Erhard**

Bundeswirtschaftsminister,

in einer Rundfunkansprache anlässlich des zehnten Jahrestags  
der westzonalen Währungsreform am 19. Juni 1958

## Teil 4

# Folgen der westzonalen Währungs- und Wirtschaftsreformen

## Wirtschaftliche Folgen des 20. Juni 1948 in den Westzonen

Bereits am Montag, den 21. Juni, sorgte die Währungsreform in den Westzonen für das Vorhandensein eines ausgeprägten Warenangebots, das Gebrauchsgüter aus gehorteten Warenbeständen umfasste, die für Verbraucherinnen und Verbraucher zuvor jahrelang nicht auf regulären Märkten zu erwerben gewesen waren. Der Journalist Michael Schmidt-Klingenberg formuliert treffend:

*„Mit der Mark kamen die Waren aus dem Dunkel des Schwarzmarktes wieder in das Licht der Läden.“*<sup>253</sup>

Die konkrete Organisation der Währungsumstellung, die in besonderem Maße auf die Arbeit im Konklave von Rothwesten zurückzuführen ist, erwies sich als reibungslos. Das Konklavemitglied Hans Möller schreibt hierzu:

*„Der Zahlungsverkehr, [...] der am Wochenende ohnehin ruhte, lief von Montag an in DM weiter, beinahe so, als ob nichts geschehen wäre.“*<sup>254</sup>

<sup>253</sup> Schmidt-Klingenberg, Michael: Der schwere Abschied, in: Spiegel online, April 1998, URL: <https://www.spiegel.de/politik/der-schwere-abschied-a-6489008d-0002-0001-0000-000007870431> (eingesehen am 10.10.2023).

<sup>254</sup> Möller: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, 1976, S. 459.

In der öffentlichen Wahrnehmung ließen die Logistik der Geldreform und deren unmittelbare ökonomische Folgen jedoch ein Grundvertrauen in die neue Währung entstehen. Einem Zeitungsbericht aus Heidelberg ist zu entnehmen:

*„Hier drängen sie einem das Pfund Pfirsiche für eine Mark auf; Bauern bieten bereits Frühbirnen an; grüner Salat, seit Jahren nicht mehr gesehen, ist für dreißig Neu-Pfennig zu haben.“*<sup>255</sup>

Während ein Journalist der „Süddeutschen Zeitung“ in den Tagen vor der Währungsreform schrieb, „für deutsches Geld legten deutsche Hühner keine Eier, trugen deutsche Obstbäume kein Obst, gaben deutsche Kühe keine Milch“,<sup>256</sup> merkte die „Neue Deutsche Wochenschau“ mit Blick auf die Folgen der Währungsreform an: „Über Nacht wurden die Kirschen reif.“<sup>257</sup> Ein Zeitzeuge berichtet:

*„Wohin man auch blickte: neue Herrlichkeiten bei durchschnittlichen Preisen! Dreiteilige Hemden 70 DM, Gaskocher 50 DM, [...] Damenstrümpfe 4 DM, Krawatten 2,5 DM.“*<sup>258</sup>

Auch die überflüssig gewordenen schwarzen und grauen Märkte, die zunehmend nicht mehr

<sup>255</sup> Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1985, S. 328.

<sup>256</sup> Roth: Der Nimbus der Nation, Juni 2008.

<sup>257</sup> Merx: Ein junger US-Leutnant zog die Fäden, Juni 2008.

<sup>258</sup> Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1985, S. 329.

mit den legalen Märkten konkurrieren konnten, verschwanden schrittweise, aber nachhaltig. Am 15. August 1948 riefen Hamburger Schwarzmarkthändler etwa 1,15 DM pro Kilo Roggenbrot auf – das 2,8-fache des legalen Preises.<sup>259</sup> Die Kopfbeträge wurden im Angesicht des breiten Warenangebots mehrheitlich rasch ausgegeben – die Umlaufgeschwindigkeit der DM war hoch. Zum breiten Warenangebot zählten bereits wenige Tage nach dem 20. Juni Autos der Marke „Volkswagen“, die für 5.300 DM binnen acht Tagen geliefert werden konnten.<sup>260</sup> An diesem Beispiel zeigt sich der Umfang und die Bedeutung der vor der Geldreform im großen Stile in Lagern gehorteten Waren, die nach dem 20. Juni von außen betrachtet schlagartig zur Verfügung standen und auch für die Produktion genutzt werden konnten.

Dieser „Schaufenstereffekt“ hatte vor allem eine große psychologische Wirkung, indem er die von den Besatzungsmächten diktierte Währungsreform in den Augen vieler Deutscher legitimierte und die Basis für das Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung darstellte. Dass die neue Deutsche Mark in der Bevölkerung akzeptiert wurde und als Zahlungsmittel begehrt war, legte im wechselseitigen Einfluss mit ihrer auch auf das Konklave zurückgehenden Knappheit den Grundstein für ihren Erfolg. Der Historiker Christoph Buchheim schreibt hierzu: „Die Währungsreform bewirkte, dass Geld und reguläres Geldverdienen wieder zählten.“<sup>261</sup> Theodor Eschenburg ergänzt:

*„Der Wettkampf um den Ertrag dämpfte die Preise und erhob sie zum Regulator der Wirtschaft, darin lag der eigentliche Sinn des Verzichts auf Bewirtschaftung und Preisbindung.“<sup>262</sup>*

Im Zusammenhang mit dem gestiegenen Anreiz, zu arbeiten und Geld zu verdienen, erhöhte sich auch die wöchentliche Arbeitszeit zwischen Juni 1948 und März 1949 in der französischen Zone um 17 und in der Bizone um zehn Prozent, wobei die Produktionsleistung pro Arbeitsstunde im selben Zeitraum um gut 30 Prozent wuchs.<sup>263</sup> Dies sollte auch in den Kontext der aufgrund von ausländischen Hilfslieferungen und guten Ernteerträgen verbesserten Ernährungslage der Bevölkerung gesetzt werden.

Die steigenden Arbeitslosenzahlen nach der westzonalen Währungsreform von 442.000 im Juni 1948 über 937.000 im Januar 1949 auf über zwei Millionen Menschen im Jahr 1950 sind in Teilen auch indirekt mit deren vertrauensbildendem Effekt zu verbinden.<sup>264</sup> So stellt Christoph Buchheim die These auf, dass sich angesichts der prekären wirtschaftlichen und politischen Lage vor der Währungsreform viele nicht Erwerbstätige schlicht nicht arbeitslos meldeten, während die Währungsreform die Arbeitsanreize so stark erhöhte, dass Meldungen in der Hoffnung auf eine baldige (Wieder-)Anstellung häufiger erfolgten.<sup>265</sup> Darüber hinaus war die hohe Arbeitslosigkeit eine Folge des Stroms von Geflüchteten und Heimatvertriebenen in die Westzonen. Innerhalb dieser Gruppe, die im Mai 1949 ein Sechstel der bizonalen Bevölkerung stellte, war die Arbeits-

<sup>259</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 223.

<sup>260</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 126.

<sup>261</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 222.

<sup>262</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 441.

<sup>263</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 223.

<sup>264</sup> Eschenburg: Jahre der Besatzung, 1983, S. 435.

<sup>265</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 224.



losigkeit dreimal so hoch wie unter den Ortsansässigen.<sup>266</sup>

Auf den ersten Blick bestätigen auch die Statistiken über die Produktionsentwicklung 1948, welche entscheidende Bedeutung der westzonalen Geldreform für die wirtschaftliche Gesundung ihres Geltungsbereiches hatte: Das Produktionsniveau stieg vom zweiten auf das dritte Quartal 1948 um 30 Prozent – zu diesem Zeitpunkt der absolute Höchstwert der Nachkriegsgeschichte.<sup>267</sup> Bei der Interpretation dieser Zahl muss jedoch beachtet werden, dass die Produktion vor der Währungsreform unterschätzt worden sein könnte, da die für die Hortungslager hergestellten Waren statistisch nicht erfasst wurden. Dem Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser zufolge, der diese Auffassung vertritt, „verliert die Währungsreform [im Angesicht dieser Tatsache; Anm. d. A.] ihre herausragende Bedeutung für den Produktionsprozess und ordnet sich in den stetigen Wirtschaftsaufschwung ein, der im Herbst 1947 begonnen hatte.“<sup>268</sup> Die Währungs- und Wirtschaftsreformen müssen dennoch als unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung in den Westzonen gelten. So erhöhte sich etwa die im Rahmen des Güterversands mit Eisenbahnen innerhalb des Vereinigten Wirtschaftsgebiets transportierte Gütermenge im Juli 1948 im Vergleich zum Durchschnittswert der Monate Januar bis Mai um etwa 25 Prozent.<sup>269</sup> Auch der Gesamtwert aller zwischen Juni 1948 und Februar 1949 aus den Westzonen exportierten Güter stieg im Vergleich zum Jahresdurchschnitt um eine halbe Milliarde Dollar

auf insgesamt eine Milliarde Dollar.<sup>270</sup> In der französischen Zone hingegen, in der die Bewirtschaftungsmaßnahmen und die Preisbindung vorübergehend beibehalten wurden, blieb das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 1948 hinter dem der Bizone zurück. Gleichzeitig floss ein Gutteil des DM-Volumens aus der französischen Zone ins Vereinigte Wirtschaftsgebiet ab, um dort die in der französischen Zone noch bewirtschafteten Güter zu erwerben.<sup>271</sup> In der Folge wurden die maßgeblich von Ludwig Erhard geprägten Wirtschaftsreformen bis 1949 auch in der französischen Besatzungszone durchgesetzt. Lediglich das autonome Saargebiet, in dem im Januar 1948 der Franc eingeführt wurde, blieb von den westzonalen Geld- und Wirtschaftsreformen ausgeschlossen. Erst 1957 wurde das Saarland in die Bundesrepublik (wieder-) eingegliedert.

Bis in die frühen 1950er-Jahre hinein oszillierten die ökonomischen Folgen des 20. Juni zwischen anfangs bedeutendem Wirtschaftswachstum und der Stagnation, die im Frühjahr 1949 einsetzte. Im zweiten Quartal 1949 erreichte die bizonale Produktion lediglich 73 Prozent des Produktionsniveaus von 1938, während der westeuropäische Schnitt zur selben Zeit im Vergleich zu 1938 bei 118 Prozent lag.<sup>272</sup> Schon zuvor wurde die gesamte sich in Umlauf befindliche Geldmenge bis Dezember 1948 von anfangs 6 Milliarden DM auf 14,8 Milliarden DM aufgebläht.<sup>273</sup> Das vergrößerte Geldvolumen führte zu einer inflationären Entwicklung von Preisen und Lebenshaltungskosten, wobei der von den Nationalsozialisten 1939 verhängte Lohnstopp – von den Westalliierten als ein stabilisierendes

<sup>266</sup> Heller, Walter: Die Rolle der Finanz- und Währungspolitik beim deutschen Wirtschaftsaufschwung, Minnesota, o.Z., S. 7.

<sup>267</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 126 ff.

<sup>268</sup> Ebda.

<sup>269</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 224.

<sup>270</sup> Heller: Rolle der Finanz- und Währungspolitik beim deutschen Wirtschaftsaufschwung, o.Z., S. 1.

<sup>271</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 227.

<sup>272</sup> Heller: Rolle der Finanz- und Währungspolitik beim deutschen Wirtschaftsaufschwung, o.Z., S. 2.

<sup>273</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 128.



Im Oktober 1948 streikten mehrere Zehntausend Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer gegen die Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard.

Element in der drohenden Inflationsspirale gesehen – bis November 1948 beibehalten wurde. Die Preise für Ernährung stiegen jedoch um 18, die für Bekleidung sogar um 35 Prozent.<sup>274</sup> Ein Zeitzeuge resümierte:

*„Schließlich standen Millionen mit leeren Taschen und hungrigen Augen vor den friedensmäßigen Auslagen der glänzend ausgestatteten Geschäfte.“<sup>275</sup>*

In der mehrheitlichen Wahrnehmung der Bevölkerung war den staatlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen eine „Rationierung durch die Preise“ gewichen.<sup>276</sup> Diese Diskrepanz zwischen

Lohn- und Preisentwicklung veranlasste die Gewerkschaften des Vereinigten Wirtschaftsgebiets der Bizone<sup>277</sup> zur Ausrufung von Streik- und Protestaktionen: So streikten am 28. Oktober in Stuttgart rund 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Lohn- und Preispolitik Erhards und für die Wiedereinführung staatlicher Preiskontrollen und Bewirtschaftungsmaßnahmen – eine totale Revision von Erhards Wirtschaftspolitik. Die US-Militärpolizei griff mit Tränengas und Panzern ein.

1948, Juli 2018.

<sup>277</sup> Zwar litt auch die Bevölkerung der französischen Besatzungszone unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Lohn- und Preisentwicklung infolge der Währungsreform. Da die französische Besatzungsmacht allerdings jegliche Form von Protest strengstens untersagt hatte und dieses Verbot durch eine starke Exekutive überwacht wurde, brach sich die Not der Bevölkerung dort nicht in Form von Streiks und Protesten Bahn.

<sup>274</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 229.

<sup>275</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 278.

<sup>276</sup> Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform

Für den 12. November riefen die Gewerkschaften zur einer 24-stündigen „Arbeitsruhe“ gegen die „Wirtschaftspolitik der Volksausbeutung“ auf. 75 Prozent der rund 11,7 Millionen Beschäftigten der Bizone blieben an diesem Tag ihren Arbeitsstätten fern. Ludwig Erhard selbst wiederholte in diesen Monaten mantraartig, dass „der Umschlag der Preisbewegung in eine normale, ausgeglichene Entwicklung notwendigerweise bald erfolgen“<sup>278</sup> werde. Die SPD als politischer Arm der Gewerkschaftsvorstöße bekämpfte Erhard – den „Wirtschaftsdiktator“ – auch politisch, indem sie (erfolglos) Anträge zu seiner Abberufung in den Wirtschaftsrat einbrachte.<sup>279</sup>

Nichtsdestotrotz spielte der gewerkschaftliche Druck der zweiten Jahreshälfte 1948 eine entscheidende Rolle für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftliches

Ordnungsmodell der künftigen Bundesrepublik. So veranlasste Erhard etwa mit den „Jedermann-Programmen“ die staatliche, kostengünstige Serienproduktion lebensnotwendiger Konsumgüter, die einen Anreiz für andere Produzenten bot, die „Jedermann-Preise“ noch zu unterbieten. Gestoppt wurde die inflationäre Preisentwicklung in der Bizone erst Ende 1948 durch Maßnahmen der Bank deutscher Länder zur Einschränkung der Kreditvergabe sowie die Marshall-Plan-Einfuhren.<sup>280</sup> Nach einem erneuten vorübergehenden Einbruch Anfang 1949 legte die Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 den Grundstein für das beispiellose bundesrepublikanische Wirtschaftswachstum, das wiederum unabdingbar für die politische Konsolidierung des westdeutschen Nachkriegsstaates war. Ab Anfang 1949 erfreute sich Erhards „Frankfurter Wirtschaftspolitik“ trotz steigender Arbeitslosenzahlen und dem zunächst

<sup>278</sup> Laitenberger: Ludwig Erhard, 1986, S. 74.

<sup>279</sup> Ebda.

<sup>280</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 230.

## Soziale Marktwirtschaft

Unter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ versteht man ein von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard geprägtes wirtschaftliches Ordnungsmodell, das Prinzipien der Freien Marktwirtschaft mit einem sozialen Ausgleich verbindet und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wurde. Auch in der Sozialen Marktwirtschaft bildet der freie marktwirtschaftliche Wettbewerb mit seinen bereits beschriebenen Kennzeichen die Grundlage des Wirtschaftens in einem Staat (siehe Kasten „Freie Marktwirtschaft“). Seine Vorteile sollen jedoch durch eine aktive staatliche Wirtschafts-, Konjunktur-, Sozial- und Steuerpolitik mit sozialer Sicherung für

alte, kranke, einkommensschwache und erwerbsunfähige Menschen durch ein Sozialleistungsnetz verbunden werden.<sup>1</sup> Der Sozialstaat fungiert hierbei als eine Art Korrektiv zum freien Markt. So zeichnet sich die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland beispielsweise durch einen gesetzlichen Mindestlohn, Arbeitslosengeld und ein umfassendes Sozial- und Rentenversicherungssystem aus.

<sup>1</sup> N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft. Soziale Marktwirtschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20642/soziale-marktwirtschaft/> (eingesehen am 08.02.2024).

stagnierenden Produktionsniveau schließlich immer größerer Popularität. Er selbst stieg zum Gesicht hinter dem „Schaufenstereffekt“ und – zu Unrecht – zum „Vater der Deutschen Mark“ auf.

## Auswirkungen der westzonalen Währungsreform auf die deutsche Frage

Nicht die Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik im Mai 1949 oder die Konstituierung der ersten Bundesregierung im September 1949, sondern die Wirtschafts- und Währungsreformen des 20. Juni 1948 markierten für viele Zeitzeuginnen und -zeugen die entscheidende Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der „Tag X“ bedeutete gleichsam den (wirtschafts-) politischen Neubeginn im Westen Deutschlands wie auch das Ende der Hoffnung auf die baldige Gründung eines gesamtdeutschen Nachkriegsstaats. Die wirtschaftliche Teilung Deutschlands ging der politischen, die im Jahr 1949 Realität wurde, voraus. Zum wohl dramatischsten Schauplatz dieser wirtschaftlichen Teilungsgeschichte entwickelte sich im Zusammenhang mit dem „Tag X“ die unter gemeinsamer alliierter Verwaltung stehende Viersektorenstadt Berlin, eine Enklave innerhalb der sowjetischen Besatzungszone. Bereits am 19. Juni kündigte die sowjetische Militäradministration angesichts der tags zuvor öffentlich datierten, kurz bevorstehenden westzonalen Währungsreform eine totale Blockade des Personen- und Güterverkehrs sowie aller Land-, Schienen- und Wasserwege nach West-Berlin an, die vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 andauerte, und verhängte schwerste Strafen für den D-Mark-Transfer von West- nach Ost-Berlin.<sup>281</sup> Die knapp einjährige Berlin-Blockade ließ die ehemalige Reichshauptstadt rasch zum

<sup>281</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 275.



Berlinerinnen und Berlin beobachteten einen „Rosinenbomber“ bei der Landung auf dem Flughafen Tempelhof.

„gefährlichsten Schnittpunkt alliierter Interessengegensätze und der vielleicht am stärksten beachteten Arena des politischen und ideologischen Kampfes zwischen Ost und West“<sup>282</sup> werden. Die westalliierte Luftbrücke zur Versorgung der rund zwei Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung West-Berlins mit Nahrung, Medikamenten und anderen Gütern des täglichen Bedarfs stärkte wiederum die Westintegration der sich in ihrer Gründungsphase befindlichen Bundesrepublik. In diesen Monaten landete alle zwei bis drei Minuten eine mit westalliierten Hilfsgütern beladene Maschine auf einem westberliner Flugplatz.<sup>283</sup> In ihrem Takt wandelte sich die westdeutsche Wahrnehmung der Alliierten als Besatzer hin zu Repräsentanten einer Schutzmacht. Die beispiellose logistische Hilfsaktion, an der mit Großbritannien eine Nation federführend beteiligt war, die selbst bis 1954 Lebensmittel und andere

<sup>282</sup> Ebda, S. 276.

<sup>283</sup> Jähner: Wolfszeit, S. 255.

Konsumgüter rationieren musste, umfasste rund 213.000 Flüge und transportierte 1,7 Millionen Tonnen Material nach West-Berlin.<sup>284</sup>

Gegen den Widerstand der deutschen Delegation schlossen die im Konklave von Rothwesten formulierten Währungs Gesetze auf Initiative der Westalliierten Berlin zunächst von der Geldreform aus. In Beratungen aller vier Alliierten über die Währungsfrage in der Viersektorenstadt Berlin im Alliierten Kontrollrat hatte die amerikanische Delegation unter Führung Jack Bennetts die Einführung eines dritten, sowohl von der westdeutschen als auch von der künftigen ostzonalen Währung unabhängigen Zahlungsmittels vorgeschlagen. Die sowjetische Delegation beharrte jedoch auf ihrer Perspektive der Zugehörigkeit Gesamtberlins zu ihrer Besatzungszone und somit auch zu ihrem Währungsgebiet.<sup>285</sup> Noch am Tag der westzonalen Geldumstellung stellte die sowjetische Militäradministration eine ostzonale

<sup>284</sup> Sudrow: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, Juli 2018.

<sup>285</sup> Bennett: Die deutsche Währungsreform, 1950, S. 19 f.



Die alten Reichsmarkscheine werden in Ost-Berlin mit Kupons beklebt.

Währungsreform in Aussicht, die neben ihrer eigenen Besatzungszone auch das gesamte Berliner Stadtgebiet miteinschließen sollte. Bereits am 21. Mai war auf Befehl der sowjetischen Militäradministration analog zur westdeutschen Bank deutscher Länder die „Deutsche Emissionsbank“ als Zentralbank des künftigen ostdeutschen Teilstaates gegründet worden. Am 24. Juni konnten Einwohnerinnen und Einwohner der SBZ und Groß-Berlins 70 Reichsmark im Verhältnis 1:1 in 70 mit einem Kupon beklebte Reichsmark als Interimswährung tauschen, die anschließend schrittweise durch die neue Ost-Mark ersetzt wurde. Gegensätzlich zur neuen westdeutschen Währung stellte die Gestalt der neuen ostzonalen Währung – die mit Kupons beklebte, inflationäre Reichsmark, die im Volksmund als „Tapeetenmark“ bezeichnet wurde – ein großes Hemmnis für deren Akzeptanz in der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone dar.



Mitarbeiter des Hauses der Deutschen Wirtschaftskommission liefern die Scheine bündelweise ab.

Unter Berücksichtigung der Konversionsquoten von Bankvermögen belief sich das Umstellungsverhältnis von alter zu neuer Währung in der SBZ schließlich auf 6,1:1.<sup>286</sup> In engem zeitlichen Zusammenhang mit der ostzonalen Währungsreform wurde, ganz im Gegensatz zu den marktwirtschaftlichen Reformen der Westzonen, außerdem der Übergang zur staatlich gelenkten Planwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone vollzogen.

Auf die Währungsreform in der SBZ und Gesamtberlin reagierend führten die Westalliierten zum 25. Juni mit einem B-Stempel oder einer B-Lochung versehene D-Mark-Scheine als neues gesetzliches Zahlungsmittel in West-Berlin ein, das als zur D-Mark gleichwertig behandelt wurde. Die 60 DM Kopfquote konnten West-Berlinerinnen und -Berliner an jenem 25. Juni gegen Vorlage ihres Bezugsscheines in nur einer Rate im Verhältnis 1:1 zur alten Reichsmark erhalten. Die Umstellungsbedingungen waren dabei in West-Berlin günstiger als in Westdeutschland, da die Kopfquote nicht auf die umgestellten Vermögen angerechnet wurde.<sup>287</sup> Bis zur entsprechenden Verlautbarung

der Westalliierten am 20. März 1949, die die Geltung der Ost-Mark in West-Berlin aufhob, galt die D-Mark dort parallel zum Zahlungsmittel der Ostzone. Zuvor konnten auch in West-Berlin Güter, Dienstleistungen und Mieten in Ost-Mark bezahlt werden, wobei hier gegenläufig zur tatsächlichen Wertentwicklung ein Umtauschverhältnis von 1:1 angesetzt wurde. Obwohl es keine offizielle Umtauschquote gab, konnte die Ostmark in Wechselstuben in West-Berlin im Verhältnis 4:1 in DM getauscht werden.<sup>288</sup> Spätestens mit der Aufhebung des B-Stempels auf den Berliner DM-Scheinen im Jahr 1953 gehörte West-Berlin endgültig zum westdeutschen Wirtschafts- und Währungsgebiet. Die (währungs-)politische Teilung der ehemaligen deutschen Hauptstadt und des gesamten deutschen Territoriums, die 1949 in die Gründung der beiden deutschen Teilstaaten mündete, war besiegelt.

<sup>286</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 125.

<sup>287</sup> Buchheim: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und

die Währungsreform in Westdeutschland, 1998, S. 132.

<sup>288</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 276.



Die Deutsche Mark für die Westsektoren Berlins wird mit dem Buchstaben „B“ gestempelt.

## Die westzonalen Währungs- und Wirtschaftsreformen als Grundlage des bundesrepublikanischen Wohlstandsversprechens

Die Brisanz wirtschaftspolitischer Zielkonflikte in der jungen Bundesrepublik zeigt sich nicht zuletzt an der Kampagne der CDU/CSU zur ersten Bundestagswahl im August 1949 unter dem Credo „Markt- oder Planwirtschaft“.<sup>289</sup> Die CDU übernahm hierbei das wirtschaftspolitische Programm der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard. Während seiner politischen

<sup>289</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 230.

Karriere in der Bundesrepublik – Wirtschaftsminister im Kabinett Adenauer (1949-1963) und Bundeskanzler (1963-1966) – blieb Erhard bis mindestens 1966 parteilos, wobei die Ludwig-Erhard-Stiftung seinen Parteieintritt grundsätzlich bestreitet.<sup>290</sup> Die von Erhard 1948 forcierte Entscheidung für das marktwirtschaftliche Modell als Wirtschaftsordnung des künftigen westdeutschen Nachkriegsstaates prägte die im Entstehen begriffene Bundesrepublik auch politisch. Die wirtschaftliche Neuordnung ging der politischen Konsolidierung voraus und gilt aus der Retrospektive zu Recht als eine ihrer Bedingungen.

<sup>290</sup> Kellerhoff, Sven: Der Kanzler, der nie Mitglied seiner Partei war, in: Welt online, April 2007, URL: <https://www.welt.de/politik/article834316/Der-Kanzler-der-nie-Mitglied-seiner-Partei-war.html> (eingesehen am 19.02.2024).

### Meilensteine auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik

Im Kontext des Scheiterns der gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik 1946/1947 und im Angesicht des beginnenden „Kalten Krieges“ erging am 1. Juli 1948 der Gründungsauftrag für einen westdeutschen Nachkriegsstaat vonseiten der alliierten Militärgouverneure an die westdeutschen Ministerpräsidenten in Form der „Frankfurter Dokumente“. Die von ihnen einberufene verfassungsgebende Versammlung, der aus westdeutschen Landtagsabgeordneten bestehende Parlamentarische Rat, erarbeitete zwischen September 1948 und Mai 1949 die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Dass die bundesrepublikanische Verfassung als „Grundgesetz“ bezeichnet wurde, deutet auf den provisorischen Charakter hin, den sowohl die politisch zuständigen Deutschen als auch die Westalliierten der Bundesrepublik bis

zum Erreichen des Fernziels der deutschen Wiedervereinigung zuschrieben. Am 8. Mai 1949 – exakt vier Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Nationalsozialismus – wurde das Grundgesetz in der neuen Bundeshauptstadt Bonn vom Parlamentarischen Rat angenommen. Aus der ersten Bundestagswahl im August ging die von Konrad Adenauer geführte CDU mit 31 Prozent der Wählerstimmen als Wahlsiegerin hervor. Im September wählte der Bundestag ihn zum Bundeskanzler – getragen von einer Koalition aus CDU/CSU, FDP und der nationalkonservativen Deutschen Partei. Die Wahl Theodor Heuss' (FDP) zum Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung am 12. September 1949 markierte die Abschluss-etappe der Gründung des westdeutschen Nachkriegsstaates.

Über die mittel- und langfristigen ökonomischen Folgen und damit ganz grundsätzlich die wirtschaftliche Bedeutung der westzonalen Währungsreform herrschen bis heute Kontroversen zwischen Historikerinnen und Historikern. In den 1970er-Jahren stellte der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser die bereits erwähnte These auf, die geldpolitischen und ökonomischen Reformen vom Juni 1948 hätten für das zweifelsohne beispiellose Wirtschafts- und Wohlstandswachstum in den ersten Jahren der Bundesrepublik keine entscheidende Rolle gespielt. Hierbei stützt Abelshäuser sich auf die Annahme, dass das Produktionsniveau vor dem 20. Juni aufgrund der zahlreichen Hortungslager fälschlicherweise als zu gering eingeschätzt wurde (und wird), sodass die Produktionsentwicklung nach der Währungsreform als zu positiv erscheint.<sup>291</sup> Für diese These erhielt Abelshäuser jedoch auch viel Kritik: So wurde ihm unter anderem einseitige Interpretation der Statistiken sowie die vermeintliche Fehlerhaftigkeit seiner eigenen Berechnungen vorgeworfen.<sup>292</sup> Faktisch trugen neben den ERP-Hilfen jedoch besonders zwei Faktoren dazu bei, dass sich die durch die Reformen von 1948 günstigen Ausgangsbedingungen in der Bundesrepublik ab 1950 in einem wirtschaftlichen Boom manifestierten: Das staatliche Konjunkturprogramm von Wirtschaftsminister Erhard und der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950. Besonders letzterer führte zu einer enormen Nachfrage an deutschen Industriegütern im Ausland.<sup>293</sup> Im Laufe des Jahres 1952 gelang schließlich „der Durchbruch zu einem sich selbst tragenden Wachstum der Wirtschaft.“<sup>294</sup> Das westdeutsche

Bruttosozialprodukt<sup>295</sup> stieg zwischen 1950 und 1960 durchschnittlich um 7,6 Prozent jährlich, die Industrieproduktion wuchs im selben Zeitraum um 149 Prozent.<sup>296</sup> Westdeutsche Familien konnten sich schrittweise Kühlschränke, Autos, Fernsehgeräte und Urlaubsreisen leisten: Der bundesrepublikanische Wirtschaftsaufschwung erreichte die deutschen Wohnzimmer und wurde so ein „Wunder zum Anfassen“. Ludwig Erhard fasste die bundesrepublikanische Wirtschaftsentwicklung anlässlich des zehnten Jahrestages der Währungs- und Wirtschaftsreform in einer Rundfunkansprache am 19. Juni 1958 wie folgt zusammen:

*„Aus Schutt und Trümmern, aus Not und Elend, aus Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung ist eine neue Welt entstanden, und wenn für jeden einzelnen auch noch nicht alle Blühträume reifen, so möge er in dieser Stunde vor seinem eigenen Gewissen wahrhaftig genug sein, anzuerkennen, dass niemand vor zehn Jahren das mittlerweile Erreichte für möglich gehalten hätte.“<sup>297</sup>*

<sup>291</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 126 ff.

<sup>292</sup> Buchheim: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, IfZ (Hg.), 1988, S. 190.

<sup>293</sup> Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2011, S. 156 ff.

<sup>294</sup> Ebda, S. 159.

<sup>295</sup> Unter dem Begriff Bruttosozialprodukt versteht man den summierten Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft produziert bzw. bereitgestellt wurden. Zum Vergleich der Wirtschaftsentwicklung der 1950er-Jahre: Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik lag 2022 laut Statistischem Bundesamt um 1,9 Prozent höher als das des Vorjahres.

<sup>296</sup> Bührer, Werner: Wirtschaft in beiden deutschen Staaten. Ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik 1945 bis 1961, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Dezember 2002, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-50er-jahren-256/10131/wirtschaft-in-beiden-deutschen-staaten-teil-1/> (eingesehen am 19.02.2024).

<sup>297</sup> Erhard, Ludwig: Zehn Jahre Währungs- und Wirtschaftsreform. Rundfunkansprache am 19. Juni 1958, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Materialien zur Wirtschafts- und Währungsreform 1948, Bonn 1978.



Mit Formulierungen wie diesen trugen auch Erhard selbst und sein Umfeld zur Entstehung des Mythos „Wirtschaftswunder“ bei.

Einen Konsens teilen die meisten Historikerinnen und Historiker mit Blick auf die psychologische Wirkung der Währungs- und Wirtschaftsreformen: Sie vermittelten der zum Verkündungszeitpunkt ungelösten Lastenausgleichsfrage zum Trotz das Gefühl einer Gleichstellung aller Deutschen, einer egalitären Erstausrüstung aller mit den gleichen 60 DM – ein gefühlter Neuanfang, der gleichzeitig den Wiedergewinn einer persönlichen wie gesellschaftlichen Zukunftsperspektive bedeutete. Der „Tag X“ der westzonalen Währungsreform – begleitet von den Erhard'schen Wirtschaftsreformen – wurde so, wie bereits gezeigt, von Zeitzeuginnen und -zeugen als Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs des westlichen Nachkriegsdeutschlands wahrgenommen: eine (zweite) „Stunde Null“. Der Historiker Ulrich Herbert verdichtet dieses Gefühl treffend in der Bezeichnung der Währungsreform als „Urknall der Bundesrepublik“.<sup>298</sup>

Auch im Angesicht der großen materiellen Not weiter Bevölkerungsteile in den ersten Nachkriegsjahren empfanden viele Deutsche die Wirtschaftsentwicklung nach 1948/1950 als „wunderhaft“. Mit dem allgemein guten Zustand industrieller Produktionsstätten sowie dem enorme Arbeitskräftepotenzial, das infolge des 20. Juni mobilisiert wurde, bildeten vor allem zwei Aspekte die Basis für das Wirtschaftswachstum der 1950er- und 1960er-Jahre, die in der gesellschaftlichen Wahrnehmung kaum beachten wurden – weshalb die Erzählung vom „Wunder“ kursieren konnte. So entsprachen die hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit Michael Brackmann zufolge der „wohl entscheidende[n] Klammer der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft“.<sup>299</sup>

<sup>298</sup> Jähner: Wolfszeit, S. 257.

<sup>299</sup> Brackmann: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, 1993, S. 283.



Der Mythos vom „Wirtschaftswunder“ entfaltetete in der Bundesrepublik eine gesellschaftliche Tragweite.

Im Zusammenhang damit ist festzuhalten, dass die bundesrepublikanische Wirtschaftsentwicklung im Zeichen der „harten“<sup>300</sup> – weil knappen – Deutschen Mark der 1950er- und 1960er-Jahre außerdem entscheidend zur Akzeptanz der Demokratie in der Gesellschaft beitrug. Gerade weil die Deutschen ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert kollektiv zu verdrängen versuchten, öffnete sich ein identitätspolitischer Raum, den die Erzählung vom „Währungswunder“ und das ganz persönliche Streben nach wirtschaftlichem Aufstieg

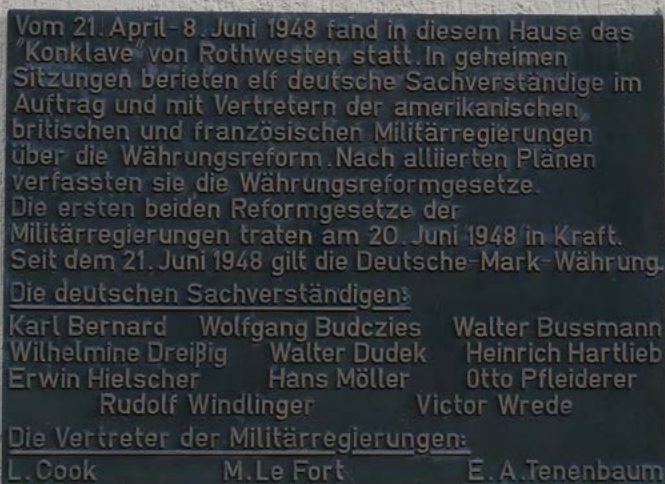
<sup>300</sup> Dass die Deutsche Mark häufig als „harte Deutsche Mark“ bezeichnet wurde und wird, hängt in erster Linie mit ihrer Stabilität zusammen: Wegen der Knappheit des westdeutschen Zahlungsmittels, die auch auf das Konklave von Rothwesten zurückgeht, erwiesen sich die Wechselkurse in internationale Leitwährungen wie den US-Dollar als vergleichsweise stabil und zuverlässig: Die Mark wurde gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen als robust und „hart“ wahrgenommen.

zu füllen vermochte. Das Narrativ vom „Wirtschaftswunder“ verfiel sich im kollektiven Gedächtnis der Westdeutschen als wirtschaftlicher Gründungsmythos der Bundesrepublik und legitimierte so auch deren politisches System.

Nicht zuletzt aufgrund der von den Westalliierten verordneten, strengen Geheimhaltung geriet das Konklave von Rothwesten samt seiner deutschen und alliierten Mitglieder in der prosperierenden Bundesrepublik in Vergessenheit. An ihre Stelle trat vielfach Ludwig Erhard, dessen gesellschaftliche Wahrnehmung als Gesicht des „Wirtschaftswunders“ fälschlicherweise meist auch mit der Vaterschaft der Deutschen Mark verbunden wurde. Seit 1993/1994 widmet sich eine Gruppe Ehrenamtlicher, anfangs unter der Führung von Alfons Kössinger, der zwischen 1935 und 1939 selbst als Luftwaffenangehöriger im Fliegerhorst Rothwesten stationiert war, dem Gedenken an das historische Konklave von Rothwesten und seine Mitglieder am authentischen Ort im „Building Number One“, dem „Haus Posen“, mit einer Dauerausstellung. Nachdem sich die Bundeswehr

2007 endgültig vom Kasernengelände zurückgezogen hatte, übernahm der „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ im Jahr 2011 gleichzeitig mit der Trägerschaft des Lern- und Erinnerungsortes auch das Gebäude zum symbolischen Preis von einer Deutschen Mark.<sup>301</sup> Jeden ersten Samstag im Monat ist die umfassende Ausstellung zu Vorgeschichte, Vorbereitung und Beratungen im Konklave sowie zur Währungsreform in den Westzonen und derjenigen in der sowjetischen Besatzungszone von 13 bis 17 Uhr für Interessierte geöffnet.

In Gedenken an die Leistungen des historischen Konklave von Rothwesten veranstaltete die Hessische Landeszentrale für politische Bildung anlässlich des 75. Jahrestages der Währungsreform von 1948 am 28. und 29. April 2023 gemeinsam mit dem „Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.“ und der Gemeinde Fulda ein Festwochenende auf dem ehemaligen Kasernengelände. Zu den Referentinnen und Referenten zählten Dr. Thomas Olliger, Präsident der Hauptverwaltung der Bundesbank in Hessen, („75 Jahre Währungsgeschichte – Wie viel Rothwesten steckt im Euro?“), Prof. Roland Koch, Ministerpräsident a.D., („Die Bedeutung der Währung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Wohlstandsversprechen und dessen Wirkung für die Demokratie“), Susanne Selbert, Landesdirektorin des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, („Wie sozial kann eine Soziale Marktwirtschaft ohne Währungsstabilität sein?“) und Matthias Erhard, Großneffe von Ludwig Erhard, („Ludwig Erhard und seine Bedeutung für die Gründungsphase der Bundesrepublik“). Darüber hinaus hatten Schulklassen aus der Region im Vorfeld des Festwochenendes die Möglichkeit, neben der Dauerausstellung zum Konklave und der Währungsreform im „Haus Posen“ eine eigens zum 75. Währungsreform-Jubiläum installierten Ausstellung der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie thematisch passende



Vom 21. April–8. Juni 1948 fand in diesem Hause das „Konklave“ von Rothwesten statt. In geheimen Sitzungen berieten elf deutsche Sachverständige im Auftrag und mit Vertretern der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierungen über die Währungsreform. Nach alliierten Plänen verfassten sie die Währungsreformgesetze. Die ersten beiden Reformgesetze der Militärregierungen traten am 20. Juni 1948 in Kraft. Seit dem 21. Juni 1948 gilt die Deutsche-Mark-Währung.

Die deutschen Sachverständigen:  
Karl Bernard    Wolfgang Budczies    Walter Bussmann  
Wilhelmine Dreißig    Walter Dudek    Heinrich Hartlieb  
Erwin Hielscher    Hans Möller    Otto Pfeleiderer  
Rudolf Windlinger    Victor Wrede

Die Vertreter der Militärregierungen:  
L. Cook    M. Le Fort    E. A. Tenenbaum

Eine Gedenktafel an der Fassade des „Haus Posen“

erinnert heute an die Leistungen des historischen Konklaves.

<sup>301</sup> Trost: Eine Fuldataler Kaserne, o.Z.

Workshops der Bundesbank zu besuchen. Die Bedeutung des Konklaves vom heutigen Standpunkt der historisch-politischen Bildung fasste Dr. Alexander Jehn, Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, in seinem Grußwort am 28. April treffend zusammen:

*„Modernes Papiergeld sind Schuldscheine. Gedeckt ist ein solcher Schuldschein eben nicht durch ein konkretes Rückzahlungsversprechen, sondern durch das Sozialprodukt, das man damit erwerben kann. Das war ein Grundgedanke der Mitglieder des Konklaves. Wir schauen auf den hintersten Kasernenblock eines ehemaligen Fliegerhorstes der deutschen Luftwaffe, einen unscheinbaren Kasernenblock, den die Wochen vom 21. April bis zum 8. Juni doch zu einem wichtigen Erinnerungsort der deutschen Demokratiegeschichte gemacht haben.“*

## Fazit

---

### Das Konklave von Rothwesten als vergessener Grundstein für den Erfolg der Währungsreform im Westen Deutschlands

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer schreibt, ohne die Vorstellung einer „Stunde Null“ sei der Mythos vom „Wirtschaftswunder“ nicht denkbar.<sup>302</sup> Mit dieser These verdichtet er ein entscheidendes Wesensmerkmal des beispiellosen Wirtschaftswachstums in der frühen Bundesrepublik: Es lebte in der öffentlichen Wahrnehmung vom Kontrast zur bedingungslosen Kapitulation am 7./8. Mai 1945, der (gefühlten) totalen Zerstörung, die im Frühjahr 1945 allgegenwärtig schien, und der daraus resultierenden Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit der meisten Deutschen. Diese Publikation ist der Versuch, das „Wunder der D-Mark“ faktenbasiert in die deutsche und geopolitische Nachkriegsgeschichte einzuordnen und seine meist vergessene Vorgeschichte zu erzählen. Sie versucht weiterhin deutlich zu machen, dass gewisse Kontinuitäten die Grundlage dafür bildeten, dass im Jahr 1949 – nur vier Jahre nach der totalen Niederlage des für das Menschheitsverbrechen Auschwitz verantwortlichen nationalsozialistischen Regimes – eine teilsouveräne westdeutsche Demokratie (wieder-) erstand, die in den 1950er- und 1960er-Jahren wirtschaftlich prosperierte: Den gefühlten, alle Lebensbereiche umfassenden Neuanfang der „Stunde Null“ überdauerten nicht nur Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Das währungs- und

finanzpolitische Erbe der Nationalsozialisten – allen voran der ruinöse Staatshaushalt und eine Reichsmark ohne jegliche gesellschaftliche Akzeptanz – forderten die Währungsreform vom 20. Juni 1948, die „zweite Stunde Null“. Passenderweise zeigte sich die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel auch in der Gestaltung der D-Mark selbst, die bis heute als Symbol für das bundesrepublikanische Wohlstandsversprechen firmiert: Während der radikale Neuanfang nach 1945 durch die „amerikanisch“ anmutenden Mark-Scheine repräsentiert wird – erinnert sei an den grünen Zwanziger, den braunen Fünziger, den blauen Hunderter –, wurde beim Münzgeld die deutsche Gestaltungstradition fortgesetzt.

Wie gezeigt wurde, geht nicht nur der Name „Deutsche Mark“, sondern die westzonale Währungsreform von 1948 in ihrer Gesamtkonzeption in erster Linie auf die US-Besatzungsmacht zurück. In einer 49-tägigen Klausur mit Vertretern der Westalliierten auf einem nordhessischen Kasernengelände trugen mit Karl Bernard, Walter Dudek, Hans Möller, Otto Pfeleiderer, Wilhelmine Dreißig, Walter Bußmann, Heinrich Hartlieb, Victor Wrede, Wolfgang Budczies, Erwin Hielscher und Rudolf Windliger elf deutsche Währungs- und Finanzexperten dazu bei, dass die Geldreform weitestgehend reibungslos durchgeführt werden konnte. Sie formulierten alle 22 Gesetze und Durchführungsverordnungen sowie weiterführende Informations- und Merkblätter, die den gesetzlichen und organisatorischen Rahmen des 20. Juni bildeten. Die Rolle des „Vaters der Deutschen Mark“, die dem zum Zeitpunkt der Währungsreform erst 26-jährigen Edward Tenenbaum als Leiter des Konklaves gebührt, wurde in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft jedoch meist von einem Mann eingenommen, der weder mit der Konzeption noch mit der unmittelbaren Vorbereitung der Währungsreform entscheidend zu tun hatte: Ludwig Erhard. Sein Verdienst war vielmehr die

<sup>302</sup> Abelshauer, Werner: Wunder gibt es immer wieder. Mythos Wirtschaftswunder, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. D-Mark, Juni 2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/271677/wunder-gibt-es-immer-wieder/> (eingesehen am 26.02.2024).

eigenmächtige Umsetzung der unter seiner Führung erarbeiteten Wirtschaftsreformen, die den „Tag X“ der Währungsreform begleiteten und die Rückkehr zu den Prinzipien der Freien Marktwirtschaft bedeuteten. Im Zusammenspiel legten die Währungs- und Wirtschaftsreformen vom Juni 1948 als amerikanisch-deutsches Projekt den Grundstein für das sogenannte „Wirtschaftswunder“, das keines war.

Obwohl diese Publikation versucht, die Wirtschaftswundererzählung zu entmythologisieren, muss anerkannt werden, dass jenes Narrativ das entscheidende integrative Moment der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft darstellte. Erst der beispiellose wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik, die von vielen Zeitzeuginnen und -zeugen anfangs (zu Recht) als ein Projekt der Westalliierten und insbesondere der US-Amerikaner wahrgenommen wurde, legitimierte das politische System schrittweise. Dabei war entscheidend, dass die Mehrzahl der Deutschen direkt am Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik partizipieren konnten. Die Voraussetzungen für diese wirtschaftliche Teilhabe gehen auch auf die Knappheit und Stabilität der Deutschen Mark zurück, für die die Sachverständigen im Rahmen des Währungskonklaves so hart gefochten hatten. Es bleibt zu erwähnen, dass die Deutschen sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch den Erfolg der D-Mark, die neben dem US-Dollar zur zweitwichtigsten internationalen Währung aufstieg, auch international rehabilitiert und spätestens mit dem UNO-Eintritt 1972 in die internationale Staatengemeinschaft wiederaufgenommen fühlten. Das „Haus Posen“, ein ehemaliger Kasernenblock der nationalsozialistischen Luftwaffe, kann als Schauplatz letzter Debatten um die Gestalt sowie der konkreten Planung der Durchführung der Währungsreform in den Westzonen vor diesem Hintergrund zu Recht als Ort der deutschen Demokratiegeschichte gelten.

Ein Perspektivwechsel von der Bonner Republik nach Osten fordert jedoch auch die Anerkennung der Tatsache, dass mit der westzo-

nal Währungsreform von 1948 die Schaffung von zwei Währungs- und Wirtschaftsgebieten auf deutschem Territorium vollendet und damit die deutsche Teilung vorgezeichnet wurde. Für ihre innere Einigung zahlten die Westdeutschen den Preis der deutschen Teilung, den sowohl die Westalliierten als auch die Sowjetunion aus unterschiedlichen Motiven in Kauf nahmen. Im Gedenken an das Konklave und die westzonale Währungsreform gilt es also auch, dieser Janusköpfigkeit gerecht zu werden.

Es bleibt die Frage, inwiefern das Währungskonklave und die Geldreform vom 20. Juni 1948 noch heute, gut 75 Jahre später, als aktuell gelten können. Es ist deutlich geworden, dass das bundesrepublikanische Wirtschaftswachstum im Großen und die Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse vieler Deutscher, die damit im Kleinen verbunden war, die entscheidende Voraussetzung für die politische Konsolidierung des westdeutschen Nachkriegsstaates waren. In der Gegenwart erleben wir in Deutschland, wie in vielen westlichen Demokratien, gerade das umgekehrte Phänomen: Die andauernden Folgen von Corona-Pandemie, Inflation, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie dem Krieg im Nahen Osten verstärken sich gegenseitig in einer vielfach zitierten weltpolitischen und wirtschaftlichen Krisensituation. Damit einher geht nicht nur in Deutschland ein Vertrauensverlust von Bürgerinnen und Bürger gegenüber der liberalen Demokratie sowie ihren Vertreterinnen und Vertretern und Institutionen. So gab bei einer repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2023 eine knappe Mehrheit von 51,3 Prozent der Befragten auf die Frage, wie zufrieden sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniere, an, weniger oder überhaupt nicht zufrieden zu sein.<sup>303</sup>

<sup>303</sup> Best, Volker; Decker, Frank; Fischer, Sandra; Küppers, Anne: Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), April 2023, URL:

Diese Unzufriedenheit schlägt sich auch im Erfolg populistischer und politisch extremer Parteien nieder. Im Umkehrschluss zu den positiven politischen Folgen von wirtschaftlichem Aufstieg und währungspolitischer Stabilität in Westdeutschland zu Beginn der 1950er-Jahre sollten wirtschaftliche Krisen und deren konkrete Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in der Gegenwart also als Herausforderungen für die Stabilität unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ernst genommen werden.

Der lange Eichentisch, an dem im Rahmen des Konklaves von Rothwesten im Frühjahr 1948 die Grundlage für die erfolgreiche Durchführung der westzonalen Währungsreform gelegt wurde, ist heute am Lern- und Erinnerungsort an authentischer Stätte im „Haus Posen“ ausgestellt. In der Rückschau ist er gleichzeitig ein Symbol für die inhaltlich fundierten Debatten, die die deutsche Delegation und die Vertreter der Westalliierten über die Geldreform miteinander führten, und ein Sinnbild für die erfolgreiche politische Konsolidierung sowie die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland. Möge jener Eichentisch uns als Appell gelten, den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Gegenwart mit einem respektvollen, faktenbasierten Diskurs auf nationaler und internationaler Ebene zu begegnen, um sie so bewältigen zu können.

# Literaturverzeichnis

---

Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsge-  
schichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München  
2011.

Beck, Hanno; Bacher, Urban; Herrmann, Marco:  
Inflation. Die ersten zweitausend Jahre, Frank-  
furt am Main 2022.

Bennett, Jack: Die deutsche Währungsreform,  
Philadelphia 1950.

Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Be-  
satzung 1945-1949, Berlin 1999.

Boelcke, Willi: Die Kosten von Hitlers Krieg.  
Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe  
in Deutschland 1933-1948, Paderborn 1985.

Borchert, Wolfgang: Das Gesamtwerk, Hamburg  
1959.

Brackmann, Michael: Vom totalen Krieg zum  
Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der  
westdeutschen Währungsreform 1948, Essen  
1993.

Brechenmacher, Thomas: Die Bonner Republik.  
Politisches System und innere Entwicklung der  
Bundesrepublik, Berlin 2011.

Deutsche Bundesbank (Hg.): Fünfzig Jahre  
Deutsche Mark. Notenbank und Währungen in  
Deutschland seit 1948, München 1998.

Dickhaus, Monika: Die Bundesbank im west-  
europäischen Wiederaufbau. Die internationale  
Währungspolitik der Bundesrepublik Deutsch-  
land 1948 bis 1958, München 1996.

Eschenburg, Theodor: Geschichte der Bundesre-  
publik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart  
1983.

Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundes-  
republik Deutschland. Zwischen Kapitulation  
und Währungsreform 1945-1948, München 1985.

Heller, Walter: Die Rolle der Finanz- und Wäh-  
rungspolitik beim deutschen Wirtschaftsauf-  
schwung, Minnesota, o.Z.

Hielscher, Erwin: Der Leidensweg der deutschen  
Währungsreform, München 1948.

Jähner, Harald: Wolfszeit. Deutschland und die  
Deutschen 1945-1955, Berlin 2019.

Laitenberger, Volkhard: Ludwig Erhard. Der Na-  
tionalökonom als Politiker, Göttingen 1986.

Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Materialien zur  
Wirtschafts- und Währungsreform 1948, Bonn  
1978.

Möller, Hans: Zur Vorgeschichte der Deutschen  
Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948, Ba-  
sel 1961.

Pirker, Theo (Hg.): Autonomie und Kontrolle.  
Beiträge zur Soziologie des Finanz- und Steuer-  
staates, Berlin 1989.

Stocker, Frank: Die Deutsche Mark. Wie aus ei-  
ner Währung ein Mythos wurde, München 2023.

Teupe, Sebastian: Zeit des Geldes. Die deutsche  
Inflation zwischen 1914 und 1923, Frankfurt am  
Main 2022.

Wandel, Eckhard: Die Entstehung der Bank  
deutscher Länder und die deutsche Währungs-  
reform 1948, Frankfurt am Main 1980.

Weick, Arne: Das Konklave von Rothwesten und  
die westdeutsche Währungsreform von 1948,  
o.O., o.Z.

## Literaturverzeichnis

Wolf, Werner: Trümmer, Tränen, Zuversicht. Alltag in Hessen 1945-1949, Frankfurt am Main 1986.



# Quellenverzeichnis

---

Abelshäuser, Werner: Wunder gibt es immer wieder. Mythos Wirtschaftswunder, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. D-Mark, Juni 2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/271677/wunder-gibt-es-immer-wieder/> (eingesehen am 26.02.2024).

Benz, Wolfgang: Errichtung der Besatzungsherrschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, April 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39600/errichtung-der-besatzungsherrschaft/> (eingesehen am 19. 12.2023).

Benz, Wolfgang: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, April 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39602/infrastruktur-und-gesellschaft-im-zerstoerten-deutschland/> (eingesehen am 02.01.2024).

Benz, Wolfgang: Vorform des „Weststaats“: Die Bizone 1946-1949, in: Eschenburg, Theodor (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983.

Benz, Wolfgang: Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Juli 2005, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-1945-1949-259/10077/wirtschaftsentwicklung-von-1945-bis-1949/> (eingesehen am 02.01.2024).

Best, Volker; Decker, Frank; Fischer, Sandra; Küppers, Anne: Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), April 2023,

URL: <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf> (eingesehen am 26.02.2024).

Buchheim, Christoph: Die Errichtung der Bank deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währungen in Deutschland seit 1948, München 1998.

Buchheim, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 36, Heft 2, München 1988.

Bührer, Werner: Wirtschaft in beiden deutschen Staaten. Ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik 1945 bis 1961, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Dezember 2002, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/deutschland-in-den-50er-jahren-256/10131/wirtschaft-in-beiden-deutschen-staaten-teil-1/> (eingesehen am 19.02.2024).

Deutsche Bundesbank (Hg.): Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976.

Erhard, Ludwig: Der neue Kurs. Rundfunkansprache vom 21. Juni 1948, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Materialien zur Wirtschafts- und Währungsreform 1948, Bonn 1978.

Erhard, Ludwig: Zehn Jahre Währungs- und Wirtschaftsreform. Rundfunkansprache am 19. Juni 1958, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Materialien zur Wirtschafts- und Währungsreform 1948, Bonn 1978.

Freiberger, Thomas: Deutschland in der Weltpolitik 1945-1948, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, September 2008, URL: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/>

[grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39200/deutschland-in-der-weltpolitik-1945-1948/](#) (eingesehen am 12.12.2023).

Graml, Hermann: Die deutsche Frage, in: Eschenburg Theodor (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik (Band 1): Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983.

Hessisches Staatsministerium des Innern: Kas- sen- und Rechnungsführung der Gemeinden in Bezug auf die Währungsreform, 07.06.1948.

Horstmann, Theo: Kontinuität und Wandel im deutschen Notenbanksystem, in: Pirker, Theo (Hg.): Autonomie und Kontrolle. Beiträge zur Soziologie des Finanz- und Steuerstaates, Berlin 1989.

Iken, Katja: Hyperinflation 1923. Zeit ist Geld, in: Spiegel Geschichte online, Januar 2008, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/hyperinflation-1923-a-946557.html> (eingesehen am 21.01.2024).

Iken, Katja; Schiemann, Caroline; Braden, Benjamin: „Die Moral geht zum Teufel“, in: Spiegel Geschichte online, Februar 2019, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/hungerwinter-1946-47-in-deutschland-das-ueberleben-nach-dem-krieg-a-1133476.html> (eingesehen am 08.01.2024).

James, Harold: Die Reichsbank 1876 bis 1945, in: Deutsche Bundesbank (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währungen in Deutschland seit 1948, München 1998.

Kazim, Hasnain: Boomfaktor Optimismus. „Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie“, in: Spiegel online, März 2007, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/boomfaktor-optimismus-wirtschaft-ist-zu-50-prozent-psychologie-a-474454.html> (eingesehen am 29.02.2024).

Kellerhoff, Sven: Der Kanzler, der nie Mitglied seiner Partei war, in: Welt online, April 2007, URL: <https://www.welt.de/politik/article834316/Der-Kanzler-der-nie-Mitglied-seiner-Partei-war.html> (eingesehen am 19.02.2024).

Kimmel, Elke: Wirtschaftspolitische Impulse des Marshallplans in Deutschland. Wiederaufbau und Demontage, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Oktober 2005, URL: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/marshallplan/40038/wirtschaftliche-impulse-des-marshallplans-in-deutschland/> (eingesehen am 12.01.2024).

Kössinger, Alfons: Die Währungsreform 1948 und das Konklave von Rothwesten, in: Hessischer Gebirgsbote, o.O. 2001.

Kruse, Wolfgang: Ökonomie des Krieges, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Januar 2014, URL: <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/ersterweltkrieg/177509/oekonomie-des-krieges/> (eingesehen am 19.12.2023).

Landrat des Kreises Schlüchtern an das Gendarmerie-Kreiskommissariat in Schlüchtern, 17.06.1948.

Meier, Martina: Der Vierjahresplan im Dritten Reich. Hintergrund, Auswirkungen und Geschichte, in: Zukunft braucht Erinnerung online, März 2022, URL: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-vierjahresplan/> (eingesehen am 04.12.2023).

Merx, Stefan: Ein junger US-Leutnant zog die Fäden, in: Welt online, Juni 2008, URL: [https://www.welt.de/wams\\_print/article2105400/Ein-junger-US-Leutnant-zog-die-Faeden.html](https://www.welt.de/wams_print/article2105400/Ein-junger-US-Leutnant-zog-die-Faeden.html) (eingesehen am 10.10.2023).

Möller, Hans: Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank (Hg.):

## Quellenverzeichnis

Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt am Main 1976.

N.N.: Dann aßen wir wieder Schnitzel, in: Süddeutscher Verlag München (Hg.): Münchner Illustrierte vom 4. Januar 1958.

N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft. Freie Marktwirtschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19325/freie-marktwirtschaft/> (eingesehen am 08.02.2024).

N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft. Ordoliberalismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, 2016, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20234/ordoliberalismus/> (eingesehen am 08.12.2023).

N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft. Soziale Marktwirtschaft, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20642/soziale-marktwirtschaft/> (eingesehen am 08.02.2024).

N.N.: Das Lexikon der Wirtschaft: Zurückgestaute Inflation, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21263/zurueckgestaute-inflation/> (eingesehen am 29.12.2023).

N.N.: Die „Rede der Hoffnung“, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, o.Z., URL: <https://www.lpb-bw.de/byrnes-rede> (eingesehen am 09.01.2024).

N.N.: Schwarzmarkt, in: Deutsche Geschichten online, o.Z., URL: <http://www.deutsche-geschichten.de/zeitraum/themaindex.asp?KategorieID=1004&InhaltID=1584> (eingesehen am 02.01.2024).

N.N.: Währungsreform 1948, in: Deutsche Bundesbank online, Juni 2008, URL: <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/waehrungsreform-1948-614040> (eingesehen am 29.02.2024).

Österreichische Nationalbank (Hg): Die Geschichte des Geldes. Vom Tauschhandel bis zum Euro, Wien 2020.

Roth, Jürgen: Der Nimbus der Nation, in: Deutschlandfunk online, Juni 2008, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/der-nimbus-der-nation-100.html> (eingesehen am 22.01.2024).

Sabrow, Martin: Die „Stunde Null“ als Zeiterfahrung, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Januar 2020, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/303645/die-stunde-null-als-zeiterfahrung/> (eingesehen am 11.12.2023).

Schmidt-Klingenberg, Michael: Der schwere Abschied, in: Spiegel online, April 1998, URL: <https://www.spiegel.de/politik/der-schwere-abschied-a-6489008d-0002-0001-0000-000007870431> (eingesehen am 10.10.2023).

Schneider, Gerd; Toyka-Seid, Christiane: Demontage, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, o.Z., URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320077/demontage/#:~:text=Demontage%20nach%20dem%20Zweiten%20Weltkrieg&text=Die%20Siegerm%C3%A4chte%20hatten%20auf%20verschiedenen,sowie%20Unternehmen%20der%20chemischen%20Industrie> (eingesehen am 02.01.2024).

Seidel, Hans: Von Kriegsende bis zum Staatsvertrag. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung, Dezember 2004, URL: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikations-id=25375&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikations-id=25375&mime_type=application/pdf) (eingesehen am 08.02.2024).

- Seidel, Hans: Währungsreform und Besatzung in Österreich 1945-1947, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 3/1999, URL: [https://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/1999\\_25\\_3/1999\\_25\\_3\\_0285.pdf](https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1999_25_3/1999_25_3_0285.pdf) (eingesehen am 08.02.2024).
- Statista Research Department: Zahl der Toten nach Staaten im Zweiten Weltkrieg, in: statista online, August 2023, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055110/umfrage/zahl-der-toten-nach-staaten-im-zweiten-weltkrieg/> (eingesehen am 04.12.2023).
- Sudrow, Anne: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. D-Mark, Juli 2018, URL: [https://www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/APuZ\\_2018-27\\_online.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2018-27_online.pdf) (eingesehen am 10.10.2023).
- Trost, Hans-Hermann: Eine Fuldataler Kaserne: Historische Erinnerungsstätte für die Währungsreform von 1948, in: Ludwig-Erhard-Stiftung online, o.Z., URL: <https://www.ludwig-erhard.de/eine-fuldataler-kaserne-historische-erinnerungsstaette-fuer-die-waehrungsreform-1948/> (eingesehen am 15.11.2023).
- Ullrich, Volker: Die Rede, in der er die Vernichtung der Juden ankündigte, in: ZEIT online, Januar 2019, URL: <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2019-01/adolf-hitler-reichstagsrede-1939-juden-holocaust-nationalsozialismus> (eingesehen am 08.12.2023).
- United States Strategic Bombing Survey: The effects of strategic bombing on the German war economy. Overall economic effects division, Washington D.C. 1945.
- Voglmayr, Herbert: Arisierung als Mittel der Kriegsfinanzierung, in: NU – Jüdisches Magazin für Politik und Kultur online, 2014, URL: <https://nunu.at/artikel/arisierung-als-mittel-der-kriegsfinanzierung/amp/> (eingesehen am 08.12.2023).
- Von Lüpke, Marc: SS-Mörder vor Gericht. „Es war ja der Befehl, dass die jüdische Bevölkerung total ausgerottet werden sollte“, in: Spiegel Geschichte online, September 2016, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/massenmorde-der-nazis-was-ss-fuehrer-otto-ohlendorf-aussagte-a-1113939.html> (eingesehen am 08.12.2023).
- Zierenberg, Malte: Ordnende Kraft des Geldes. Zur Geschichte des Schwarzmarktes vor und nach der Währungsreform, in: Bundeszentrale für politische Bildung online, Juni 2018, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/271687/ordnende-kraft-des-geldes/> (eingesehen am 04.01.2024).

# Bildverzeichnis

---

## Coverbild

Auszahlung des Kopfbetrages im Rahmen der Währungsreform in den Westzonen, Bildrecht: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

## Seite 6

Porträt Dr. Alexander Jehn, Bildrecht: Hessische Landeszentrale für politische Bildung

## Seite 21

Otto Ohlendorf bei den Nürnberger Prozessen am 1. März 1948, Bildrecht: US Army Signal Corps ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Otto\\_Ohlendorf.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Otto_Ohlendorf.jpg)), „Otto Ohlendorf“, als gemeinfrei gekennzeichnet, Details auf Wikimedia Commons: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Template:PD-US>

## Seite 22

Ludwig Erhard im Jahr 1964, Bildrecht: Eric Koch for Anefo, als gemeinfrei gekennzeichnet ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Einde\\_bezoek\\_bondskanselier\\_dr\\_Ludwig\\_Erhard\\_en\\_gaf\\_persconferentie\\_in\\_het\\_Haag,\\_Bestanddeelnr\\_916-1325\\_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Einde_bezoek_bondskanselier_dr_Ludwig_Erhard_en_gaf_persconferentie_in_het_Haag,_Bestanddeelnr_916-1325_(cropped).jpg)), „Einde bezoek bondskanselier dr Ludwig Erhard en gaf persconferentie in het Haag, Bestanddeelnr 916-1325 (cropped)“, <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/legalcode>

## Seite 25

Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Teheran 1943, Bildrecht: US Army Signal Corps ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Teheran\\_conference-1943.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Teheran_conference-1943.jpg)), „Teheran conference-1943“, als gemeinfrei gekennzeichnet, Details auf Wikimedia Commons: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Template:PD-US>

## Seite 29

Clement Attlee, Harry S. Truman und Josef Stalin, dahinter ihre Außenminister Bevin, Byrnes und Molotow auf der Potsdamer Konferenz 1945, Bildrecht: US Army Signal Corps Collection in the US National Archives ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Potsdam\\_conference\\_1945-8.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Potsdam_conference_1945-8.jpg)), „Potsdam conference 1945-8“, als gemeinfrei gekennzeichnet, Details auf Wikimedia Commons: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Template:PD-US>

## Seite 31

Frau aus der amerikanischen Besatzungszone transportiert 1946 Brennholz im Kinderschlitten, Bildrecht: als gemeinfrei gekennzeichnet, [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/14/Firewood\\_February\\_1946.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/14/Firewood_February_1946.jpg)

## Seite 33

Behelfsmäßige George C. Marshall-Brücke über den Rhein, Bildrecht: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 3008/2, Nr. 21785

Essensausgabe an hessische Schüler im Juni 1948, Bildrecht: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 3008/2, Nr. 36

## Seite 34

Zerstörte Frankfurter Altstadt im Juni 1945, Bildrecht: als gemeinfrei gekennzeichnet, [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e5/Frankfurt\\_1945\\_June\\_destructions\\_after\\_bombing\\_raids\\_old\\_town\\_aerial.JPG](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e5/Frankfurt_1945_June_destructions_after_bombing_raids_old_town_aerial.JPG)

## Seite 35

Amerikanischer Soldat im Jeep in der Wiesbadener Moritzstraße umgeben von Kindern, Bildrecht: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand 3008/2, Nr.29870

Zigarettenwährung auf dem Schwarzmarkt, Bildrecht: Ullstein Bilderdienst/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 37**

Hauptquartier der amerikanischen Militäradministration im Frankfurter I.G.-Farben-Haus, Bildrecht: Hessische Landeszentrale für politische Bildung

**Seite 47**

Dienstgebäude der zum 1. März 1948 geschaffenen Bank deutscher Länder in Frankfurt am Main um 1950, Bildrecht: Bildarchiv Bundesbank online

**Seite 58**

Colonel Emory Stoker, Reserveoffizier der US-Armee und Banker, Bildrecht: Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 59**

Die Konklavemitglieder Hans Möller, Heinrich Hartlieb und Wolfgang Budczies, Bildrecht: Privatfoto Professor Möller/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 60**

Warnhinweis am Zaun um das „Haus Posen“, Bildrecht: Privatfoto Professor Möller/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 61**

Heutiger Blick in den Kasernenflur des „Haus Posen“, Bildrecht: Pauline Bietau

**Seite 62**

Eichtisch aus der Kasseler Außenstelle der hessischen Landeszentralbank, Bildrecht: Pauline Bietau

**Seite 63**

Außenansicht des „Haus Posen“ heute, Bildrecht: Pauline Bietau

**Seite 64**

Gruppenfoto der Konklavemitglieder, Bildrecht: Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 65**

Professorin Wilhelmine Dreißig, Bildrecht: Deutsche Bundesbank

**Seite 69**

Fünf-Deutsche-Mark-Schein, Bildrecht: Hessische Landeszentrale für politische Bildung

**Seite 70**

Ankunft der Markscheine in Bremerhaven, Bildrecht: Deutsche Bundesbank

**Seite 74**

Merkblatt für die Geldumtauschstellen, Bildrecht: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

**Seite 75**

Anlieferung der neuen Banknoten in eine Bremer Umtauschstelle, Bildrecht: Staatsarchiv Bremen/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 76**

Auszahlung der Kopfquote in Bremen, Bildrecht: dpa/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 77**

Reges Treiben in einer unbekanntem Umtauschstelle, Bildrecht: Bundesarchiv Nr. 147-0739/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 82**

Protestdemonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, Bildrecht: dpa/Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 84**

Landung eines „Rosinenbombers“ auf dem Berliner Flughafen Tempelhof, Bildrecht: Henry Ries/USAF (<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:C-54landingattempelhof.jpg>), „C-54landingat-

templehof“, als gemeinfrei gekennzeichnet, Details auf Wikimedia Commons: <https://commons.wikimedia.org/wiki/Template:PD-US>

**Seite 85**

Mitarbeiter des Hauses der Deutschen Wirtschaftskommission in Ost-Berlin bekleben die alten Reichsmarkscheine mit Kupons, Bildrecht: Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

Vorbereitung der ostzonalen Währungsreform, Bildrecht: Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 86**

B-gestempelte Markscheine in West-Berlin, Bildrecht: Museumsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 89**

Menschenansammlung vor einer Umtausch-  
stelle, Bildrecht: Ullstein Bilderdienst/Muse-  
umsverein Währungsreform 1948 e.V.

**Seite 90**

Gedenktafel an der Fassade des „Haus Posen“,  
Bildrecht: Pauline Bietau

Pauline Bietau

# Das Konklave von Rothwesten

## Wiege der westzonalen Währungsreform von 1948

Die Einführung der Deutschen Mark im Rahmen der westzonalen Währungsreform vom 20. Juni 1948 stellte die vielleicht bedeutendste Zäsur der (west-) deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Das Konklave von Rothwesten hingegen, in dessen Rahmen elf deutsche Sachverständige vom 21. April bis 8. Juni 1948 gemeinsam mit den Westalliierten die Gesetze und Durchführungsverordnungen zur Geldumstellung erarbeiteten, ist nicht zuletzt aufgrund der strengen Geheimhaltung in Vergessenheit geraten. Dabei gründete das kollektive Vertrauen in die optisch „amerikanisch“ anmutenden D-Mark-Scheine, die zum Symbol der prosperierenden Bundesrepublik aufsteigen sollten, auch auf der reibungslosen Durchführung der Währungsreform. Auf dem nordhessischen Kasernengelände, das heute zur Gemeinde Fuldataal gehört, wurde hierfür im Frühsommer 1948 der Grundstein gelegt. Diese Publikation arbeitet Vorbereitung, Verhandlungen und Ergebnisse des Konklaves auf, ordnet es in die deutsche Wirtschafts- und Währungsgeschichte zwischen „totalem Krieg“ und „Wirtschaftswunder“ ein und fragt nach den gesellschaftspolitischen Dimensionen der Währungs- und Wirtschaftsreformen des Juni 1948.

**ISBN: 978-3-943192-77-3**



Hessische Landeszentrale  
für politische Bildung